
73/KOMM XXIII. GP

Kommuniqué

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 37. Sitzung, 22.05.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Communiqué zu veröffentlichen.

TONBANDABSCHRIFT
Untersuchungsausschuss
betreffend
Beschaffung von Kampfflugzeugen
37. Sitzung / öffentlicher Teil
Dienstag, 22.05.2007
Gesamtdauer der Sitzung:
09:08 Uhr – 16:19 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack
Schriftführer

Dr. Peter Pilz
Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



TONBANDABSCHRIFT

37. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag, 22. Mai 2007

Gesamtdauer der 37. Sitzung:
9.08 Uhr – 16.19 Uhr

Lokal VI

Beginn der Sitzung: 9.08 Uhr

Obmann Dr. Peter Pilz: Schönen guten Morgen. Willkommen bei der Sitzung des Untersuchungsausschusses. Ich gehe davon aus, dass wir geschäftsordnungsmäßig vorläufig nichts zu besprechen haben und um 16 Uhr 30 gibt es ohnehin die Aussprache des Organisationskomitees mit der Präsidentin. Wir werden versuchen, das zeitmäßig so zu handhaben, dass die Befragungen um 16 Uhr 30 abgeschlossen sind und ersuche um entsprechende Hochdisziplin. Bitte jetzt Frau Keglevich inklusive Lichtbildnern in den Raum zu bitten. Moment, kurz noch warten. Wie in § 24 Abs. 1 der Verfahrensordnung vorgesehen, schlage ich vor, mit Beschluss gemäß § 32d Abs. 5 der Geschäftsordnung für die gesamte Dauer der Tätigkeit dieses Untersuchungsausschusses folgenden von den Klubs nominierten Personen ein Teilnahmerecht an den nicht öffentlichen Sitzungen und ein Recht auf Zugang und Einschau in die vom Ausschuss anzufordernden Originalakten und Unterlagen einzuräumen. Das ist vom FPÖ-Klub Frau Lindinger, Eike. Gut, dann mache ich einen Herrn daraus. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um eine Zeichen mit der Hand. Dieses ist einstimmig angenommen.

Die Protokollberichtigung funktioniert auf einem etwas anderen Wege, nämlich sie liegt zur Einsicht auf und kann erst dann in einer vertraulichen und dann öffentlichen Sitzung behandelt werden. Dieses ist jetzt bekannt gegeben, dass die Protokollberichtigung aufliegt. Ich werde mich nicht zu einem geschäftsordnungswidrigen Vorgehen verleiten lassen.

Bitte die Frau Keglevich hereinzubitten und die Lichtbildner.

Ich wiederhole meinen Dank.

Wir kommen zur Anhörung von Frau Mag. Keglevich als Auskunftsperson.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Absatz 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten.

Wir kommen zu den Personalien. Bitte das Mikrofon mit der Sprechaste zu benützen.

Ihr vollständiger Name lautet?

Mag. Karin Keglevich: Mag. Karin Keglevich-Lauringer, geb.29.9.1951, wohnhaft 1119 Wien, Beruf: selbständig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bedienstete?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte auf eine konkrete Frage einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach schlagend werden, werden Sie den Verfahrensanwalt oder mich darauf hinweisen, und wir werden mit Ihnen die weitere Vorgangsweise besprechen.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie das Recht eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann komme ich zu den Personaldaten Ihrer Vertrauensperson. Ich darf auch die Vertrauensperson um die Personaldaten ersuchen.

Ihr vollständiger Name lautet?

Michael Böhme: Michael Böhme, geboren 6.6.1960, wohnhaft 1010 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Böhme als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird, oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte.

Das ist nicht der Fall. Ich setze mit der Belehrung der Vertrauensperson fort.

Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson, Sie haben aber nicht das Recht Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Das waren die Belehrungen. Wir beginnen jetzt mit der Befragung. Kollege Darmann ist der Erste.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Guten Morgen Frau Magistra! Ich möchte Sie eher allgemein fragen, ab welchem Zeitpunkt Sie sich mit der Thematik Eurofighter beruflich befasst haben?

Mag. Karin Keglevich: Ab 1. Februar 2003.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Welche Tätigkeiten haben Sie ausgeübt als Sie sich damit zu befassen begannen?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe für eine Vereinbarung abgeschlossen mit der EADS Military, und meine Aufgabe war auf der einen Seite mediale, also in der Kommunikationsseite die Deutschen zu unterstützen, auf der anderen Seite im Bereich Networking oder Lobbying Kontakte herzustellen und hier einmal vorrangig auch auf der Industrieseite.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wir haben gestern vom Herrn Dipl.-Ing. Stefan von FACC gehört, dass anscheinend eine Empfehlung von FACC an EADS abgegeben wurde für Ihre Person. Wissen Sie, welche Person dabei EADS angesprochen wurde, um Sie zu empfehlen?

Mag. Karin Keglevich: Mit wem der Herr Walter Stefan im Detail gesprochen hat, das hat er mir nicht mitgeteilt, aber er hat mich dann dem Herrn Dr. Bergner vorgestellt. Ob er auch mit dem Herrn Wolfgang Aldag gesprochen hat, der damals auch involviert war in die österreichische Kampagne, das kann ich nicht beantworten, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wer ist von der EADS-Seite auf Sie zugekommen?

Mag. Karin Keglevich: Der Herr Dr. Bergner. Ich glaube schon, dass das der erste Kontakt war, aber wie gesagt, es war Dr. Bergner und Wolfgang Aldag, aber wenn Sie mich jetzt festlegen wollen, dann sage ich lieber einer von den beiden, weil ich zeitlich nicht weiß, ob ich mit einem einen Tag früher oder später gesprochen habe.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie detaillierter schildern, was Ihre Aufgaben im Bereich der Kommunikation und im Networking waren?

Mag. Karin Keglevich: Die EADS war erst relativ kurz in Österreich tätig und es war damals die Typenentscheidung schon erledigt und es ist eigentlich meine Aufgabe gewesen, hier Kontakte zu Medien zu schaffen, hier mit den Medien zu reden, teilweise die Leute von der EADS mit den Medien zusammenzubringen, Kontakte auf politischer Ebene zustande zu bringen und auch weil ich einen sehr guten industriellen Hintergrund habe, sehr viele Industrieunternehmen kenne, hier Kontakte auch aufzubauen und mit der Wirtschaftskammer Österreich Kontakte zu pflegen, und hier ein bisschen die Vorhut in Österreich zu sein, da es zum damaligen Zeitpunkt, wie mir damals gesagt wurde, in Österreich „nur aus Deutschland die Leute aktiv waren“, und man mich gebeten hat hier in Österreich die politische Szene zu beobachten. Ich habe immer wieder Berichte geschickt über Tendenzen in den Medien, wie dieser ganze Deal beachtet wurde und das war eigentlich meine Tätigkeit.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben vorhin gesagt, ab Beginn 2003 haben Sie angefangen mit Ihrer Tätigkeit.

Mag. Karin Keglevich: Ab 1. Februar.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, nach der Typenentscheidung und es war Ihre Aufgabe Kontakte zur politischen Ebene zu knüpfen. Mit welchen Personen haben Sie da Kontakt gehabt?

Mag. Karin Keglevich: Es war nicht vorrangig, aber es war auch. Wie haben beim Landeshauptmann Niessl zum Beispiel Termin gemacht und dort die Gegengeschäfte diskutiert., das war zum Beispiel Kontakt. Wir haben später dann Kontakte zur Frau Burgstaller aufgebaut, also hier sind einfach, ich möchte es im Sinne eines Goodwills sehen, ich glaube es gehört auch zur Höflichkeit dazu, wenn man in Österreich, und meine Tätigkeit war jetzt nicht vorrangig das Flugzeug an sich zu promoten, sondern hier vor allem auch im Rahmen der Gegengeschäfte unterstützend tätig zu sein, hier das Unternehmen als Konzern zu präsentieren und als guten industriellen Partner. Und auf dieser Ebene habe ich verschiedenste Kontakte gemacht in der Nachfolge, das heißt, damit meine ich jetzt 2004, wurde dann gemeinsam mit dem BMFIT zum Beispiel beschlossen, dass man im Rahmen der Gegengeschäfte eine Technologieplattform aufbaut, in der EADS respektive das BMFIT gemeinsam Technologiefelder verifiziert, auf die man dann im Rahmen der Gegengeschäfte aufbauen kann. Ich wurde damals gefragt, ob ich die Leitung dieser Technologieplattform übernehmen will, was ich auch getan habe, wir haben diese Technologieplattform aufgebaut. Das heißt, hier ist es vorrangig um reine Technologieprojekte – oder geht es ja immer noch, weil wir ja immer noch daran arbeiten – gegangen. In dieser Technologieplattform sind vertreten das BMFIT, das

ARC, das Joanneum und die EBD, die ja seit 2005 die Gegengeschäfte in Österreich abwickelt für den Konzern.

Wir haben dort in einer, glaube ich, sehr, sehr professionellen Art die Technologiefelder, die auch volkswirtschaftlich vom Innovations- und Technologieministerium festgelegt wurden, wo Österreich aufbauen soll, hier herausgearbeitet. Meine Aufgabe war es unter anderem, mit zwei Kollegen, die auch im Technologiebereich tätig sind, innerhalb des Konzerns möglichst viele Technologieprojekte, sprich: auch Forschungsprojekte, nach Österreich zu bringen. Ich glaube, das ist bis dato sehr, sehr gut gelungen. Wir haben hier hoch interessante Forschungen nach Österreich bringen können, wobei mein Bestreben immer darin liegt, nicht zu forschen um des Forschens willen, sondern immer einen industriellen Partner dabei zu haben, um, wenn diese Forschungsbereiche sich schlussendlich positiv entwickeln, dass das auch in ein industrielles Produkt übertragen werden kann. Das heißt, sich daraus der Mehrwert, sprich: die Umsätze der Zukunft, ergeben. Hier haben wir wirklich, glaube ich, einen sehr, sehr interessanten Startvorteil für die österreichische Wirtschaft erarbeiten können – und wollen das auch in Zukunft noch machen. Denn eines muss man sich schon im Klaren sein: Für – sagen wir jetzt als Beispiel – Airbus ist Österreich nicht der Nabel der Welt. Das wird immer so gerne ein bisschen missverstanden, dass die nichts anderes zu tun haben, als sich auf Österreich zu fokussieren. Es gibt für Airbus gerade interessante Zonen. Das sind Regionen wie Südkorea, Indien, Japan et cetera, wo halt möglichst viele Flugzeuge bestellt werden können, und dort natürlich auch Gegengeschäfte verlangt werden. In diesem Sinne ist es schon ein Wettkampf der Forschungsmöglichkeiten. Und ich darf da schon ein bisschen stolz sagen, dass uns hier sehr viel gelungen ist bis jetzt für Österreich an Forschungsmöglichkeiten in Kooperation mit EADS, Airbus oder anderen konzerneigenen Unternehmen, an Land zu ziehen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Frau Magister, im Zuge dieser Technologieplattformtätigkeit Ihrer Person: Waren Sie da nur– unter Anführungsstrichen – organisatorisch tätig oder waren Sie direkt in die Anbahnung von Gegengeschäften involviert?

Mag. Karin Keglevich: Ich war, was die Technologieplattform anbelangt, durchaus auch in der, ich sage jetzt einmal Akquisition, tätig. Ich nenne ein kleines Beispiel, um das vielleicht zu verdeutlichen. Ich persönlich war mehrmals in Toulouse, habe dort mit der Technologieabteilung verhandelt. Wir konnten dort ein hoch interessantes MoU, ein Memorandum of Understanding, unterschreiben, wo wir acht Technologiefelder spezifiziert haben, die jetzt gemeinsam überprüft werden, wobei wir bei zweien bereits Forschungen nach Österreich bringen konnten. Also, das war durchaus meine Aufgabe hier, diese Erfolge zu erzielen, dass dieses Memorandum of Understanding, das bei Airbus nicht ein Handzettel ist, sondern durch alle Etagen bis zum Generaldirektor oder Vorstandsvorsitzenden geht, gelungen ist. Und in der Beziehung war es – oder ist es, weil es ist ja nicht Vergangenheit –, meine Aufgabe, hier persönlich aktiv zu werden.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Hat es für diese durchaus gegebene Vermittlung von Geschäften auch Zahlungen, Provisionen gegeben?

Mag. Karin Keglevich: Nein, bei mir nicht. Ich habe auch eigentlich mit keinem meiner Kunden – das mag jetzt ein Spezifikum meiner Art, Geschäfte zu tätigen, sein – irgendeine Provisionsvereinbarung. Ich mache immer Pauschalverträge.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Weil Sie sagen, mit keinem Ihrer Kunden: Das heißt, Sie sind hier immer selbständig tätig gewesen und waren in keinem Vertragsverhältnis für irgendeine Firma tätig, für die Sie aufgetreten sind?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe 1993 meine eigene Firma gegründet und seither habe ich ein eigenes Unternehmen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Was mich jetzt auch interessiert: In welcher Beziehung waren Sie beschäftigt zur Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH?

Mag. Karin Keglevich: Die Entwicklung war so, dass ich am 1. Februar 2003 mit der EADS Military eine Vereinbarung abgeschlossen habe. Die wurde Ende 2004, Anfang 2005 – aber ich glaube, das ist relativ unerheblich – dann geteilt, und zwar insofern geteilt, da damals die EBD gegründet wurde in Österreich und die EADS Military sich dann nicht mehr direkt eingeschaltet hat in die direkte Bearbeitung der Gegengeschäfte, sondern das an die EBD übertragen hat. Damals wurde mein Vertrag sozusagen gesplittet und ich habe nun, aktuell laufend, einen Vertrag mit der EBD, Euro Business Development GmbH, wo der Geschäftsführer Dr. Bergner ist, und eine zweite Vereinbarung mit der Eurofighter GesmbH, wo Herr Rauen der Vorstand ist.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Was ist das für eine Vereinbarung mit der Eurofighter Jagdflugzeuge GesmbH?

Mag. Karin Keglevich: Das ist eine Vereinbarung mit der Eurofighter GesmbH, die darin mündet, dass ich für die Eurofighter GesmbH, ähnlich wie am Beginn bei der EADS Military, den Markt hier beobachte, sprich: die politischen Entwicklungen, die Mediencuttings täglich durchschaue, die Vielzahl an OTS, die sie sich untereinander schreiben; hier das bewerte respektive meine Empfehlungen abgebe nach München. Ich bespreche mit den Deutschen, ob wir irgendwelche Kontakte herstellen sollen; ob wir Termine vereinbaren sollen. Also ich bin hier ein bisschen die, sagen wir nicht die österreichische Vorhut, weil Eurofighter in Österreich zwar ein Eurofighter-Büro hat, das aber jetzt in der Kommunikation sich nicht einschaltet. Und daher wird, auch wenn – der Herr Hoeveler war ja, glaube ich, auch schon hier, der der Kommunikationschef ist – ... der mich als Vorfeldorganisation nutzt – wenn ich das vielleicht so sagen kann. Ich beobachte, ob Journalisten bei Zeitungen wechseln und dass man hier einfach auch den Verteiler à jour hat. Ich bereite Pressekonferenzen vor, wenn es notwendig ist. Ich gehe die Presseaussendungen mit ihm durch, mache Empfehlungen, wenn ich irgendetwas ändern, ergänzen oder etwas anderes tun würde. Also in dieser Richtung ist meine Tätigkeit.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Da darf ich gleich einhaken. Sie treten öfters als Pressesprecher auf. Für wen treten Sie da auf? Für wen treten Sie da in Funktion? Für EADS, für Eurofighter, für Herrn Steininger?

Mag. Karin Keglevich: Für den Herrn Steininger war ich noch nie tätig. Es ist ein bisschen kompliziert, ich gebe es zu. Und zwar deshalb kompliziert, weil ich die Medien verstehe, dass sie mich schwer zuordnen können und es ist ein bisschen schwierig, wenn ich von Eurofighter oder von der EBD zum Beispiel autorisiert werde – oder nehmen wir jetzt nur einmal Eurofighter, das macht es leichter –, zu irgendeinem Thema hier in Österreich offiziell Stellung zu beziehen. Dann ist es für Medien ein bisschen fad, wenn sie jetzt sage ich irgendeinen Satz im O-Ton und dann müssen sie hinten schreiben: sagt Magister Karin Keglevich, Beraterin für die Kommunikationsabteilung der Eurofighter GesmbH. Das schreibt ja kein Journalist. Da kann ich hundertmal sagen, ich bin nicht der Pressesprecher, werden sie hinschreiben: Presseverantwortliche, Pressesprecher, oder irgendetwas in der Form. Ich habe mich offiziell noch nie betitelt als Pressesprecher. Denn hier muss man ja auch verstehen: Konzerne haben eine sehr strenge oder sehr klare – formulieren wir es vielleicht so – Strukturierung. Da gibt es eine Gesamtkommunikationsabteilung; da gibt es einen Unternehmenssprecher; da gibt es einen Pressesprecher; dann gibt es

Tochtergesellschaften, die haben wieder ihre Kommunikationsabteilungen. Und da würde jetzt jemand in einem Land, wo dieses Unternehmen ja gar nicht mit einer Tochtergesellschaft vertreten ist, das passt nicht in den Konzern, wenn dort auch ein Pressesprecher ist. Aber es war immer schwierig, mir einen Titel zu verleihen, der medial gepasst hat, darum haben wir gesagt, ich sage immer, ich Presseverantwortliche oder Medienberaterin, und wenn es in der Zeitung manchmal anders stand, war weder der Konzern auf mich böse, weil er gesagt hat, ich maße mir eine Funktion an, sondern man hat einfach gewusst, das werden wir nicht verhindern können. Und das selbe bei der ETB, dort ist das Problem nicht so, weil das eine eigene GesmbH ist, und dort fühle ich mich schon als Pressesprecher oder Kommunikationsverantwortliche. Also mir ist das im Prinzip eigentlich egal, wie man mich bezeichnet.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Frau Magistra! Sie haben vorhin genannt, dass Sie nicht nur zu politischer Ebene Kontakte hergestellt haben, sondern auch zur Wirtschaftskammer Österreich. Mit welchen Personen sind Sie da in Kontakt getreten und haben Sie die Kontakte geknüpft?

Mag. Karin Keglevich: Das ist eine ganze Reihe von Personen. Es wurde ja, wie Sie sicherlich wissen, im Rahmen dieses Vertrages, die Eurofighter anzuschaffen, die ARGE Offset gegründet, wo es einen Leiter und einen Stellvertreter gibt, den Herrn Dr. Lohberger und den Herrn Mag. Göhrlich. Selbstverständlich bin ich mit dieser Abteilung in Beziehung getreten. Ich habe damals, weil er noch Generalsekretär und es ihm zugeordnet war, die ARGE Offset mit Mag. Domani, der ja aus der Wirtschaftskammer inzwischen ausgeschieden ist, Kontakte gehabt und so. Das waren eigentlich meine Hauptansprechpartner in der Wirtschaftskammer, und natürlich die ARGE Offset, das wissen Sie ja, hat ja in den Bundesländern eigene ARGE Offset Bundesländer – ich würde jetzt nicht sagen Dependancen, aber es wurden in der jeweiligen Landeskammer Leute benannt, die eben für die ARGE Offset im Land spezifisch tätig sind, im Bundesland. Und ich bin daher natürlich auch in ganz Österreich unterwegs und spreche mit diesen Leuten. Wir haben auch – wann war das, 2004, 2005 – mit der Wirtschaftskammer organisiert, dass wir jedes Bundesland vom Burgenland bis Vorarlberg, von Oberösterreich bis Steiermark und Kärnten gefahren sind. Wir haben dort Meetings mit Unternehmern gehabt, die wir meistens in eintägigen Seminaren oder wie man es nennen will, man hat sich dort getroffen, es waren von der Wirtschaftskammer teilweise ausgewählte Unternehmen wo wir uns angehört haben, wo sie glauben, dass sie im Rahmen der Gegengeschäfte Möglichkeiten sehen, was sie sich erwarten, dass man jetzt aus der EBT heraus für sie tun könnte. Und also hier ist eine sehr enge Kooperation mit der Wirtschaftskammer selbstverständlich. Das gleiche ist ja auch in gewissem Rahmen – Grüß Gott, Herr Mag. Stadler! – mit der Industriellenvereinigung, die ja eine Abteilung mit dem Herrn Eliasson installiert hat, der für Mitglieder der Industriellenvereinigung schaut, ob es hier Möglichkeiten der Gegengeschäfte gibt, und natürlich bin ich mit ihm auch in Kontakt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Würden Sie sagen, dass es da eine Art Doppelgleisigkeit gegeben hat, wenn Sie sich sehr wohl persönlich auch ums Einfädeln von Gegengeschäften gekümmert haben und auf der anderen Seite die ARGE Offset, deren Hauptaufgabengebiet es war, sich um die Gegengeschäfte zu kümmern?

Mag. Karin Keglevich: Nein, das glaube ich nicht, weil da muss man schon den Charakter eines Gegengeschäftes verstehen. Gegengeschäfte basieren ja nicht darin, dass jetzt irgendein Dritter wie eine ARGE Offset sagt, so, das ist ein Unternehmen, die sind toll und die kriegen jetzt ein Gegengeschäft. Wo soll es denn die ARGE Offset hernehmen. Die ARGE Offset ist eine sehr gute Vorfeldorganisation, die vorort oder das sind auch direkte Anfragen an die Zentrale in Wien, an die

Bundswirtschaftskammer natürlich, wo einmal grundsätzlich gefiltert wird, hat der überhaupt eine Möglichkeit. Ich darf jetzt vielleicht nur, um das zu erklären, wenn ein Dachdecker sagt, er würde gerne in München, auch das ist vorgekommen, ich weiß nicht, das Dach neu eindecken, dann wird er nicht auf die Liste der Gegengeschäfte kommen, weil das wird ein bisserl schwierig sein, dass er dort einen Auftrag bekommt. Aber hier ist die ARGE Offset ein hochinteressanter und qualitativ richtiger Partner, zu filtern, wo macht es überhaupt Sinn, mit Unternehmen in Kontakt zu treten. Denn eines muss man schon sagen, ich glaube, wenn ich die Statistik richtig im Kopf habe, wir haben in Österreich 284 000 Unternehmen von Kleinst- bis zu Großkonzernen. Der Gegengeschäftspartner, sprich die Industrie, kann ja nicht mit jedem in Kontakt treten und hat einen gewissen Überblick über den Markt, weil sie sich das erarbeitet haben. Aber sie sind natürlich auch darauf angewiesen, hier, und da ist die ARGE Offset ein sehr, sehr gutes Instrument, auch aus den Bundesländern heraus immer wieder auf interessante Unternehmen aufmerksam gemacht zu werden. Und da war es auch meine Funktion, nachdem ich ja für die österreichische Industrie, ich habe zehn Jahre lang die gesamte Kommunikation in der Wirtschaftskammer für die Sparte Industrie war an mich ausgelagert, sodass ich hier eigentlich wirklich die meisten Industriebetriebe sehr gut kannte, sodass ich hier auch eine große Hilfestellung und auch Mittlerfunktion zwischen dem Konzern, der Gegengeschäfte zu vergeben hat, und der ARGE Offset machen konnte. Und daher finde ich, ist das eine sehr gute Ergänzung und würde das nicht als Parallelstruktur sehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Haimbuchner, bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Frau Mag. Keglevich! Sie haben zuerst geschildert, dass Sie immer nur selbständig tätig werden, also dass Sie sozusagen in keinem Angestelltenverhältnis zu EADS gestanden sind oder zu anderen Kunden. Mich würde aber interessieren, wie hat es konkret ausgesehen, den Werkvertrag, den Sie mit EADS gehabt haben.

Mag. Karin Keglevich: Ich habe keinen Werkvertrag. Das habe ich nicht gesagt.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Nein, darum frage ich ja. Wie war das konkret? In welchem Verhältnis sind Sie konkret gestanden, auch rechtlich?

Mag. Karin Keglevich: Ich bin ein Berater der EADS und habe einen Beratungsvertrag.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Einen Beratervertrag. Haben Sie ein Fixum erhalten für Ihre Tätigkeiten?

Mag. Karin Keglevich: Ja.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Haben Sie dann selbst noch dazu ein Werbebudget erhalten für irgendwelche Tätigkeiten?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Ich mache grundsätzlich, trotzdem ich in meinem Unternehmenszweck auch klassische Werbung, einen Gewerbeschein dafür habe, aber klassische Werbung mache ich nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sie haben gesagt, ihre Aufgabe war die Kommunikationsseite, also den Markt zu beobachten. Welchen Markt haben Sie hier beobachtet? Den Rüstungsmarkt?

Mag. Karin Keglevich: Nein, ich glaube, der Rüstungsmarkt in Österreich, den muss man nicht viel beobachten, weil so viel tut sich da nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Darum frage ich Sie.

Mag. Karin Keglevich: Ich habe das schon ausgeführt. Ich mache es gerne noch einmal. Meine Aufgabe war es, die mediale Landschaft zu beobachten, die Meinung ein bisschen zu interpretieren, wie wird das Unternehmen in Österreich gesehen, und hier meine Vorschläge zu machen, was man verbessern könnte, oder wo man eventuell sich zurücknehmen soll. Das hängt ja ganz von der Einzelsituation ab. Aber ich habe den österreichischen medialen und kommunikativen Markt beobachtet und daraus meine Analysen gezogen und die nach München gegeben.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wissen Sie, warum ich hier nachhake? Es ist der Grund, weil das sehr viele uns mitgeteilt haben bis jetzt, die mediale Seite, den Markt zu beobachten. Aber mich würde interessieren, trotzdem, was Sie hier ganz konkret getan haben. Was haben Sie hier konkret für Empfehlungen zum Beispiel abgegeben? Weil Sie haben vorerst geschildert, wenn es notwendig war, haben Sie gesagt, dann habe ich Empfehlungen abgegeben. Können Sie ein ganz konkretes Beispiel nennen?

Mag. Karin Keglevich: Also das ist an sich ja nicht schwierig. Wenn man in der Kommunikation lebt, dann ist es die Tätigkeit, Kommunikation, sprich Medien zu beobachten. Sie selbst berufen sich ja permanent auf Medien, so als würden sie glaubwürdige Objekte täglich sein und nur die Wahrheit berichten. Das heißt, man muss diese Medien beobachten, feststellen. Ich nehme ein Beispiel, ich glaube, das ist sehr plakativ. Wir durften uns ja gestern alle erfreuen, dass Gegengeschäfte ja Gott sei Dank wieder jemand gefunden wurde, der behauptet, er hätte keine 35 Millionen bekommen. Das haben alle Medien übernommen. Meine Aufgabe, um es hier konkret zu machen, ist, dass ich das beobachte, dass ich feststelle, dass hier die Unwahrheit gesprochen wird, dass ich überprüfe, sofort, wenn diese Meldungen über die Agenturen kommen, welche Gegengeschäfte wurden mit diesem Unternehmen abgeschlossen. In dem Fall habe ich mich leicht getan, weil ich das Unternehmen gut kenne, selber eine Veranstaltung in der Steiermark mitorganisiert habe mit der Wirtschaftskammer über Qualifizierung, wo dieses Unternehmen aufgetreten ist. Daher wusste ich, dass das nicht stimmen kann, ob jetzt der Herr Piramis verstanden oder wie auch immer, das mag ich nicht zu beurteilen. Ich habe ihn gestern nicht erreichen können. Aber Herr Plasser hat das auch schon dementiert und hier einfach festzustellen, dass und das glaube ich ist ja auch ein bisschen das Problem, dieses gesamten Abwicklungsprozesses, dass Medien sich auf etwas draufsetzen, dort leider nicht sehr fair sind, nicht rückfragen. Mich hat keiner angerufen und gesagt, Entschuldigung, stimmt das, haben die ein Gegengeschäft oder nicht?

Es wurde auch, so glaube ich zumindest, sonst hätten die ja sofort reagiert, auch nicht im Wirtschaftsministerium angerufen, sondern man bringt es einmal. Das ist, ich weiß nicht, wie Sie immer gerne sagen Voodoo oder sonst etwas und auf der anderen Seite darf man dann am nächsten Tag noch vielleicht einen Zweizeiler, einen Dreizeiler. Man kann sich dann noch ein paar OTS schicken, die keiner liest, weil man drinnen die Wahrheit sagt und sagt, das stimmt nicht. Die haben 2,4 Millionen bekommen et cetera. Man darf im Fernsehen dann noch beobachten, dass man mit einem süffisanten Unterton bedacht wird. Es gibt schon Gegengeschäfte. Aber einige sind ein Schmäh und das beobachte ich und das muss man beobachten, um auch hier zu erkennen wie läuft das überhaupt. Denn wenn wir eine Pressekonferenz machen oder eine Presseaussendung und sagen, das sind die drei, vier Unternehmen, zum Beispiel, die sich selber hinsetzen, die wir nicht mit der Galaschnikow zwingen, etwas zu sagen, sondern die selber sagen, wir haben hier einen Auftrag und wir freuen uns, dass das für uns ein gutes Geschäft ist, dann können Sie ganz sicher sein, dass die Medien fünf andere noch anrufen und hoffen, irgendeiner sagt vielleicht etwas Negatives und diese Zeile kommt hinein, nur im umgekehrten Fall. Aber das ist, zum Beispiel, meine Aufgabe.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sie haben zuerst einige Beispiele genannt von Kontakten, die Sie hergestellt haben. Können Sie hier noch, Sie haben zum Beispiel genannt, die Frau Landeshauptfrau Burgstaller,

Mag. Karin Keglevich: Ja.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): hat es hier weitere Gespräche mit Vertretern aus den Ländern gegeben, mit weiteren Landeshauptmännern?

Mag. Karin Keglevich: Also ich habe konkret eben mit Landeshauptmann Nissl, das war ziemlich am Beginn, dann nachfolgend 2005, nageln Sie mich aber jetzt nicht fest, mit der Frau Landeshauptfrau Burgstaller Kontakte hergestellt. War auch persönlich bei diesen Kontakten dabei und wir haben dort im Rahmen dieser Gespräche meistens auf der Landeshauptmannebene die Möglichkeiten der Gegengeschäfte für das jeweilige Bundesland besprochen. Aber natürlich auch, weil das, glaube ich, ja auch zulässig ist über die Flugzeuge gesprochen, die von hoher Qualität sind und hier versucht, hier auch ein positives Image zu machen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Haben Sie mit weiteren Landeshauptmännern gesprochen als Nissl und Burgstaller?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Meine vorrangige Aufgabe ist auch nicht jetzt, wenn es sich ergibt, wenn wir der Meinung sind, dass wir hier da und dort Kontakte knüpfen sollen, dann besprechen wir das und in dem Fall war es eben seinerzeit Landeshauptmann Nissl. Ich glaube, da hat es vorher, aber das weiß ich nicht, da war ich ja noch nicht dabei, schon eine Runde mit Landeshauptleuten, also mit Besuchen gegeben und da glaube ich, fehlte damals noch der Landeshauptmann Nissl. Das haben wir eben nachgeholt und dann war eine Wahl, so dass die Frau Landeshauptfrau Burgstaller ja nicht in der Vorphase schon als Landeshauptfrau tätig war. Und darum haben wir dort auch einen Kontakt gesucht und den dann auch erhalten und ein sehr positives Gespräch geführt. Der Herr Landeshauptmann Voves hat es mir ausrichten lassen, er ist nicht an einem Gespräch interessiert. Mit ihm wollte ich auch ein Gespräch. Der hat gesagt, das interessiert ihn nicht und ich bekomme keinen Termin. Das habe ich zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Nun handelt es sich hier bei den von Ihnen aufgezählten Landeshauptmännern, respektive der Landeshauptfrau Burgstaller, um SPÖ-Vertreter. Warum haben Sie gerade hier mit SPÖ-Vertretern Kontakt aufgenommen?

Mag. Karin Keglevich: Das habe ich schon erklärt. Soweit ich damals informiert war, war mit Landeshauptmann Nissl noch nicht gesprochen worden, aber mit den anderen schon. Und das hat in Salzburg wie Sie sicherlich sich erinnern eine Neuwahl gegeben und daher war die Frau Landeshauptfrau Burgstaller nicht in der Vorphase schon in, weiß ich nicht, 2002 oder wann immer kontaktiert worden, sondern konnte klarerweise erst nach ihrer Wahl kontaktiert werden und das habe ich dann organisiert. Das selbe wollte ich in der Steiermark machen. Und soweit mir bekannt ist, hat es sonst keinen Landeshauptmannwechsel gegeben. Aber wenn Sie einen wissen, sagen Sie es mir, ich fahre gerne hin.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Frau Magister. Schauen Sie, es ist so, dass die Frau Rumpold uns erzählt hat hier im Ausschuss, dass Sie auch Landeshauptmannsgespräche geführt hat. Und jetzt wäre es interessant, warum es dann eine zweite Runde gegeben hat oder was war der Unterschied zu den Gesprächen von der Firma Rumpold, respektive 100 % Communications und was war Ihre Aufgabe?

Mag. Karin Keglevich: Entschuldigung, ich wollte nur Ihren Namen wissen, weil ich Sie lieber mit den Namen anspreche. Herr Abgeordneter Haimbuchner. Ich bin am 01. Februar 2003 mit einem Beratervertrag bei der EADS-Military dazu gekommen und mein Auftrag war, dort wo man von der EADS Militaryseite her der Meinung war, dass man noch Kontakte knüpfen sollte wie Herr Landeshauptmann Nissl dies zu tun. Das habe ich getan und damals hat es ja die Typenentscheidung schon gegeben und jetzt müsste ich nachschauen, aber das kann ich jetzt wirklich nicht sagen, ob ich den Herrn Nissl, weil im Juni 2003 wurde dann der Vertrag unterschrieben, ob ich ihn im Mai oder im September besucht habe, also das weiß ich jetzt auch nicht mehr. Aber das hat ja mit dem Vertrag an sich nichts zu tun gehabt. Wir haben dort die Möglichkeiten mit ihm diskutiert, die es auf der Gegengeschäftsbasis geben kann. Bei der Frau Burgstaller wiederhole ich mich gerne. Es hat eine Neuwahl gegeben, daher konnte man sichtlich auch mit der Frau Burgstaller vorher nicht sprechen, weil man nicht gewusst hat, dass Sie Landeshauptfrau wird. Daher war das eben der Fall, dass man mich gebeten hat, wie Sie gewählt wurde nach einer gewissen Einarbeitungszeit mich mit Ihr in Verbindung zu setzen und hier für das Unternehmen diesen Termin habe ich dort vorgenommen und wir haben hier gemeinsam über Möglichkeiten gesprochen über Gegengeschäfte. Dasselbe haben wir in der Steiermark getan. Hier hat es ja einen Wechsel im Landeshauptmann gegeben und daher konnte auch Herr Voves nicht vorher kontaktiert werden, weil er vorher nicht Landeshauptmann war, sondern er konnte erst kontaktiert werden wie er schon dann Landeshauptmann war. Dass hier kein Termin zustande kam ist seine Entscheidung, die ich respektiere.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Welche konkreten Gegengeschäfte haben Sie besprochen?

Mag. Karin Keglevich: Konkret waren wir in dem Fall nicht. Wir haben nicht gesagt, die Firma Maier, die Firma Müller und die Firma Huber hat das Gegengeschäft X bekommen, sondern wir haben mit ihm gemeinsam und auch mit der Frau Landeshauptfrau Burgstaller die industrielle Landschaft ein bisschen durchdiskutiert des jeweiligen Bundeslandes und haben hier die Aktivitäten, die wir dort setzen wollen, sprich, dass wir eben in den jeweiligen Bundesländern Meetings mit den Unternehmen machen, das wieder mitorganisiert wurde durch die Wirtschaftskammer im jeweiligen Bundesland. Dass wir hier auch zugesagt haben, Sie haben die Leute am Laufenden zu halten, auch zu informieren. Und das war, ich betrachte das auch als eine Höflichkeit, den Herrn Landeshauptmann „herrscht“ über sein Bundesland, wenn man dort tätig ist, dass man bei ihm vorbeischaud und Grüß Gott sagt damit er auch weiß, mit wem er zu tun hat, wenn einmal Fragen, Anregungen oder sonst irgendetwas hat.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Welche Wahrnehmungen haben Sie bezüglich Herrn Steininger auf Grund Ihrer Tätigkeit gemacht? Hatten Sie Herrn Erhard Steininger einmal etwas zu tun gehabt oder überhaupt nicht?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe mit Herrn Steininger nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Hat es im Zuge dieser Gespräche, die Sie geführt haben in den Ländern, sind Sie davon informiert worden, dass hier die Frau Rumpold schon einmal tätig war?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Nicht?

Mag. Karin Keglevich: Es hat mich auch nicht interessiert?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Es geht nur darum, dass die Frau Rumpold hier im Ausschuss angegeben hat, dass sie hier in den Ländern umfangreiche Gespräche geführt hat.

Mag. Karin Keglevich: Ich glaube nicht, dass die Frau Rumpold mit der Frau Burgstaller und mit dem Herr Nissl umfangreiche Gespräche geführt hat.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Darum fragen wir Sie ja. Das interessiert uns ja. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: So danke. Ich darf jetzt auch kurz ein paar Fragen stellen. Sagen Sie, seit wann arbeiten Sie für die Firma EBD?

Mag. Karin Keglevich: Wie ich ausgeführt habe, wurde im Ende 2004 oder Anfang 2005, ich möchte jetzt nicht, dass man mich da auf das Datum festnagelt, die Vereinbarung die ich mit der EADS Military hatte, gesplittet auf die EBT. Denn die EBT wurde damals gegründet und hat die Agenden zur Abwicklung der Gegengeschäfte in Österreich übernommen. Daher hat man gesagt, es macht eigentlich nicht Sinn, dass ich weiterhin eine Vereinbarung mit der EADS Military habe, wenn sie im Rahmen dieser Vorfeldorganisation die Gegengeschäfte abwickelt. Und daher hat man die Vereinbarung der EADS Military aufgeteilt auf die EBT und Eurofighter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Zum damaligen Zeitpunkt war ein gewisser Herr Roland Reisch Geschäftsführer der EBT. Können Sie uns sagen, wer Herr Reisch ist?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe den Namen noch nie gehört, ich kenne ihn nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das war der alleinige Geschäftsführer.

Mag. Karin Keglevich: Tut mir leid. Ich kenne nur Herrn Dr. Bergner.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herrn Dr. Bergner hat es damals in dieser Firma nicht gegeben?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe eine Vereinbarung mit der EBT, wo Herr Dr. Bergner Geschäftsführer ist. Ob es die EBT jetzt vorher in irgendeiner Form gegeben hat, wo es einen Herrn Reisch gab, das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass für die EBT der Geschäftsführer Herr Dr. Bergner ist und war, und mit dem habe ich eine Vereinbarung, die er auch selbst unterschrieben hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Bergner ist am 9. August 2005 Geschäftsführer geworden und war vorher in keiner Art und Weise für die Firma EBT tätig. Warum hat dann Herr Bergner, obwohl er nicht Geschäftsführer war und keine Funktion in der Firma EBT hatte, mit Ihnen diese Vereinbarung unterschrieben?

Mag. Karin Keglevich: Jetzt mögen Sie mich vielleicht am linken Fuß erwischt haben, vielleicht habe ich die Vereinbarung im Sommer 2005, ich habe sie sogar da, ich kann nachschauen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann schauen Sie bitte nach.

Mag. Karin Keglevich: Gut. Also, noch schlimmer, 31. Oktober 2005. Und bis dahin hatte ich mit der EADS Military eine Vereinbarung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen auf die beiden Vereinbarungen zurück. Wissen Sie, wem die Firma EBT gehört?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Für die Firma EBT ist immer aufgetreten eine ...Wirtschaftstreuhandgesellschaft, Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgmbH. Wir haben Herrn Bergner seinerzeit gefragt und er hat uns gesagt, er weiß eigentlich nicht genau, wer dahinter steht. Wir haben jetzt den Notariatsakt. In diesem Notariatsakt steht, dass diese Firma zu gleichen Teilen folgenden Personen gehört:

Herrn Dr. Walter Schön, Schön Aerospace Trading & Consulting GmbH. Und Herrn Alfred Plattner, P&P Consulting GmbH.

Sagt Ihnen Herr Alfred Plattner mit seiner P&P Consulting GmbH etwas?

Mag. Karin Keglevich: Ja, Herr Plattner ist mir schon öfters über den Weg gelaufen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie sagen, in welchem Verhältnis Herr Plattner zu Herrn Steininger steht?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe keine Ahnung. Ich bin Zeitungsbelesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist Ihnen Herr Plattner bekannt als einer der beiden Leiter des so genannten EADS Verbindungsbüros in Wien beziehungsweise in Klosterneuburg?

Mag. Karin Keglevich: Nein, weil zur damaligen Zeit habe ich mit der EADS oder Eurofighter nichts zu tun gehabt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Halten wir einmal bei dem Punkt fest. Die Firma, die für EADS die Gegengeschäfte abwickelt, gehört zur Hälfte Herrn Plattner, der uns bis jetzt von den Organen von EADS und Eurofighter immer als der Hilfsbote des Hauptboten Steininger dargestellt worden ist.

Wir können einmal festhalten. Die Gegengeschäfte werden über eine Firma abgewickelt, die zur Hälfte Herrn Plattner und seiner P&P Consulting GmbH gehört. Wissen Sie, wer Herr Dr. Schön ist?

Mag. Karin Keglevich: Entschuldigen Sie. Darf ich eine Zwischenfrage stellen? Sie haben einen Notariatsakt vorgelesen über Eigentümer. Ich würde es gerne selber lesen, was da drinnen steht. Weil ich weiß nicht, ob da drinnen steht, dass das Eigentümer sind. Ich habe keine Ahnung, was im Notariatsakt steht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich lese es Ihnen vor. Sie können es sich nachher anschauen. Treuhandvertrag, Treuhanderklärung. Die ...Wirtschaftstreuhandgesellschaft erklärt hiermit, dass sie den in Punkt 1 näher bezeichneten Geschäftsanteil an der Eurobusiness Development GmbH, mit dem Sitz in Wien, nicht auf eigene Rechnung erworben hat, sondern als Treuhänder der Treugeber wie folgt:

A. Als Treuhänder für die zu FN57951Y des Firmenbuches des Handelsgerichtes Wien protokollierte Schön Aerospace Trading Consulting GmbH hinsichtlich eines Teiles des in Punkt 1 dieses Vertrages näher bezeichneten Geschäftsanteils, der einer zur Hälfte eingezahlten Stammeinlage im Nennbetrag von 17 500 € entspricht.

B. Als Treuhänder für die zu FN238195M des Firmenbuches des Handelsgerichtes Wien protokolliert P&P Consulting GmbH hinsichtlich eines Teiles des in Punkt 1 dieses Vertrages näher bezeichneten Geschäftsanteils, der einer zur Hälfte eingezahlten Stammeinlage im Nennbetrag von 17 500 € entspricht. Die P&P Consulting GmbH hat auch die Mittel zur Leistung der zur Hälfte bar eingezahlten Stammeinlage im Nennbetrag von 17 500 € zur Verfügung gestellt und dasselbe gilt für die andere Hälfte der Stammeinlage für die Schön Aerospace Trading Consulting GmbH.

Wenn Sie sich diesen Treuhandvertrag anschauen wollen, können Sie das gerne tun. Das ist gar kein Problem.

Da haben wir also Herrn Plattner als einen der beiden entscheidenden Treuhänder bei der Abwicklung der Gegengeschäfte. Schauen Sie das in Ruhe an, weil ich habe jetzt eine ganze Reihe von Fragen dazu.

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß nicht, ich bin wirklich kein Anwalt, ist ein Treuhänder ein Eigentümer? Ich habe keine Ahnung.

Obmann Dr. Peter Pilz: ...Das sind die Treugeber.

Mag. Karin Keglevich: Aber da steht als Treuhänder.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie mir das noch einmal geben.

Mag. Karin Keglevich: Ich lese vor. Da steht, als Treuhänder für die FN usw. Ist jetzt der Treuhänder Eigentümer?

Obmann Dr. Peter Pilz: Die ... tritt als Treuhänder für ...

Mag. Karin Keglevich: Ich bin kein Anwalt, es tut mir leid, ich muss das schon hinterfragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben einen neben sich sitzen, der könnte Ihnen eine große Hilfe sein.

Mag. Karin Keglevich: Ja, ich wusste nicht, dass ich alles mit ihm besprechen kann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, die Mitglieder des Ausschusses nicht miteinander zu sprechen, weil sonst die Vertrauensperson unkonzentriert ist. Das gilt insbesondere für den Kollegen Kräuter.

Sie haben das jetzt gesehen. Noch einmal, damit wir die Rechtsfiguren klar haben. Treuhänder ist die ...Wirtschaftsprüfung GmbH. Die können wir noch dann für das Protokoll genauer bezeichnen, A-1020 Wien, Praterstraße 62 bis 64. Und da steht im Notariatsakt vorne: Im Folgenden auch kurz Treuhänder genannt.

Und dann kommt Herr Dr. Walter Schön, A-1010 Wien, Börsegasse 11, im Folgenden auch kurz Treugeber genannt. Und dann kommt Herr Alfred Plattner, 1010 Wien, Parkring 10, im Folgenden auch kurz Treugeber genannt.

Ist also klar, zumindest geht das aus dem Akt hervor, auf das kann man sich glaube ich verständigen, die Eigentümer und damit auch die Treugeber der EBT sind die Herren Schön und Plattner mit ihren jeweiligen Firmen.

Mag. Karin Keglevich: Wenn Sie das sagen, ich habe es jetzt gelesen, das mag so sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich vertraue dem österreichischen Notariatswesen, es ist so.

Kommen wir noch einmal zurück zu Herrn Plattner. Herr Plattner und Herr Steininger, wir wollen versuchen zu klären, wer sind die. Erzählen Sie uns einmal, welche Aufgaben die EBD wahrgenommen hat in Bezug auf Gegengeschäfte, und zwar konkret in einem Punkt. Ab dem Zeitpunkt, ab dem für Sie erkennbar Herr Dr. Bergner Geschäftsführer war, ist es richtig, dass die Agenda in Bezug auf die Gegengeschäfte und die Erfüllung des Gegengeschäftsvertrags von Seiten EADS ausschließlich von EBD wahrgenommen worden sind?

Mag. Karin Keglevich: Das ist richtig und es ist falsch. Es ist richtig, dass Herr Dr. Bergner mit seinem Team, das ja mehrere Personen umfasst, in Österreich für die Abwicklung der Gegengeschäfte zuständig sind, es gibt aber bei der EADS Military eine Abteilung Offset, der der Herr Dr. Bergner berichtet, also in Zusammenarbeit mit dieser Abteilung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Wer der Herr Dr. Bergner ist, da werden wir später noch genauer darauf zurückkommen, welche Funktionen er von Beginn seiner beruflichen Karriere, ich glaube, bei Interflug in der DDR bis hin zu EADS und EBD hatte. Kommen wir zum Herrn Dr. Walter Schön. Kennen Sie den Herrn Dr. Walter Schön? Sagt Ihnen der was?

Mag. Karin Keglevich: Den Herrn Dr. Walter Schön, den kenne ich privat, weil er, vom Skifahren, weil ich seine Mutter kenne, die in St. Anton am Arlberg ein Haus hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, welchen Geschäften der Vater von Herrn Schön in Wien in ständiger Konkurrenz, er war eine der beiden Größen mit dem Herrn Drescher, nachgegangen ist?

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß, dass er im militärischen Geschäft tätig war, aber was er dort abgewickelt hat, das hat mich zur damaligen Zeit nicht interessiert.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, dass der Herr Schön neben dem Herrn Drescher so bis vor einiger Zeit einer der beiden wichtigsten Waffenhändler mit der Republik Österreich, das heißt mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung, war?

Mag. Karin Keglevich: Nein, das weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie nicht. Wissen Sie, dass sein Sohn dieses Geschäfts übernommen hat?

Mag. Karin Keglevich: Also ich weiß, dass der Walter Schön, ich glaub, der Vater ist, Sie haben das so formuliert, als wäre er gestern gestorben, ich glaube, es ist fünfzehn Jahre her,

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, der Sohn hat schon länger das Geschäft übernommen, das ist richtig.

Mag. Karin Keglevich: Das Geschäft übernommen hat, was er da genau macht, weiß ich nicht, das, was ich weiß, ist, dass der Herr Walter Schön, ob er das noch immer tut, das weiß ich auch nicht, weil ich ihn nicht gefragt habe, für die Alenia, das ist ein italienischer Konzern,

Obmann Dr. Peter Pilz: Ein Rüstungskonzern

Mag. Karin Keglevich: Das ist ja auch nichts Anrüchiges

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, halten wir es nur fest.

Mag. Karin Keglevich: Die Alenia in Österreich tätig war oder ist, das weiß ich nicht, weil ich ihn nicht gefragt habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Alenia wissen Sie

Mag. Karin Keglevich: Gehört zum EADS-Konzern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Richtig. Also. Der Herr Schön vertritt die Firma Alenia aus dem, also eine mit EADS verbundene Firma, vertritt auch andere Rüstungsfirmen, stammt aus einer alten Waffenhändler- und Rüstungsdynastie in Wien. Der Herr Plattner ist eingestiegen beim Herrn Steininger, und hat das Rüstungsgeschäft der Herrn Steininger übernommen. Beide haben gemeinsam eine Firma gegründet, um für EADS in Wien die Gegengeschäfte abzuwickeln. So, ich glaube, damit haben wir einmal ganz gut beschrieben den Hintergrund und wie das alles zusammenpasst. Ist Ihnen in diesem Zusammenhang auch eine Tätigkeit von Herrn Steininger bekannt geworden, der ja der Kompagnon, sagen wir, so etwas wie der wirtschaftliche Führungsoffizier von Herrn Plattner war?

Mag. Karin Keglevich: Würden Sie die Frage konkret stellen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist Ihnen in diesem Zusammenhang, also in der Abwicklung dieser von uns besprochenen vertraglichen Verpflichtungen und des Geschäftszweckes der Firma EBD eine Tätigkeit von Herrn Steininger bekannt geworden, nachdem wir ja sehr genau wissen, welche Beziehung der Herr Steininger in wirtschaftlicher Hinsicht zum Herrn Plattner gehabt hat?

Mag. Karin Keglevich: Also da ich weder wusste, wer die Firma EBD gegründet hat, was mich auch wirklich nicht interessiert hat, und daher auch nicht weiß, ob der Herr Steininger dort irgend etwas zu tun hat, kann ich diese Frage nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut. Am 9. 11. 2004 ist die Firma EBD gegründet worden, von der Alta Wirtschaftstreuhand GmbH. Gegenstand, ich zitiere: „a) Förderung der Erfüllung der im Zusammenhang mit den Verträgen über den Ankauf von 18 Luftraumüberwachungsflugzeugen des Typs Eurofighter Typhoon und über die mit dem Ankauf in Zusammenhang stehenden Lieferungen und Leistungen mit dem Bund geschlossenen Gegengeschäftsvereinbarungen, b) Koordination der Förderung von Gegengeschäften“ und so weiter und so fort, das heißt, das ist auch nicht unerheblich, wenn man sich anschaut den Geschäftsgegenstand der Firma EBD, ist der bis auf eine kleine Ausnahme in der letzten Ziffer ausschließlich auf das vorliegende Geschäft, das heißt, auf die gegengeschäftsmäßige Erfüllung der Eurofighterverträge beschränkt. Sie werden uns es wahrscheinlich nicht beantworten können, ich frage Sie nur der Ordnung halber. Haben Sie in dem Bereich Gegengeschäfte jemals irgend etwas erfahren über eine Qualifikation des Waffenhändlers Schön und des Rüstungslobbyisten Plattner?

Mag. Karin Keglevich: Über welche Qualifikation sprechen Sie? Ob sie mehrsprachig sind, oder

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, im Offset, zur Abwicklung von Offset-Geschäften muss man was verstehen von den Märkten, wie man Offset-Verträge abwickelt, da gibt es gewisse Usancen auf den Märkten. Waffenhändler wickeln in der Regel nicht Gegengeschäfte ab, sondern da gibt es normalerweise andere Einrichtungen. Einrichtungen, Sie kennen das ja selbst, wo zum Teil wirtschaftliche Interessensvertretungen beteiligt sind, Ministerien und und und. Es ist sehr unüblich, dass Waffenhändler und Rüstungslobbyisten die Gegengeschäfte abwickeln. Ich sage Ihnen auch, wohin ich mit dieser Frage abziele, und Sie werden das mit Sicherheit nicht beantworten können. Es gibt immer die Möglichkeit, dass über Gegengeschäfte geschmiert wird. Dass Korruption über Gegengeschäfte läuft. Ein Hinweis, dass Gegengeschäfte korrekt abgewickelt werden, ist, wenn da Leute mit einschlägiger Kompetenz in Abwicklung von Offset-Verträgen arbeiten. Bei den Personen, die hier als Eigentümer jetzt bekannt werden, handelt es sich um Personen mit vollkommen anderen Qualifikationen. Und die Frage ist, warum, und das werden Sie uns wahrscheinlich nicht beantworten können, die Firma EADS nicht Leute mit Offset-Erfahrungen beauftragt, die Gegengeschäfte abzuwickeln, sondern den Kompagnon von Herrn Steininger, der uns einschlägig bekannt ist, und einen Waffenhändler.

Mag. Karin Keglevich: Darf ich antworten?

Obmann Dr. Peter Pilz: Na selbstverständlich. Gerne.

Mag. Karin Keglevich: Gut.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aus dem eigenen Konzern noch dazu. So.

Mag. Karin Keglevich: Also nachdem das jetzt so, lassen Sie mich ein bisschen ausholen. Gegengeschäfte, und das ist vielleicht auch wichtig, hier einmal aufzuklären, ist ja nichts, was der EADS oder Eurofighter angeboten hat als Zuckerl, um hier einen Auftrag zu bekommen, sondern das war ja Basis der Ausschreibung. Das heißt, jeder, der anbieten wollte, um Flugzeuge zu verkaufen, musste Gegengeschäfte mit anbieten. Gegengeschäfte sind weltweit, so weit mir bekannt ist, dort überall üblich, wo es um militärische Beschaffungen geht, weil, was ja durchaus logisch ist, sich die jeweiligen Länder sagen, wenn wir Steuergelder ausgeben für militärische Beschaffung, dann wollen wir einen Teil davon wieder zurückbekommen, um hier die

Wirtschaft, sei es jetzt technologisch oder auf welche Art auch immer, das ist ja jedem Land vorbehalten, hier das wieder ein bisschen zurückzubringen. Was ja auch sehr sinnvoll ist, aber es gar keine Frage jetzt der Diskussion ist, wie sinnvoll sind Gegengeschäfte, sondern das ist weltweit bei militärischen Anschaffungen mehr oder minder so üblich. Auch die Abrechnung, wie es abgerechnet wird, ist mehr oder minder in jedem Land üblich. Die einen haben höhere Sätze, mit denen sie abrechnen, anderem, wie halt Österreich, niedrigere. Das ist also weltweit üblich. Wenn ein Produkt angeschafft wird und nehmen wir ein Produkt, das schon weitaus vorher angeschafft wurde. Man wollte keine Kampfhubschrauber, man hat halt gewartet, bis in Galtür eine Lawine runtergeht, dann waren sie plötzlich das Liebling, wurde angeschafft. Soviel ich weiß, gibt es auch dort Gegengeschäfte, die werden auch abgewickelt. Ich weiß nicht, wie die abgewickelt werden, aber wird es halt auch eine Firma geben, die das abwickelt, oder das macht die Firma Sichrovsky selber. Dass jetzt hier ein Unternehmen existiert, das sichtlich, das nehme ich zur Kenntnis, weil es im Notariatsrat steht, zwei Herren als Treugeber oder Eigentümer oder wie man das juristisch richtig bezeichnet hat, ja, die hätten auch einen ganz anderen Beruf haben können, weil sie sind ja, soweit ich weiß, nicht Geschäftsführer dieses Unternehmens. Geschäftsführer dieses Unternehmens ist Herr Dr. Klaus Dieter Bergner und in dem Team, da möchte ich mich schon ein bisschen dagegen verwahren, Spezialisten sitzen, nämlich jene Leute, die, sei es bei der EADS im Forschungszentrum gesessen sind, seien es jene Leute, die die EADS-Strategien abgewickelt haben, die jetzt aus dem Unternehmen ausgeschieden sind und die EBD hier in Österreich auf diesem Sektor beraten, vertreten und hier die Geschäfte im Technologiebereich zum Beispiel mit mir abwickeln. Und zwei weitere Herren, der eine, der ein ausgesprochener Offset-Profi ist, der aus Deutschland herüber gekommen ist, der Jahrzehnte lang in diesem Bereich tätig war.

Ich glaube, die Eigentümerfrage ist völlig sekundär, weil das könnten der Herr Mayer und der Herr Müller auch sein. Die führen ja ihre Tätigkeit nicht aus, und erlauben Sie mir die Bemerkung, so lange gegen diese beiden Herren nicht vorliegt sehe ich eigentlich nicht ein, warum sie so stigmatisiert werden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Habe ich das in der Konstruktion jetzt richtig verstanden? Die ARGE Offset in den Bundesländern mit der Wirtschaftskammer gemeinsam hat sozusagen die österreichischen Betriebe aufgeboden für die Gegengeschäfte, und die EBD hat sozusagen die Auftraggeber meist aus dem Ausland aufgeboden, damit die zusammenkommen. Kann man das so sehen?

Mag. Karin Keglevich: Großflächig kann man es so sehen, ich beziehe es jetzt auf mich persönlich, ich kenne Unternehmen, wo ich der Meinung bin, dort könnte ein Potential sein, die jetzt durchaus sich selbst gar nicht, zum Beispiel bei der Wirtschaftskammer gemeldet haben, die ich angerufen habe und gesagt habe, ich glaube, da könnte etwas sein. Aber die Wirtschaftskammer ist ein sehr guter Boden vor allem auch für kleinere Unternehmen, die man eigentlich nicht so kennt.

Ich möchte hier noch etwas anfügen, was ich für sehr wesentlich halte. Es wird auch immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert, dass angeblich nur große Unternehmen Aufträge bekommen. Jetzt muss man es ein bisschen differenzierter sehen, und erlauben Sie mir den Vergleich mit der Autoindustrie. Hier wird Magna gelobt, weil die einen Verbund – ich schätze das jetzt ohne es konkret zu wissen – von 100 oder 200 Zulieferer haben, die, egal ob jetzt im Werk in der Steiermark oder wo auch immer hier Cluster gebildet haben, aber eben ein Systemlieferant, sprich Magna, ins Ausland liefert.

Dasselbe ist, was wir hier – das mögen Sie mir bitte glauben –, dass wir in der Luftfahrtindustrie auch mit Unterstützung der Wirtschaftskammer aufbauen wollen, nämlich eine gewisse Cluster-Bildung, denn ein kleines Unternehmen kann in der Luftfahrtindustrie, die sich oft über zehn und 20 Jahre finanzieren muss bis sie ein Return und ein Investment hat, ja gar nicht so viel Luft haben, dass sie das durchhalten, sodass wir hier versuchen, auch mit einer zum Beispiel sehr guten Qualifizierungs- und Zertifizierungsoffensive Unternehmen heranzuführen, dass sie wieder Zulieferer sein können für die großen Unternehmen. Und ich glaube hier ist uns schon eine Reihe gelungen, denn es hat früher auch einiges gegeben was FACC produziert hat, wo sie Zulieferteile gar nicht in Österreich bekommen konnte, weil es das hier nicht in dieser Qualität gegeben hat, weil Flugzeug etwas Anderes ist als Auto, Traktor oder was auch immer und weil man hier auch bei der Sicherheitsperspektive eine ganz, ganz andere Basis haben muss, die sehr langwierig ist. Es ist uns gelungen, dass wir die Zertifizierung in Österreich durchführen können, hier haben wir in den letzten drei Jahren wirklich gute Arbeit geleistet, dass man hier dazu nicht mehr ins Ausland gehen muss. Hier unterstützt die Wirtschaftskammer gerade bei den kleineren Betrieben, im Bereich der FACC sind das jetzt über 70 KMUs, die hier beteiligt sind und diese Gegengeschäfte indirekt, nicht direkt mit Airbus oder einem anderen Unternehmen, sondern indirekt die Wertschöpfung in Österreich erhöhen und was ganz besonders wichtig ist, nämlich hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, denn mit der Massenproduktion Bleche biegen, das kann man jetzt wahrscheinlich in Rumänien oder in der Ukraine billiger.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die EBD, die ist ja gegründet worden das abzuwickeln, die hat jetzt als Eigentümer, wie wir durch die Treuhandschaft wissen einerseits die EADS-Schiene über Plattner, weil der hat einen Vertrag mit EADS, und wie wir gehört haben die Alenia-Schiene, sprich die Italiener über den Schön. Damit hat sozusagen die EBD in etwa eine ähnliche Eigentümerstruktur wie die Eurofighter GmbH. Die Spanier fehlen noch. Sind Spanier irgendwie aufgetreten in Ihrem Zusammenhang?

Mag. Karin Keglevich: Nein mit Eskimos ist im Konzern nicht vertreten. Auch Frankreich ist nicht vertreten, was Politiker immer gerne mit Spanien verwechseln, aber die Spanier sind insofern für uns natürlich hoch interessant, denn auch am spanischen Markt konnte wir einige Unternehmen, ich weiß es jetzt nicht in Konkreten, aber da hat es schon einige Geschäfte gegeben, so viel ich weiß. Ich bin ja nicht bei jedem Gegengeschäft dabei, das kann ich gar nicht, aber Spanien als Gegengeschäftsland, weil es dort die Casa gibt, die ein EADS-Konzern ist, ist natürlich interessant, auch wenn das ein relativ geschlossener Markt ist, dass dort Gegengeschäfte mit diesem Land abgewickelt werden können.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nachdem die Alenia sozusagen in der EBD so prominent vertreten ist über den Schön, welche Gegengeschäfte mit Italien haben wir denn gemacht? Fällt Ihnen da etwas ein?

Mag. Karin Keglevich: Wie gesagt, mein Hauptgebiet ist die Technologie, die bezieht sich hauptsächlich auf die EADS, hier jetzt auf den deutschen Markt und auf Airbus. Ich selbst wickle, insgesamt sind jetzt, ich müsste nachschauen, ich glaube 520 oder wie viel Einzelgeschäfte abgewickelt worden. Ich kann es jetzt im Einzelnen nicht auflisten, um zu wissen, wer jetzt mit welchem Land irgend ein Geschäft gemacht hat, das weiß ich nicht im Detail.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Weil aus meiner Sicht macht es doch Sinn, wenn die Eigentümerstruktur der Eurofighter GmbH sich bei der EBD durch die handelnden Personen wiederfindet, nämlich einerseits EADS und andererseits

Alenia, und da wäre es schon interessant, wie weit die Gegengeschäfte durch diese Eigentümerstruktur nach Italien hinein wirken?

Mag. Karin Keglevich: Eines kann ich sagen, weil ich das konkret weiß. Wie gesagt, ich müsste selbst fragen gehen, was hier im Einzelgeschäft abgewickelt wurde. Das, was wir auch machen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, dass wir Unternehmensreisen machen, und da hat es zur Alenia ein oder zwei Mal, einmal weiß ich es ganz sicher eine Reise gegeben, die organisiert wurde, wo man mit Unternehmen aus Österreich dorthin gereist ist, sie dort der Alenia präsentiert hat, die haben dort ihre Tätigkeit, was sie halt für Angebote haben im Portfolio des Unternehmens wurde dort dargelegt und Kontakte geknüpft. Da bin ich jetzt überfordert im einzelnen zu sagen, ob sich daraus dann konkret schon etwas entwickelt hat, aber auch etwas, was man immer wieder bedenken muss, es ist ein 15-Jahre-Vertrag und nach drei Jahren kann noch nicht alles abgewickelt sein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sitzen die Herren Schön und Plattner auch in der Technologie-Plattform?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Die sind, was meine Wahrnehmung ist, in der Geschäftsführung der EBD noch nie vertreten gewesen und sind auch noch nie, bei keinem einzigen Meeting dabei gewesen. Wir haben jeden Monat ein Meeting, wo wir uns alle Personen der EBD, die mit der EBD gemeinsam arbeiten, die beiden Herren, wo einer sich Ostösterreich, der andere Westösterreich, inklusive Norden und Süden natürlich, die Unternehmen Kontakte hält. Mein Teil Technologie-Plattform mit den beiden wissenschaftlich fundierten Herren und das Personal wie Sekretärin et cetera, wo wir jeden Monat uns treffen, aber dort habe ich Herrn Plattner und Herrn Schön noch nie gesehen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Ihnen bekannt welche Firmen die beiden Herren im Detail repräsentieren? Schön hat ja mehrere Repräsentanz-Verträge wie Örlikon et cetera. Ist Ihnen bekannt was die für einen Background haben?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Beim Walter Schön, ich kenne ihn seit er sechs Jahre alt ist aus privaten Gründen, aber welche Firmen er vertritt, darüber habe ich mich nie informiert. Ich weiß es eben erst seit ich für die EADS Military zu tun hatte, dass ich damals, aber jetzt nageln Sie mich nicht fest wer es mir gesagt hat, dass er für die Alenia tätig ist. Aber ob er es noch ist weiß ich auch nicht, weil ich ihn nicht gefragt habe, aber mehr weiß ich über seine Tätigkeiten nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Technologieplattform haben Sie erwähnt, da ist das Joanneum dabei. Die Fachhochschule Joanneum ist ja ein eigenes Gegengeschäftsprojekt. Können Sie uns näher erläutern, wie das zustande kam?

Mag. Karin Keglevich: Wie Sie richtig sagen, das Joanneum ist eine Forschungsstelle. Wieso das andere auch Joanneum heißt, das weiß ich jetzt nicht im Konkreten. Ja, ich weiß. Ich bin Grazerin, darum ist mir das schon ein bisschen bewusst. Ich bin in das ursprüngliche Geschäft bei Joanneum nicht eingebunden gewesen. Ich kann das jetzt aus meiner Wahrnehmung sagen, weil ich – erlauben Sie mir die Emotion – eigentlich ein bisschen fassungslos war, wie das medial verarbeitet wurde. Denn hier hat sich EADS in einer beispiellosen Form engagiert, einen Luftfahrthochschullehrgang zu installieren, der nicht zustande gekommen wäre, wenn nicht die EADS Leute auf eigene Rechnung dorthin geschickt hätte, um dort die Vortragenden zu sein, die – und da ist es, glaube ich, am Besten, wenn man die Leute vor Ort direkt befragt – besten Bewertungen hatten, die es dort überhaupt jemals von Professoren gegeben hat; die in einem beispiellosen persönlichen Engagement – es ist

tragisch genug, dass der Eine trotz eines Kehlkopfkrebsses und hier wirklich sehr, sehr schwierigen Voraussetzungen dieses Engagement aufrecht erhalten hat – sich folgende Situation ergeben hat, dass und hier muss man, und wenn man in diesem Metier nicht zuhause ist, kann man es natürlich sehr gerne missverstehen, wissen, wie Gegengeschäfte abgerechnet werden.

Es ist hier eine Berechnung gemacht worden, denn es wird ja hier nicht bewertet der Euro-Aufwand in irgendwelchen Stundenformen, sondern es wird bewertet, was wird hier auf der einen Seite an Know-how-Transfer, weil ja hier auch von Schaustücken – und man muss ja dort im Joanneum einmal gewesen sein, um zu sehen, was dort überhaupt aufgebaut wurde – was bringt das auch volkswirtschaftlich. Denn eine Luftfahrtindustrie oder eine Industrie generell gesprochen, die keine Ausbildungsstätte im Land hat, wird mittelfristig auch nicht performen können, weil so ein gelobtes Land ist Österreich ja nicht, dass jeder, der in der Luftfahrtindustrie ausgebildet wird, nach Österreich kommt, sodass es hier auch aus unserer Sicht heraus ein hoch interessantes Projekt war, zu sagen, wir unterstützen hier das Joanneum in jeder nur möglichen Form. Auf der einen Seite mit den Vortragenden, mit Schaustücken, et cetera. Dafür gibt es Bewertungskriterien.

Die Bewertungskriterien gehen in die Richtung, dass man den volkswirtschaftlichen Nutzen berechnet; dass man überlegt, was kann das ganze Projekt überhaupt für einen Sinn haben; und was gibt es am Ende – ich möchte es vielleicht umgekehrt sagen - ... wenn ich industriell etwas tue und dort eine Maschine kaufe, und dann habe ich irgendein Produkt, das wird produziert und das verkaufe ich, wird das als Gegengeschäft angerechnet. Und da gibt es eben einen sogenannten Aufwertungsfaktor – das ist bitte weltweit so und kein österreichische Spezifikum –, der zwischen drei, das ist für eine Handelstätigkeit, und bis zu zehn in Österreich – in anderen Ländern geht das sogar bis dreißig – einen Aufwertungsfaktor gibt, je intelligenter das ist, was zum Schluss herauskommt.

Es ist dann die Überlegung gewesen, dass man gesagt hat: Bildung ist natürlich, auch für Österreich, etwas völlig Neues. Sie müssen wissen: Bis dato, seit .. weiß ich nicht, 1955 oder wann immer, militärisches Gut gekauft wurde, wurden insgesamt bis jetzt zirka, glaube ich, drei Milliarden abgewickelt an Gegengeschäften in diesen fünfzig oder sechzig Jahren, und das höchste Einzelgeschäft war, glaube ich, 300 Millionen. Es hatte niemand in Österreich überhaupt eine Erfahrung mit einem vier Milliarden-Gegengeschäft. Das hat es erstens in den letzten sechzig Jahren nicht gegeben und als Einzelfaktum überhaupt nicht. Und bis dato wurde Ware ausschließlich gekauft, also bestellt, bezahlt, gekauft, geliefert. Technologie oder Bildung war noch nie – soweit es mein Informationsstand ist – in irgendeiner Form inkludiert in einem Gegengeschäftsvertrag. Daher war das auch ein gewisses Neuland zu überlegen. Internationale gibt es dazu Dutzende Studien, wie man das bewerten kann. Und da war auch die Überlegung, dass man gesagt hat: Wie kann man jetzt Bildung in dem Sinn bewerten, weil es ja auch einen Output gibt. Und es kann doch Bildung, die jetzt volkswirtschaftlich einen viel höheren Stellenwert hat, als irgendeine Maschine, .. kann man ja nicht sagen, jetzt nehme ich nur, was jetzt stundenmäßig, sagen wir an finanziellem Aufwand anfällt, und dann die Schaustücke bewerten wir, und das war es dann.

Wenn ich auf der anderen Seite sage, wenn ich das Geld in eine Maschine nehme, wird noch bewertet, was die Stücke, die hinten rauskommen, noch als Gegengeschäft gerechnet. Und darum hat man gesagt, geht man doch her, dort sind jetzt 25, 30 Studenten, die nach drei, vier Jahren dieses Studium beenden, die dann in die Wirtschaft gehen; und gehen wir sogar von einem geringen Faktor aus, ein Drittel geht ins Ausland, ein Drittel macht irgendetwas, und ein Drittel verbleibt in Österreich. Und

dieses Drittel versucht man zu bewerten. Das war auch vom Wirtschaftsministerium aus so gedacht, dass man sagt: Was können die für einen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen?, und dieses Gesamtpaket dann als Gegengeschäft zu bewerten.

Dass dann irgendjemand hergeht und sagt, da gibt es jetzt eine Summe, und da dividiere ich jetzt, dass fünf, sechs oder sieben Leute – ist ja völlig Wurscht – so und so viele Stunden haben und da komme ich zu einem Stundensatz. Wissen Sie, da kann man eigentlich nur mehr fassungslos den Kopf schütteln, dass Bildung in Österreich, auch wenn wir so gerne über Bildungsinitiativen sprechen, eigentlich auf eine derart banale Art abqualifiziert wird, dass wir einfach gesagt haben, wir hören auf. Wir haben es dort auch nicht mehr weiter gemacht, weil das ist einfach unter jeder Würde, so über Bildung zu diskutieren.

Im konkreten Fall würde ich Sie aber bitten, weil von der Detailabwicklung hier Herr Dr. Bergner auch eingebunden war, - ich weiß nicht, ob er noch geladen ist oder nicht – aber das ist das, was ich zu diesem Fall sagen kann. Ich bin eben dann dazugestoßen, wie es um diese Bewertungsfragen gegangen ist. Ich war auch selbst unten und habe mir das in Graz persönlich angeschaut. Es hat uns allen sehr, sehr leid getan und die haben sich sehr bemüht, da unten, uns wieder zu motivieren, weiter zu tun. Aber das kann man einfach nicht, wenn man auf so eine Art hier öffentlich vorgeführt wird, wenn man eigentlich etwas Gutes tun wollte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Frau Mag. Keglevich, ich möchte gleich dort fortsetzen bei dem fassungslosen Kopfschütteln. Ich habe da den „Standard“ vom 5. Oktober 2004 und da ist die Headline: Eurofighter-Gegengeschäft: Eine Lehrstunde um 78 500 €. Wissen Sie, was die damalige ÖVP-Wirtschaftslandesrätin Edlinger-Ploder dazu gesagt hat – weil Sie so fassungslos sind? Nein, ich sage es Ihnen. Sie hat gesagt, es gibt in Wien Leute, die machen einen Blödsinn nach dem anderen.

Wissen Sie, was der Rektor der Technischen Universität Graz dazu gesagt hat? Also, das Vokabel „abenteuerlich“ war wirklich das zurückhaltendste. Aber ich komme zur Frag ein dem Zusammenhang. Ich habe hier die Gegengeschäftsbestätigung dazu im Original. Und diese hundert Stunden hätten hier verrechnet werden sollen um 7 850 000 €. Frau Magistra Keglevich, Sie haben diesen Fall sehr genau verfolgt und auch – ich komme dann darauf zurück – in der „Kleinen Zeitung“ auch kommentiert. Wissen Sie, was da letztendlich anerkannt ist von diesen 7,8 Millionen €, die da ursprünglich drinnen waren?

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß es jetzt nicht auswendig, aber ich sage zwischen eins und zwei, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wieso können Sie dann sagen, Sie waren fassungslos, wenn selbst vom wohlmeinenden Wirtschaftsministerium von diesen abenteuerlichen ursprünglichen Ausgängen, um noch einmal den Rektor der Technischen Universität zu zitieren, dann ein Minimum überbleibt?

Mag. Karin Keglevich: Erstens würde ich das Zitat gerne lesen, und Erinnerungslücken sind meist sehr groß. Zweitens glaube ich, wenn Sie den Rektor hier herholen, würde er das wahrscheinlich ein bisschen anders kommentieren, denn er hat hochinteressante – vor allem mit der MTU, für die ich nicht zuständig bin, die aber im Konsortium ist – Gegengeschäfte abgewickelt, vor allem auf der Forschungsbasis. Und ich glaube, das ist ein grundsätzliches Problem - Ich will Ihnen nicht zu nahe treten. – der Politik, dass sie gezwungen ist, immer unmittelbar etwas zu sagen, auch wenn sie ahnungslos ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie die ÖVP-Landesrätin Edlinger-Ploder angerufen und ihr das gesagt? Haben Sie der Frau Edlinger-Ploder, der jetzigen Verkehrslandesrätin in der Steiermark das gesagt? So unter Steirerinnen?

Mag. Karin Keglevich: Haben Sie mit mir gesprochen? Ich meine Ihren Kollegen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das war eine Frage.

Mag. Karin Keglevich: Ich habe die Frau Edlinger-Ploder nicht angerufen, weil in dieser Causa hätte ich wahrscheinlich hundert Leute anrufen müssen. Hier geht es ja um etwas ganz anderes.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich komme zu einem ganz anderen Thema. Sie sind eben zu dieser Eurofighter Gegengeschäftssache Fachhochschule Joanneum zitiert. „Wir sind dabei, unser Engagement in Graz zu überdenken, bestätigt die Sprecherin der heimischen EADS-Partnerfirma Euro-Business Development, EBD, Karin Keglevich.“ Also Sie sind da ganz offiziell als Sprecherin zitiert. Jetzt frage ich Sie, als Sprecherin sagen Sie, haben Sie nicht gewusst, wer die Eigentümer sind. Das ist ja noch ungewöhnlich, aber vielleicht noch vorstellbar. Aber Sie haben gesagt, Sie haben den Herrn Plattner getroffen und Sie kennen sich. Ich wollte Sie fragen, wie hat sich der Herr Plattner bei Ihnen vorgestellt?

Mag. Karin Keglevich: Als Herr Plattner.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und mit welchem Hintergrund? Sie müssen sich das jetzt richtig vorstellen, also hier im Ausschuss sind wir derzeit auf dem Stand, dass er der Hilfspfadfinder und Hilfstüröffner des Herrn Steininger war. Jetzt hat sich herausgestellt, dass er der Eigentümer der Firma ist, wo Sie Sprecherin sind. Also wenn Sie sagen, Sie kennen ihn, müssen Sie ja mit ihm irgendetwas besprochen haben.

Mag. Karin Keglevich: Also wenn ich jemanden kenne, was ich mit dem bespreche, ich habe mit ihm nicht über Gegengeschäfte gesprochen. Wir haben zum Beispiel übers Golfspielen gesprochen, weil er spielt sehr gerne Golf. Wir haben es leider noch nicht geschafft, miteinander Golf zu spielen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Ihnen war vollkommen unklar, welche Rolle der Herr Plattner, er hat Ihnen eine Visitenkarte gegeben, das ist ja an sich ein gewöhnlicher Vorgang. Ist da oben gestanden „Golfspieler und Türöffner“, oder so etwas?

Obmann Dr. Peter Pilz: Vielleicht könnte man das Handicap erfahren.

Mag. Karin Keglevich: Entschuldigung, ich habe nicht verstanden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Vielleicht könnte man das Handicap erfahren.

Mag. Karin Keglevich: Muss ich jetzt auf so eine dumme Frage eine Antwort geben? Entschuldigen Sie, wenn ich das Wort dumm verwende, aber ich finde das schon sehr

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, das ist nicht notwendig, wir können, wenn Sie wollen, ruhig noch deutlicher werden. – Bitte, Kollege Kräuter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Die Frage ist ganz einfach. Welche Themen haben Sie mit dem Herrn Plattner besprochen, wenn Sie ihn getroffen haben?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe außer Grüß Gott und Auf Wiedersehen mit dem Herrn Plattner nichts besprochen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bei welcher Gelegenheit haben Sie ihn getroffen?

Mag. Karin Keglevich: Auf der Stiege.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wo?

Mag. Karin Keglevich: Also zum Beispiel am Lugeck 1 im Stiegenhaus. Der Herr Plattner ist mir, jetzt weiß ich es nicht, 2003 oder 2004, das weiß ich jetzt auch nicht, in Zeltweg eine Luftfahrtschau, das kann ich jetzt auch nicht sagen, vorgestellt worden als der Herr Plattner, der im Rahmen der Eurofighterbeschaffung hier Funktionen ausgeübt hat. Es hat mich nicht interessiert. Ich lerne in meinem Berufsleben, und jetzt möchte ich vielleicht auch noch etwas ergänzen, Herr Kräuter, ich habe nicht nur Eurofighter oder EADS oder die EBD als Kunden, ich habe viele Kunden. Ich lasse mir, vielleicht halten Sie das für naiv, aber von keinem meiner Kunden Notariatsakte vorlegen, wem das Unternehmen gehört, weil ich grundsätzlich nicht für Spelunken arbeite, sondern die Leute, die als Geschäftsführer oder als Eigentümer, je nachdem, was für eine gesellschaftliche Form es hat, oder Vorstandsvorsitzende, mir entgegentreten, ich in meinem Unternehmen mir herausnehme, qualifizieren zu können, ob ich für diese Menschen arbeiten will. Und wenn ich es nicht will, ist mir auch völlig Wurscht, wer die Eigentümer sind. Und wenn ich es will und diesen Menschen vertraue, dann tue ich es, ohne dass ich in ein Firmenbuch gehe, ohne dass ich sonst irgendetwas überprüfe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das führt jetzt weg von meiner Frage. Welche Rolle hat der Herr Steininger bei Gegengeschäften gespielt? Also vom Herrn Plattner, von seinem Helfer, und er hat ihn selbst als Gehilfen hier bezeichnet, wissen wir es. Er war Eigentümer der Firma, wo Sie Sprecherin sind. Welche Rolle hat der Herr Steininger bei den Gegengeschäften gespielt?

Mag. Karin Keglevich: Mir sind sie ja nicht bekannt, dass er eine Rolle gespielt hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, vielleicht kommen wir jetzt ein bisschen dem Ganzen näher. Bei der EBD im Geschäftszweck, der Herr Vorsitzende hat es ja vorgelesen, wird ja eigentlich operiert auf Basis der Verträge der Republik Österreich. Soweit ja klar. So. Wie sind jetzt diese Verträge entstanden? Ich habe hier von einer Sitzung am 15. 7. 2002 eine Anwesenheitsliste, da steht drauf, Vertragsverhandlungen mit EADS, und da sind folgende Herrschaften eingetragen:

Bundesministerium für Wirtschaft Bord, EADS Olbrecht, EADS Moser, EADS Steininger.

Das heißt, die Verträge, auf denen die Tätigkeit Ihrer Firma beruht, sind von Herrn Steininger verhandelt worden. Das ist das erste Beispiel. Am 15. 7. 2002 Vertragsverhandlungen mit EADS. Das zweite Beispiel, das ich zitieren möchte ...

Mag. Karin Keglevich: Entschuldigung, darf ich nur zwischendurch fragen, sind die Vertragsverhandlungen mit dem BMW. Nur Sie haben nicht gesagt, mit wem.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich lese es Ihnen gleich vor. Es geht ja um den Sinnzusammenhang. Sitzung am 6. August 2002, Ort Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, Stubenring 1. Betrifft: Vertragsverhandlungen mit EADS. Anwesend: Bord, dann Machinek, Moser, für EADS Erhard Steininger, unterschrieben, und Franziska Olbrecht für EADS. Das heißt, wir haben hier Dokumente, und das ist übrigens auch im Zusammenhang mit den öffentlichen Aussagen des Herrn Rauen, mit dem Sie die Pressekonferenz veranstalten, sehr interessant. Es gibt hier Dokumente, wo der Herr Steininger offizieller Verhandler von EADS im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten war und auf Basis

dieser Verträge beruht die Tätigkeit Ihrer Firma. Und drum frage ich Sie jetzt, was haben Sie mit dem Herrn Steininger zu tun?

Mag. Karin Keglevich: Nichts.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kennen Sie den Herrn Steininger?

Mag. Karin Keglevich: Vom sehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bei welcher Gelegenheit sehen Sie den Herrn Steininger?

Mag. Karin Keglevich: Also jetzt habe ich ihn schon sehr lange nicht mehr gesehen. Der Herr Steininger ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt war er in Thailand. Das ist uns schmerzvoll bekannt. Wann haben Sie ihn das letzte Mal gesehen?

Mag. Karin Keglevich: Ein Jahr, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bei welcher Gelegenheit war das?

Mag. Karin Keglevich: Bei der letzten Luftfahrtschau? Ich weiß es wirklich nicht. Er ist mir nie in irgendeiner Form über den Weg gelaufen, bei Besprechungen, oder sonst irgendwo. Also jetzt, wo man irgendwelche Fälle im Rahmen der Gegengeschäfte diskutiert hätte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Sie kennen den Herrn Steininger von Luftschau, den Herrn Plattner von Golfgesprächen, obwohl der Herr Steininger die Basis verhandelt für die Firma, wo der Herr Plattner Eigentümer ist, wo Sie Sprecherin sind. Und das soll glaubwürdig sein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die verhandelt ja gar nicht, Herr ...

Mag. Karin Keglevich: Herr Kräuter! Sie lesen mir etwas vor aus dem Jahr 2002, wo ich nachweislich mit dem Unternehmen nichts zu tun hatte. Daher werden Sie verstehen, dass ich dazu nicht Stellung beziehen kann. Ich kann aber aus eigener Wahrnehmung sagen von zig Besprechungen in anderen Unternehmen, aber auch im Rahmen der EBD, dass auf Anwesenheitslisten davon Dinge abzuleiten, wie Sie es tun, vielleicht nicht ganz zulässig sind, weil da steht ja nicht dabei, in welcher Funktion jemand ist, aber ich kann es nicht bewerten. Ich war 2002 nicht dabei, daher kann der Herr Steininger auf zehn Sitzungen gewesen sein, ich werde darauf keine Antwort geben können, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wann war die Pressekonferenz mit dem Herrn Rauen, die letzte, die Sie abgehalten haben?

Mag. Karin Keglevich: Vor drei, vier Wochen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da hat es ja, nehme ich an, eine Vorbesprechung gegeben.

Mag. Karin Keglevich: Na, wie ich meine Geschäfte abwickle ... wieso, was?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es ist lebensnahe, dass man, bevor man zu einer Pressekonferenz geht, sich ja vorbespricht.

Mag. Karin Keglevich: Und?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat der Herr Rauen Ihnen irgendwie geschildert, wie er die Rolle des Herrn Steininger darstellen wird bei dieser Pressekonferenz?

Mag. Karin Keglevich: Das war nicht das Thema.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, aber das Hauptthema dieser Pressekonferenz, das von den Medien übernommen ist, war ja, dass der Herr Rauen gesagt hat, der Herr Steininger hat nie an Vertragsverhandlungen teilgenommen.

Mag. Karin Keglevich: Ich glaube, das haben Sie missverstanden. Und Sie sollten vielleicht weniger den Medien glauben, sondern vorort anwesend sein. Der Tatbestand dieser Pressekonferenz hat sich ausschließlich darauf bezogen, dass der Herr Rauen mit zwei namhaften Professoren ein Rechtsgutachten präsentiert hat. Und das war der Inhalt dieser Pressekonferenz und über dieses Rechtsgutachten haben wir in der Vorbesprechung gesprochen. Ob jetzt ein Journalist eine Einzelfrage gestellt hat und das dann zum großen Hit des Jahrhunderts wurde, ist eine völlig andere Sache, aber nachdem Sie nicht anwesend waren, können Sie nicht unterstellen, was der Sinn dieser Pressekonferenz war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Keglevich! – Ich unterbreche jetzt kurz einmal. – Der Abgeordnete Kräuter hat Sie etwas ganz Einfaches gefragt, nämlich ob die Causa Steininger und die Rolle von Steininger in der Vorbesprechung zur Sprache gekommen ist.

Mag. Karin Keglevich: Ich habe gesagt: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und ich möchte, dass wir eine klare Antwort im Protokoll haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zensurieren Sie nicht die Auskunftsperson! Nehmen Sie die ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte wieder einen Baldriantee für die Abgeordnete Fekter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nehmen Sie die Antwort zur Kenntnis!

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, die Antwort – bitte, die Frage vom Abgeordneten Kräuter zu beantworten.

Mag. Karin Keglevich: Ich habe sie beantwortet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe das nicht gehört.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das war nicht zu hören auf Grund des Gebrülls von der Frau Fekter. Das war akustisch nicht wahrnehmbar. Können Sie das noch einmal wiederholen, dass wir das im Protokoll haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es geht nur darum, dass wir es ordentlich bei Protokoll haben, weil es wirklich kurz etwas laut war. Können Sie bitte Ihre Antwort wiederholen auf die Frage des Abgeordneten Kräuter, ob die Rolle von Herrn Steininger in der Vorbesprechung zur Pressekonferenz erörtert worden ist?

Mag. Karin Keglevich: Die Rolle des Herrn Steininger ist in der Vorbesprechung nicht erörtert worden. Meine Antwort lautet daher Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ihnen ist aber bekannt, dass als Hauptbotschaft in der medialen Berichterstattung von Herrn Rauen die Aussage der Herr Steininger hat nie an Vertragsverhandlungen teilgenommen hat, publiziert worden ist. Ist Ihnen das bekannt?

Mag. Karin Keglevich: Ich lese Zeitung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie da nicht irgendwie gemeint, dass müsste dementiert werden, wenn das nicht stimmt?

Mag. Karin Keglevich: Herr Kräuter. Würde ich alles dementieren was in der Zeitung steht, was viele von hier Anwesenden als OTS verschicken, was in allen österreichischen Medien steht, dann hätte ich wahrscheinlich 48 Stunden am Tag ausschließlich für diese Dementis zu tun. Und daher haben Sie bitte Verständnis, dass es klare Aussagen des Herrn Rauen gegeben hat und wir nicht alles permanent in irgendeiner Form nachkommentieren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben Ihre Tätigkeit eingangs beschrieben, Kontakte Medien, Kontakte politische Ebene, Wirtschaftskammerkontakte pflegen, Vorhut in Österreich und so weiter. Würden Sie das landläufig als Lobbying bezeichnen?

Mag. Karin Keglevich: Das ist vielleicht zu weit gegriffen, denn ich glaube Lobbying engt sich doch auf eine gewisse Funktion hier auf sei es, so betrachte ich es, jeder kann sich das für sich selber definieren, auf der politischen Ebene tätig zu sein und auf der politischen Seite tätig zu sein, bin ich im Rahmen der sei es jetzt für Eurofighter oder EBD im reinen Kontakt halten, weil hier die Politik oder die Republik, sagen wir so, die natürlich aus Politik besteht, Auftraggeber ist und daher habe ich natürlich auch Kontakte zum Wirtschaftsministerium. Daher habe ich auch Kontakte zum BMLV aufrecht gehalten, die wurden nicht von mir ..., aber mit den Kommunikationsabteilungen, denn eines muss ja auch klar sein, wenn ich mich hier identifizieren darf und sage wir, sprich jetzt Eurofighter oder EADS oder EBD sind hier Auftragnehmer und nicht Auftraggeber, so dass wir auch Aktivitäten natürlich mit den Ministerien abgesprochen haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Den ehemaligen Bundeskanzler Schüssel kennen Sie ja wahrscheinlich gut. Er kennt Sie auch. Hat er auch hier zu Protokoll gegeben und es ist sehr interessant, was er da gesagt hat. Ich habe ihn gefragt, mir die Nervosität eigentlich unerklärlich, die sich beim Namen Keglevich bereit macht, weil das war in der ÖVP gleich auch wieder so ein Gebrüll. Und dann sagt Herr Dr. Wolfgang Schüssel, Frau Mag. Keglevich ist mir natürlich bekannt, weil sie für die Industriellenvereinigung seinerzeit für die EU-Beitrittsbemühungen Österreich sehr verdienstvoll unterwegs war. Aber wie gesagt, Lobbying für die Eurofighter: Null. Also ich muss schon ehrlich sagen, ich kann mir das überhaupt nicht erklären. Können Sie sich erklären, nachdem Ihre Agentur PR-Beratung und Lobbying GmbH heißt und beispielsweise

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt ist wieder das mit der Nervosität. Unglaublich. Und im Profil vom 30. Oktober 2006 zu lesen und da ist das Datum interessant, Frau Keglevich, Special Public Affairs, PR-Beratung und Lobbying GmbH versucht seit 2001 guten Wind für das Eurofighter Projekt zu machen, kann ich mir das schwer erklären. Können Sie sich erklären, warum der ehemalige Bundeskanzler Schüssel sagt, Sie haben Null für Eurofighter gemacht?

Mag. Karin Keglevich: Also erstens würde ich das was Sie mir vorlesen gerne selbst lesen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wieso hat Ihr so eine Gehässigkeit in Euch? Warum seid Ihr so nervös? Ist irgendetwas?

Mag. Karin Keglevich: Also vielleicht darf ich das Ganze vorlesen was der Herr Schüssel gesagt hat. Frau Mag. Keglevich ist mir natürlich bekannt, weil Sie für die Industriellenvereinigung seinerzeit für die EU-Beitrittsbemühungen Österreich sehr verdienstvoll unterwegs war. In der Eurofighter Geschichte habe ich mit ihr nichts zu tun. Mich wundert es nur, denn die IV war ja offensichtlich für das andere Gerät. Also

ich habe aus dieser Geschichte mit ihr nichts zu tun gehabt, aber natürlich kenne ich Sie und wenn ich Sie treffen, würde ich ihr gerne die Hand geben. Aber Lobbying für Eurofighter Null.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kräuter. Das war ein gescheiter Bauchfleck jetzt. Ein riesen Bauchfleck.

Mag. Karin Keglevich: Würden Sie jetzt Ihre Frage wiederholen, weil ich weiß jetzt nicht mehr, was Ihre Frage war?

Obmann Dr. Peter Pilz: So Nächster am Wort ist Kollege Darmann. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke, keine Fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Mag. Keglevich. Nur damit ich ein bisschen zuordnen kann, was man Ihnen an juristischen Vorkenntnissen zumuten kann. Sind Sie studierte Juristin?

Obmann Dr. Peter Pilz: Für den Ausdruck Verleumdung, weil einfach diese Sitten von der Abgeordneten Fekter in diesem Ausschuss nicht erträglich sind, der Vorwurf der Verleumdung ist der Vorwurf einer strafbaren Handlung. Ich erteile der Abgeordneten Fekter dafür einen Ordnungsruf. Kollege Stadler. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich meine Frage noch einmal wiederholen, oder haben Sie sie akustisch verstanden?

Mag. Karin Keglevich: Ob ich Jus studiert habe? Nein. Ich habe Betriebswirtschaft studiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Im Rahmen des Betriebswirtschaftsstudiums wird ja sicher auch das Treuhandverhältnis einmal beleuchtet.

Mag. Karin Keglevich: Entschuldigen Sie, ich habe 1972 den Magister gemacht. Erwarten Sie bitte nicht von mir, dass ich die rechtlichen Situationen noch im Kopf habe. Aber fragen Sie, was Sie fragen wollen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist lieb von Ihnen, dass Sie mir das erlauben. Das heißt Sie wollen uns sagen, dass Sie seit Ihrem Studium nie mehr wieder etwas mit einem Treuhandbegriff zu tun hatten?

Mag. Karin Keglevich: Ja das mag komisch klingen, aber ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Vielleicht auch ganz gut fürs Protokoll, weil wir wollen ja zuordnen was man Ihnen sozusagen als Wissensstand voraussetzen kann. Also halten wir fest, dass Ihnen ein Treuhandverhältnis seit dem Studium nicht mehr untergekommen ist. Es ist vielleicht nicht ganz unerheblich für die Bewertung der Glaubwürdigkeit der Aussagen der Auskunftsperson. Wer ist an Sie herangetreten im Jahre 2005, damit Sie bei der EBD einsteigen sollen? Das habe ich akustisch nicht ganz verstanden.

Mag. Karin Keglevich: Das musste jetzt niemand wirklich speziell an mich herantreten, denn die handelnden Personen sind ja dieselben mit denen ich vorher tätig war. Der Herr Dr. Bergner war ja in Österreich schon für die Gegengeschäfte tätig. Mir wurde wie gesagt das war von mir ein Fehler, dass ich geglaubt habe, das wäre am Beginn 2005, also am 31. 10. 2005. Wie dann Dr. Bergner Geschäftsführer, jetzt weiß ich nicht, ist er im Oktober oder im August, das habe ich auch nicht überprüft, Geschäftsführer wurde hat man mir von der EADS-Military hat man mich gebeten, ob

es mir etwas ausmacht, wenn man den Beratungsvertrag jetzt auf die EBD überträgt, weil die in Österreich die Gegengeschäfte abwickelt und ich dafür schon tätig war. Und ich habe gesagt, mir ist das im Prinzip ganz egal.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): EADS hat Ihnen diesen Vorschlag gemacht?

Mag. Karin Keglevich: EADS Military, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hoher Ausschuss. Das halte ich für bemerkenswert, dass EADS sogar sagt, wer in welche Gegengeschäftsvermittlungsunternehmen einzutreten hat, weil EADS ja mit der Eurofighter GmbH und mit der Beschaffung gar nichts zu tun hat, haben wir in der Pressekonferenz des Herrn Rauen ja vernommen. Also wir gehen hier davon aus, dass die Frau Mag. Keglevich von EADS regelrecht sozusagen zu EBD zu Herrn Plattner vermittelt wurde und zwar durch einen reibungslosen Vertragsübergang.

Mag. Karin Keglevich: Entschuldigung. Jetzt nur zu meinem Verständnis. Herr Dr. Bergner hat meinen Beratungsvertrag von EADS Military übernommen. Ich habe mit den Herrn Plattner nichts dabei zu tun gehabt, möchte ich nur festhalten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich gar nicht behauptet. Ich sage nur, was EADS hier für eine Rolle spielt. Wissen Sie, das ist das unschuldige Lieschen vom Lande, wenn man die Pressekonferenz des Herrn Rauen sich vergegenwärtigt. Die kennen den Eurofighter nicht, die kennen den Herrn Steininger nicht. Die kennen niemanden wenn es darum geht, dass sie in die Ziehung genommen werden sollen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler. Frau Keglevich hat festgestellt, dass Sie die Personen kennt. Sie hat nur festgestellt, dass Sie diese Personen nicht näher kennt und etwa mit Steininger nichts beruflich zu tun gehabt hat. Das nur der Korrektheit halber.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber mir geht es um EADS zunächst einmal und nicht um die Frau Auskunftsperson, sondern um EADS. EADS hat also die Frau Auskunftsperson zu EBD gebracht. Frau Mag. Keglevich! Damit Ihre persönliche Ausgangssituation und Ihr politisches Umfeld auch einordnen kann und Ihre Kontakte, waren Sie früher Mitarbeiterin der Österreichischen Volkspartei?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Ich bin bei keiner Partei und ich bin auch bei keinem Verein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe noch gar keine Fragen nach Vereinen gestellt. Waren Sie für den Klestil Wahlkampf zuständig?

Mag. Karin Keglevich: Bitte?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren Sie im Klestil Wahlkampf tätig?

Mag. Karin Keglevich: Ja, das war ich. Und das war ich deshalb, wie Sie sich vielleicht erinnern, ob es jemals wieder vorkommen wird, weiß ich nicht. Herr Bundespräsident Dr. Thomas Klestil ist an mich herangetreten, ob ich seinen Wahlkampf managen will, aus dem einzigen Grund, weil er ohne Partei angetreten ist. Da werden Sie sich sicher daran erinnern. Weil ich Partei an sich nicht werblich unterstütze oder PR-mäßig oder wie man das jetzt nennen will. Und nachdem er ohne Partei angetreten ist, habe ich seinen Wahlkampf organisiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dort haben Sie natürlich nie ÖVPler getroffen und kaum Kontakte gehabt zur ÖVP?

Mag. Karin Keglevich: Wie Sie wissen, wurde damals eine Vereinbarung mit der SPÖ getroffen, dass sie keinen Gegenkandidaten aufstellen. Das heißt, ich bin mit SPÖ, ÖVP, wahrscheinlich auch mit Ihrer damaligen Partei, wo Sie noch Mitglied waren, sicher mit verschiedenen Leuten in Kontakt gekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Tätigkeit die Sie ausüben, hat Sie auch mehrfach ins Wirtschaftsministerium gebracht. Können Sie uns schildern, an welchen Sitzungen Sie im Wirtschaftsministerium teilgenommen haben?

Mag. Karin Keglevich: Wenn Sie mich nach konkreten Ereignissen fragen, kann ich mich vielleicht erinnern. Aber ich kann jetzt nicht sagen am 7. 5. oder am 8. 11.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will auch gar kein Datum wissen. Nur im Zusammenhang mit den Eurofighter Gegengeschäften interessiert es mich.

Mag. Karin Keglevich: Nur im Rahmen der Eurofighter Gegengeschäfte. Ich habe hier gelegentlich das eine oder andere Gespräch mit den Herren...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie an Plattform Sitzungen teilgenommen?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Soweit ich weiß, in den Plattform Sitzungen war nie jemand zugelassen ... den Einreichenden, sondern es ist immer so, dass die EBT gibt per 31. Mai, so wie das jetzt in zwei Wochen, oder wann das ist, für das Jahr 2006 immer für das vorangegangene Jahr, geben wir ab die Einreichungen für die Gegengeschäfte. Das wird dann im Rahmen der Plattform, wie viele Sitzungen die machen, das weiß ich nicht, diskutiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie an Vorbesprechungen teilgenommen zu Plattform Sitzungen?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nicht. Gehen wir zu einem anderen Thema. Sagt Ihnen der Name, Mag. Wolfgang Plasser etwas?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Den kennen Sie nicht?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Ich bin jetzt Zeitungsbelesen, aber ich kannte ihn vorher nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sagt Ihnen der Name Omesco Offset Management Service Ltd. etwas?

Mag. Karin Keglevich: Eigentlich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit Sitz in Zypern?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Limassol, Zypern? Das sind Gesellschafter der Omesco Offset Management Services GmbH?

Mag. Karin Keglevich: Keine Ahnung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da ist Ihr sehr gut Bekannter, Dr. Klaus-Dieter Bergner, mit einer mit Sitz in Frankreich, mit einer französischen Adresse, Gesellschafter dieser Firma?

Mag. Karin Keglevich: Keine Ahnung. Ich weiß nur, dass Herr Dr. Bergner vorher in Paris gelebt hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese Firma beschäftigt sich ebenfalls mit Gegengeschäften. Ist Ihnen das bekannt?

Mag. Karin Keglevich: Ich war für dieses Unternehmen nie tätig. Ich kenne es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Ihnen kein Begriff?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Kollegin Fekter hat aber heute wirklich ein lucidum intervallum. Österreich ist nicht der Nabel der Welt. Wichtig, für das Protokoll festzuhalten.

Herr Mag. Wolfgang Plasser haben Sie gesagt, ist Ihnen nicht bekannt, obwohl er dann zur Firma Plankl gegangen ist, die angeblich so ein großes Gegengeschäft gemacht hat. Haben Sie damit zu tun gehbt?

Mag. Karin Keglevich: Das Wort angeblich kann ich im Raum nicht stehen lassen, weil so viel ich weiß, sind bis jetzt 2,4 Millionen € abgerechnet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich beziehe mich auf Zeitungsberichte.

Mag. Karin Keglevich: Ja, man sollte sich informieren, und nicht den Medien...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dafür sind Sie da. Darum frage ich Sie ja. Und jetzt frage ich Sie nicht nach den Gegengeschäften, sondern jetzt frage ich Sie zunächst nach Herrn Plasser.

Bitte, wenn sich der ÖVP-Sektor wieder beruhigt. Wir sind bei Herrn Mag. Wolfgang Plasser. Haben Sie gewusst, dass der zu Plankl Racing Systems AG gegangen ist?

Mag. Karin Keglevich: Ich kenne die Firma Plankl. Ich kenne natürlich auch noch, weil er noch lebt, Gott sei Dank, Herrn Wustinger, den vorherigen, ob er alleiniger Eigentümer war, das weiß ich nicht. Ich kenne Herrn Horst Rieger, der bei der Firma Plankl beschäftigt ist und auch im Rahmen der Gegengeschäfte der Ansprechpartner ist. Dass Herr Plasser, das weiß ich jetzt nicht, ob er von Herrn Pierer dort die Mehrheit übernommen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): ... von der Firma Bergner zu Plankl gegangen.

Mag. Karin Keglevich: Ich sage es gerne noch einmal. Ich kannte Herrn, ich weiß nicht ob er Doktor ist, den Herrn Plasser kannte ich nicht. Ich habe aus der Zeitung gelesen, dass es einen Vorstand gibt oder Geschäftsführer, ich glaube es ist eine Aktiengesellschaft, einen Vorstand gibt, der Plasser heißt. Da ich nicht weiß, dass ein Herr Plasser, weiß ich nicht, bei welcher Firma.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der einer Bergner Firma.

Mag. Karin Keglevich: Bei der Bergner Firma, wie immer die heißen haben mag.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage es Ihnen gerne noch einmal. Omesco Offset Management Services GmbH.

Mag. Karin Keglevich: Nein, daher weiß ich nicht, dass dieser Herr Plasser, der Herr Plasser von Pankl ist, weil ich ihn als Herrn Plasser von der Omesco nicht kannte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sagt Ihnen der Name Mag. Roland Reisch etwas?

Mag. Karin Keglevich: Nein, habe ich noch nie gehört.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch nie?

Die Frau Lehrerin gibt mir jetzt eine schlechte Betragensnote, ich weiß schon.

Der ist einer der Gründer und ich glaube sogar Geschäftsführer gewesen, der Advanced Aeronautics Defense Systems Development GmbH. Kennen Sie diese Firma?

Mag. Karin Keglevich: Sagen Sie mir die Anfangsbuchstaben von der Firma?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Advanced Aeronautics...

Mag. Karin Keglevich: Nein, AE?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): AADS.

Mag. Karin Keglevich: Jawohl. Die ist im Rahmen der EBT mir als Name schon einmal aufgeschienen, dass sie im Bereich von Technologie glaube ich, Dinge abwickelt. Ich selber habe mit ihr nichts zu tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herrn Mag. Roland Reisch kennen Sie selber nicht?

Mag. Karin Keglevich: Nein, den kenne ich nicht. Auch den Namen habe ich noch nie gehört.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der nächste Gesellschafter dort war Herr Klaus-Dieter Bergner, den Sie kennen?

Mag. Karin Keglevich: Den kenne ich, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennen Sie Herrn Mag. Dr. Peter Wundsam?

Mag. Karin Keglevich: Ich kannte einen Herrn Dr. Wundsam, der verstorben ist. Der war Wirtschaftstreuhänder. Der wird mit dem nichts zu tun haben. Sonst kenne ich keinen Wundsam.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mag. Dr. Peter Wundsam, Jahrgang 1966?

Mag. Karin Keglevich: Vielleicht ist das der Sohn, aber ich kenne ihn nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler! Falls die Liste noch länger dauert, bitte in der nächsten Runde. Wenn das nur mehr wenige Namen sind, dann machen wir es gleich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es sind nur noch wenige Namen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und das Büro für Datenverarbeitung GmbH, sagt Ihnen das etwas?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nicht. Die ...Wirtschaftstreuhandgesellschaft, die sagt Ihnen was. Auf die komme ich in der nächsten Fragerunde zurück. Die hat Ihnen der Ausschussvorsitzende schon vorgehalten. Ist Ihnen mittlerweile ein Begriff als Treuhänderin?

Mag. Karin Keglevich: Das was ich hier gehört habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir werden in der nächsten Runde auch gerne erläutern, was das Wesen eines Treuhandverhältnisses ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke. Frau Magistra! Die EBT hat nach dem Organigramm, das sie selbst publiziert, offensichtlich mehrere Stellen. Auf

ähnlicher Ebene wie Ihre Tätigkeit, die hier angegeben ist mit General Secretary Technology Plattform, gibt es dann noch einen Dr. Michael Brandenburg und einen Professor Dr. Horst Schmidt. Können Sie zum Dr. Michael Brandburg und seiner Funktion etwas sagen? Innerhalb der EBT offensichtlich?

Mag. Karin Keglevich: Darf ich das gleich in beide Herren zusammenfassen. Herr Dr. Michael Brandenburg ist über, ich glaube sogar Jahrzehnte, bei der EADS international tätig gewesen, und war dort für Strategieentwicklung zuständig. Er ist dann aus dem Konzern ausgeschieden, in Pension gegangen, und wurde dann vom Herrn Dr. Bergner gebeten, weil er natürlich einen sehr, sehr großen Einblick hatte über die zukünftigen Entwicklungen des Konzerns, aber auch sehr, sehr gute Kontakte hat, weil er ein Fertigungstechniker auch ist, bei Airbus, welche Möglichkeiten an Gegengeschäfte, wo man hier eventuell für die Zukunft sich einbringen kann. Und er hat sich bereit erklärt, für die EBT im Rahmen der Gegengeschäfte auf dem Technologiesektor tätig zu sein.

Ähnlich verhält es sich bei Dr. Horst Schmidt-Bischofshausen. Er war der Vizeleiter des CAC, das ist das Forschungszentrum der EADS in München. Und auch er ist aus dem Konzern altersbedingt ausgeschieden, und hat sich bereit erklärt, hier die Tätigkeit auf Beratungsebene für die EBT in Technologiefragen tätig zu sein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt heißt es aber bei Dr. Brandenburg, Production Technologies.

Mag. Karin Keglevich: Fertigungstechnik.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): ... Und bei Schmid-Bischofshausen, ... Können Sie jetzt sagen, was diese beiden Abteilungen innerhalb der EBT genau zu tun haben? Unabhängig von den Namen?

Mag. Karin Keglevich: Ich glaube, das müssen Sie jetzt insofern ein bisschen reduzieren, dass sind ja jetzt nicht Abteilungen im Sinne, dass dort jetzt noch sieben Mitarbeiter in jeder Abteilung sind, sondern ich leite diese Technologieplattform, das heißt, ich führe die Forschungsprojekte zusammen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na zu Ihrer Tätigkeit kommen wir noch.

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß schon. Ich wollte es nur verdeutlichen. Wir sind drei Leute, das ist nicht Abteilungen, wo jetzt, ich weiß nicht, noch zig andere Leute herumlaufen. Der Herr Brandenburg ist bei vielen Projekten involviert. Das geht von Antifretting, das geht über die Structures Health Monitoring zum Beispiel, um einige Forschungsprojekte zu nennen. Hier ist seine Aufgabe gewesen, das österreichische Konsortium aufzustellen, die Kontakte aufzustellen, dass ausländische Konsortialteilnehmer aus dem Airbus-Bereich, EADS-Bereich et cetera aufzustellen, hier in Österreich ein Konsortium zu gründen. Dieses Konsortium dann dafür den Projektplan auszuarbeiten mit den jeweiligen Forschungsstellen, ob das jetzt ARC ist, ob das Joanneum ist, ob das die Akademie der Wissenschaften sind, et cetera. Dieses Konsortium aufzustellen und dann die Forschungstätigkeit hier je nach Projekt abzuwickeln und es auch zu begleiten. Ich nehme eines der wohl interessantesten Projekte, die sie aus den Medien ja schon erfahren haben, weil wir dazu ja auch eine Pressekonferenz gemacht haben, ist mit der Firma Albs die Brennstoffzelle, wo auch EADS und Airbus mit involviert sind, und auf der selben Ebene arbeitet der Herr Dr. Horst Schmidt-Bischofshausen in seinem Bereich, der zum Beispiel mit der Firma Fischer in Oberösterreich das Redux-Projekt auf die Wege, um jetzt nur eines zu nennen von vielen, das ist eine Nähstofftechnik, die sich für Karbonfasern hier spezialisiert und hier ist es seine Aufgabe, diese ganzen Forschungstätigkeiten in diesem Bereich zusammenzuführen, ein Konsortium zu bilden, und mit diesem

Konsortium diese Forschungsrichtung durchzuziehen. Meine Aufgabe ist es, also das soll ich jetzt nicht sagen, und hier auch die Forschung auch jeweils mitzubegleiten, weil wir natürlich auch permanent auch immer wieder Wahrnehmungsberichte einfordern, damit wir wissen, ob hier ein Erfolg gewährleistet werden kann, denn im Forschungsbereich ist natürlich klar, dass nicht jedes Projekt, weil sonst wäre es ja reine Auftragsforschung, wo man schon am Anfang weiß, dass am Ende was rauskommt, aber wo wir immer wieder Zwischenberichte haben, um nachjustieren zu können, et cetera. Das sind die Aufgaben dieser beiden Herren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, danke. Nur um das zu komplettieren noch. Dem Organigramm ist zu entnehmen, dass der Peter Schmidt, also das ist jetzt wieder ein anderer Schmidt, und der Dipl.-Ing. Günther Eckerl einerseits für West Austrian Offsets und andererseits für East Austrian Offsets zuständig sind. Nur ganz kurz, auch in der Antwort. Die beiden haben offensichtlich eine regionale Aufteilung, aber was tun die? Requirieren die auch Gegengeschäftspartner seitens der Verpflichteten Eurofighter-EADS, wie muss man sich das vorstellen?

Mag. Karin Keglevich: Das muss man sich so vorstellen, dass die beiden vorgenannten Herren, sprich Schmidt-Bischofshausen und Brandenburg, sich vorrangig mit Technologieprojekten beschäftigen und die Herren Eckerl und Schmidt in der Regionalität aufgeteilt sind, die Kontakte zu Unternehmen herstellen, sei es, dass sie jetzt aus ihrer eigenen Kontakte, die sie im Ausland zu EADS-nahen Unternehmen oder EADS/Airbus et cetera Kontakte haben und wissen, dass hier jetzt eine Möglichkeit wäre, zumindest sei es jetzt in einer Ausschreibung oder in sonstiger Form ein österreichisches Unternehmen, das jetzt nicht am Forschungssektor, sondern produktspezifisch bezogen, dort unterbringen oder einmal eine Türe zu öffnen, dann werden sie in Österreich schauen, wo sie so ein Unternehmen eventuell, also auftreiben ist jetzt ein falsches Wort, aber mir fällt kein schöneres ein, tun können und auf der anderen Seite sind sehr viele Kontakte, die über die Wirtschaftskammer, aber auch über die Industriellenvereinigung kommt, wo Anfragen sind, dass hier ein österreichisches Unternehmen Interesse hat, seine Produktpalette da und dort anzubieten, wo die beiden Herren eben regional aufgeteilt die Kontakte einmal wahrnehmen, mit den Firmeninhabern oder Geschäftsführern das diskutieren, ob das überhaupt Sinn macht, ob das gerade Produkte sind, die gebraucht werden, und wenn sie der Meinung sind, dass das so ist, dann die nötigen Kontakte herstellen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke. Jetzt noch einmal zu Ihrer Tätigkeit oder vor allem jener der Technologieplattform. Sind das in der Regel, werden dort Geschäftsfälle besprochen oder auch angebahnt, wo sich dann schon aufgrund der Namensgebung einmal der positive Verdacht aufdrängt, dass man hier schon beraten muss, um diese so genannten Aufwertungsfaktoren, Sie haben das ja breit ausgeführt, weil ja dem Gegengeschäftsvertrag selbst zugrunde liegt, dass im Technologietransferbereich, nämlich das ist der einzige, ich korrigiere das gleich für das Protokoll, nicht der Bildungsbereich im Allgemeinen, der ist ausdrücklich vertraglich nicht festgehalten als einer, wo Aufrechnungsfaktoren zur Geltung kommen, sondern nur der Technologie, Technologietransfer-, Forschungs- und Entwicklungsbereich. So weit, so gut. Beschäftigen Sie sich in der Technologieplattform speziell und vor allem nur mit solchen Dingen?

Mag. Karin Keglevich: Mit Technologie.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja das schon. Aber diskutieren Sie dann auch vorberatend beispielsweise für das Ministerium oder auch für die Plattform Gegengeschäfte, dass in bestimmten Geschäftsfällen diese Aufwertungsfaktoren zum Tragen kommen sollen?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Die EBD, sprich jetzt meine Person, auch da kann ich Dr. Bergner einschließen oder Schmidt-Bischofshausen oder Brandenburg, die wir mit dabei sind in der Technologieplattform, wir geben keine Faktoren vor, das wird vom Ministerium ausgemacht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Frage ist, ob es dort überhaupt vorberaten wird.

Mag. Karin Keglevich: Nein, weil wir sitzen ja nicht dort in der Gruppe und sagen, gibst du uns zehn oder zwölf oder eins oder fünf,

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber wird das überhaupt dort angesprochen, das Problem?

Mag. Karin Keglevich: Nein, es ist in der Plattform müssen Sie sich Folgendes vorstellen. Wir haben jetzt am 31. Mai zum Beispiel wieder eine Plattform-Sitzung und von der Agenda her läuft es so ab, dass wir bestehende Projekte, das ist die Brennstoffzelle, das ist Redux, das ist der Aviator, das ist Luftgüteprüfung, das ist ein sehr interessantes Projekt aus der Uni Innsbruck und zig andere Projekte, die im Laufen sind, die auch schon eingereicht sind, und wir haben dann eine Reihe Projekte, die noch nicht eingereicht sind, wo wir aber jetzt die Projektblätter so weit fertig haben, dass wir sehen, dass das ein einreichbares Projekt ist. Das wird dort gemeinsam diskutiert, dann wird noch überlegt, ob man vielleicht die eine oder andere Firma, weil jetzt egal ob das Seibersdorf oder ARC oder irgendjemand, noch kennt, wo man sagt, das wäre vielleicht noch ein interessanter Partner, den man hier einbinden kann, das wird dort diskutiert. Aber in der Plattform selber werden keine Bewertungsfaktoren diskutiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Eine letzte Frage, weil die Zeit aus ist. Sie haben den 31. 5. für das nächste Meeting genannt. Das deckt sich mit jenem Datum, wo Eurofighter verpflichtet ist, die Liste des Vorjahres einzureichen. Erwarten Sie schon die vollständige Liste zu Ihrer Beratung auch? Haben Sie die regelmäßig? Jene, die Eurofighter einreichen muss am 31. 5.?

Mag. Karin Keglevich: Ich glaube, da ist ein Missverständnis. Zum einen, wir hätten diese Plattformsitzung schon vor drei Wochen haben sollen, da ist der Termin verschoben worden und der Magister Schedler vom BMVIT hat zufällig am 31. Zeit. Das hat mit den Einreichungen hat diese Plattform absolut nichts zu tun.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nichts zu tun. Gut.

Mag. Karin Keglevich: Dort wird nur das Technologische, das Forschungstechnische besprochen, aber dort kommt auch nie die Liste hin mit den Einreichungen.

Obmannstellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Danke. Von der ÖVP, gibt es Fragen?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Waren Sie jemals beim Landeshauptmann Dr. Pühringer in Oberösterreich?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Schade. Weil wir in Oberösterreich hätten eine Bildungseinrichtung nicht so mädig gemacht wie die Steirer. Und wir sind auch nicht so pleite wie die Steirer, also wir hätten vielleicht Geld lukriert.

...: Es gibt aber einen ÖVP-Landesrat.

...: Auch die Niederösterreicher hätten es gerne.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Auch die Niederösterreicher hätten es gerne? Aha, das ist der Unterschied, weil der Voves sozusagen Gesprächsverweigerung betrieben hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Damals war Klasnic.

Mag. Karin Keglevich: Nein, das möchte ich schon ergänzen, als wir uns zurückgezogen haben, wenn ich das Wort wir verwenden darf, war bereits der Herr Landeshauptmann Voves, aber er war eben zu keinem Gespräch bereit.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich Ihrer Aktivitäten, was mich interessiert. Ich habe ein bisschen Gespür dafür was die österreichische Industrie betrifft, wie muss man sich das vorstellen? In Wirklichkeit ist das ja ein sehr wesentlicher Teil des gesamteuropäischen Raumes, der als Gegengeschäftspartner eigentlich in Frage kommt. Gibt es ähnliche Plattformen oder Zusammenschlüsse oder Akquirierungsaktivitäten in den anderen Ländern, damit die österreichischen Betriebe mit den Gegengeschäftspartnern zusammenkommen? Wie funktioniert die ausländische Seite? Können Sie mir das erläutern?

Mag. Karin Keglevich: Korrigieren Sie mich falls ich Sie missverstanden haben soll. Sie wollen wissen, wie wir die österreichischen Firmen dem Konsortium zuführen werden? Ist das jetzt die richtige Frage, oder habe ich sie missverstanden?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein, Frau Keglevich. Ich weiß wie die Wirtschaftskammer funktioniert, ich weiß wie die Industriellenvereinigung funktioniert, ich weiß wie die Arge Offset funktioniert. Das heißt, österreichische Betriebe mit ihrem technologischen Know-how anzusprechen, das kann ich mir sehr gut vorstellen, aber wie kommen dann die Aufträge zu unseren Unternehmen?

Mag. Karin Keglevich: Jetzt habe ich Sie verstanden. Ich nehme jetzt irgendein frei gewähltes Beispiel. Wenn wir, sei es durch eigene Wahrnehmung, dass wir ein Unternehmen kennen und der Meinung sind, das wäre ein hoch interessantes Produkt, das im Rahmen des Konsortiums sicher eine Chance hat, dann gibt es mehrere Wege. Es gibt ja eine Plattform im Rahmen des EADS-Konsortiums, des Konzerns, wo es eine Einkaufsplattform gibt. Das heißt, wir bemühen uns Unternehmen, wo wir zwar vielleicht nicht im Moment im Detail wissen, dass das was er jetzt produziert, genau die Firma X oder Y brauchen kann, aber dass wir versuchen, dieses Unternehmen in München zu präsentieren und hier in diese Einkaufsplattform integrieren zu können. Das heißt, wenn dann eines dieser mehreren Hunderten Unternehmen aus dem Gesamtkonsortium einen Bedarf hat, dann wird auf dieser Plattform auch nachgesehen, wer dazu passen kann. Es ist dann auch öfter der Fall, dass man einmal seine Ausschreibung erweitern will, weil man eine beschränkte macht und sagt, dann nimmt noch ein Unternehmen dazu, oder überhaupt mit neuen Unternehmen in Kontakt treten will. Das ist die eine Form.

Die andere Form der Kontaktaufnahme ist die direkte, das heißt, man weiß, dass es einen Bedarf in dem und dem Unternehmen im Ausland gibt. Das ist eben auf Grund dessen, dass bis auf meine Person die Mannschaft der EBD aus konzerneigenen Mitarbeitern besteht, die dort einfach sehr viele Kontakte haben, und man muss natürlich auch, das hat gar nicht mit Gegengeschäft an sich zu tun, aber jeder von Ihnen, der unternehmerisch tätig ist weiß, dass man sich zwar oft wünschen kann bei der Firma X, wo das Produkt durchaus gut passen würde, aber wenn es ein Riesenkonzern ist, es ist vielleicht manchmal wie bei den Parteien, man steht ein Jahr lang vor der falschen Tür, alle sind irrsinnig nett, alle sind irrsinnig freundlich, aber man kommt eigentlich nicht weiter, weil man immer bei den Falschen war. Und dem ist es zu anstrengend nachzudenken, wo er einen hinschicken soll, weil viele natürlich immer versuchen neue Geschäfte anzubahnen.

Hier ist es eine ganz wesentliche Aufgabe, dass man die Firmen an der Hand nimmt und sagt, du bist zwar jetzt bei Airbus richtig, aber leider, das ist die falsche Abteilung, auch wenn auf der Tür das draufsteht was du verkaufen willst, weil die Entscheidung trifft nicht der, sondern möglicher Weise ganz jemand anderer. Auf diese zwei Arten funktioniert das und auf der anderen Seite gibt es natürlich auch Unternehmen, die an uns herantreten und sagen, ich habe schon bei der Firma, die zu euch dazugehört mehrmals angeboten, ich kriege nicht einmal eine Antwort. Ich weiß weder bin ich zu teuer, bin ich zu billig oder ist mein Produkt nicht gut genug, ich glaube aber, dass ich sehr gute dazu passe. Also, wo es schon einen konkreten Kontakt gibt, wo man sich vor Ort bemüht einmal zu eruieren wie schaut das aus, warum hat der dort, der war zwar an der richtigen Stelle, ist aber nie weitergekommen. Da gibt es also ganz verschiedene Möglichkeiten, hier die Kontakte aufzubauen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Grunde genommen, haben Sie jetzt die EADS-Schiene erläutert, wir wissen aber in der EBD ist auch die Alenia-Schiene vertreten. Gibt es dort ähnliche Plattformen und wie schaut es mit der Casa aus?

Mag. Karin Keglevich: Ich möchte mich insofern korrigieren, wenn ich EADS meine, dann meine ich das Konsortium, und das Konsortium besteht aus vier Nationen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also alle.

Mag. Karin Keglevich: Da habe ich jetzt nicht spezifisch Deutschland gemeint, sondern meine ich immer den Gesamtbereich.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aha. – Derzeit keine weiteren Fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Prähauser bitte.

Wir unterbrechen kurz für fünf Minuten.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Frau Magistra Keglevich, im November 2005 haben Sie also bei Landeshauptfrau Burgstaller einen Termin wahrgenommen. Wie ist es zu diesem Termin überhaupt gekommen?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe angerufen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Haben Sie sie nicht zufällig irgendwo getroffen und dann ausgemacht?

Mag. Karin Keglevich: Ja, da haben Sie nicht ganz Unrecht. Aber ich habe trotzdem angerufen und einen Termin ausgemacht. Und zwar hat es in Salzburg eine Veranstaltung gegeben mit Luft- und Raumfahrt. Im Rahmen dieser Veranstaltung war Frau Landeshauptfrau Burgstaller und da habe ich kurz mit ihr gesprochen und habe gesagt, ich würde gerne einen Termin haben und ob wir vorbeikommen können. Da hat sie gesagt, ja, wir sollen anrufen. Ein paar Tage später habe ich dann bei ihr im Büro angerufen und habe den Termin bekommen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Was waren da speziell die Gesprächsgebiete? Was haben Sie dort gesprochen? Ich möchte nur sagen: Es gibt auch ein Gesprächsprotokoll – damit Sie das vorher wissen fairerweise.

Mag. Karin Keglevich: Es waren ja keine Geheimnisse.

Wir haben generell darüber gesprochen, welche Möglichkeiten man im Land Salzburg überhaupt hat, Gegengeschäfte abzuwickeln. Man ist ja mit einigen Unternehmen in Salzburg auf einer sehr guten Diskussionsbasis schon gewesen, zum Beispiel Aluminium AG, et cetera. Ich persönlich habe für gewisse Forschungen Möglichkeiten

auch schon in Salzburg, jetzt erwischen Sie mich am falschen Fuß... wie diese Fachhochschule, die auch Forschung betreibt, heißt, das fällt mir im Moment nicht ein. Ja, genau. Und diese Dinge haben wir mit ihr besprochen. Wir haben auch mit ihr besprochen, ich glaube, das ist legitim, dass man über den Eurofighter an sich als Produkt gesprochen hat; dass man hier auch dargelegt hat, dass man, was zwar verständlich ist, wenn man das als Hersteller sozusagen macht, das Produkt als ein erstklassiges bezeichnet, dass man aber hier im Rahmen dieses Produktes, das ja, auch das wird viel zu wenig diskutiert, nur fünf Prozent teurer war als der Gripen, der ja nicht mehr gebaut wird und nur einstrahlig ist, dass hier ein gutes Produkt für Österreich gewählt wurde und eben mit der Technologie, mit der, das hat jetzt nichts mit der österreichischen Technologieplattform zu tun, sondern mit den Technologieplattformen, die es im Rahmen des EADS-Konzerns gibt, man hier, so sind wir der Überzeugung, doch hochinteressante Gegengeschäftsmöglichkeiten für hochqualifizierte Arbeitsplätze anbieten können. Und diese allgemeinen Themen wurden mit der Frau Landeshauptfrau besprochen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Hat die Frau Landeshauptfrau Sie dann insoweit informiert oder instruiert, dass dann die Wirtschaftskammer Salzburg die geeignete Stelle wäre, das zu koordinieren, weil das ja eine Landesplattform ist? Ist das auch besprochen worden?

Mag. Karin Keglevich: Wir haben sogar im Konkreten darüber gesprochen, das war auch im Rahmen wo wir, nennen wir es vielleicht eine kleine Road Show oder... ich mag den Namen eigentlich nicht, wo ich schon vorher, ich glaube bei der Frau Fekter oder jemandem, angegeben habe, dass wir durch Österreich in alle Bundesländer gefahren sind, dort organisiert war von der Wirtschaftskammer Unternehmen, mit denen wir uns auseinandergesetzt haben. Auch diese Dinge sind mit der Frau Landeshauptfrau besprochen worden.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): War im Gespräch auch Karbotech (?) oder EMCO Salzburg?

Mag. Karin Keglevich: Ich muss jetzt ganz ehrlich sagen: Welche Unternehmen wir jetzt im Einzelnen besprochen haben, das habe ich jetzt nicht mehr so im Kopf, das müsste ich selber nachschauen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Diese zwei Firmen sind mit der Aluminium AG festgehalten aus dem Gespräch damals. Und beide Firmen, Karbotech und EMCO, haben nachher nie mehr wieder etwas davon gehört, sodass sich der Eindruck in Salzburg so manifestiert hat, dass dann das Ende des Gesprächs, wo es ja darum ging, die Bitte zur Intervention seitens sozialdemokratischer Politiker, doch ein bisschen sanfter zu werden oder sorgsamer mit dem Eurofighter-Thema umzugehen und insgeheim auch zu hoffen, auf Kräuter einzuwirken, dass das in Zukunft angenehmer in der Auseinandersetzung werden würde, können Sie sich daran erinnern?

Mag. Karin Keglevich: Also ich kann mich an etwas anderes erinnern, dass aber vielleicht Ihre, ich habe es jetzt nicht ganz nachvollziehen können, wer sich da irgendwie aufgeregt haben soll. Wir hatten, oder umgekehrt, es gibt einmal im Jahr, glaube ich, so eine Art Generalversammlung bei der ARGE Offset in der Wirtschaftskammer Österreich, wo aus allen Bundesländern die Leute von den ARGE Offset Bundesländer zusammenkommen, und verschiedene andere Personen auch dabei anwesend sind, und da erinnere ich mich, es muss jetzt – ich weiß nicht, war es vor zwei Jahren oder vor einem, da tu ich mir jetzt schwer, das so auswendig wieder zu sagen, dass der Kollege von der Wirtschaftskammer, der Kollege von Dr. Lohberger aus Salzburg gemeint hätte, von der Firma EMKO hätte sich, den Namen weiß ich jetzt

auch nicht, irgendwer beschwert, dass er zwar da Kontakt gesucht hätte, aber man hätte sich bei ihm nie mehr gemeldet. Das konnten wir ausräumen, weil der Herr Peter Schmidt, der ja auch schon namentlich genannt wurde, und der für Westösterreich sozusagen zuständig ist, nachweislich mehrere Kontakte hatte, und sich hier einfach ein interner Informationsfluss sichtlich nicht genügend gelaufen ist, sodass sich hier sehr wohl intensive Gespräche mit der Firma EMKO ergeben haben. Ob die jetzt schlussendlich - das weiß ich nicht, das müsste ich eruieren, das kann ich jetzt nicht sagen. Das kann ich, wenn es Sie interessiert, gerne nachschauen, aber ich erinnere mich konkret, dass die Firma EMKO angesprochen wurde, dass es hier sichtlich nicht friktionsfrei ist, weil die das Gefühl gehabt haben, man kümmert nicht um sie. Aber das ist aus der Welt geschafft.

Also würde ich Sie bitten, wenn Sie in der Lage sind, uns das zukommen zu lassen, dass Sie uns das übermitteln, wie das mit EMKO ausgegangen ist.

Mag. Karin Keglevich: Wenn Sie mir eine Visitenkarte geben, dann kann ich das gerne tun.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Bitte an den Ausschussvorsitzenden. Bei uns gibt es keine Geheimnisse. Aber noch einmal die Frage, die Intervention Richtung Einwirken auf sozialdemokratische Politiker, dass Sie eine andere Haltung zum Eurofighter an den Tag legen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ):

Mag. Karin Keglevich: Entschuldigung, wer hat – ich habe das nicht ganz

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Wer soll welchen Sozialdemokraten gebeten haben?

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Das Gespräch hat so geendet, laut Aufzeichnung, dass man noch ersucht hat, man möge doch vielleicht auf die sozialdemokratische Führung ein bisschen einwirken

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ):

Mag. Karin Keglevich: Ja, aber das ist ja eh ganz normal.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): ...und in Richtung Eurofighter anders zu argumentieren. Und insbesondere an den Ausschussvorsitzenden unserer Fraktion Kräuter. Na ja, das ist, wenn man im Nachhinein jene Firmen, die man genannt bekam, denen man vielleicht Geschäfte zukommen lassen könnte, dann hört, es hat sich mit uns niemand mehr in Verbindung gesetzt, können wir im Raum stehen lassen, aha, ihr habt euch auch nicht bemüht, daher gibt es keine Geschäfte für Salzburg. Das würde ich eigentlich jetzt in den Raum gestellt haben. Das kann man also so nicht annehmen.

Mag. Karin Keglevich: Ich habe jetzt die Frage nicht verstanden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn es so ist, Herr Prähauser.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Ja, wenn die Frau Mag. Keglevich die Frage nicht verstanden hat, dann habe ich sie schon richtig gestellt. Dann bleibt sie also unbeantwortet im Protokoll.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wo war die Frage? Sie haben jetzt eine Erklärung abgegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Prähauser! Können Sie die Frage wiederholen, dann ist sie auch beantwortbar.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Es hat keinesfalls damit eine Begründung gefunden, dass EMKO zu diesem Zeitpunkt und auch von Carbotech an uns herangetreten wurde, das hat man in Aussicht gestellt, aber es kam zu keinen weiteren Gesprächen. Sie haben jetzt gesagt, bei EMKO kam es dann dazu. Sie schicken uns dann auch die Unterlage. Bei Carbotech nicht. Aber es hat damit nichts zu tun, dass die Intervention an Parteikollegen Kräuter in die richtige Richtung zu bringen nicht gelungen ist und nicht stattgefunden hat, dass diese Salzburger Firmen dann aus diesem Grunde nichts mehr gehört haben.

Mag. Karin Keglevich: Ich verstehe die Frage immer noch nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist eine Feststellung. Wenn Sie etwas dazu bemerken wollen?

Mag. Karin Keglevich: Ich möchte nur eines dazu bemerken, weil ich nehme ja an, dass das protokolliert wird, ich habe nicht gesagt, dass bei Carbotech kein Kontakt stattgefunden hat. Ich habe nur gesagt, dort weiß ich es nicht, bei EMKO erinnere ich mich nur, weil es hier eben eine Anfrage über die ARGE Offset gegeben hat. Da konnten wir dann klar darlegen, dass diese Anfrage ein internes Missverständnis war. Bei Carbotech, das weiß ich nicht, da muss ich mich erkundigen. Das kann ich nicht beurteilen. Weil Sie gesagt haben, ich hätte gesagt, bei Carbotech wäre kein Kontakt gewesen. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, das weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön. Kollege Darmann bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Frau Magistra! Nur eine kurze Frage, weil es für mich jetzt auch nicht so klar herausgekommen ist. Hat es jetzt da eine Intervention gegeben, auf den Kollegen Kräuter einzuwirken. Und Sie haben gerade gesagt, vorhin nur kurz eingeworfen, es ist da nicht richtig durchgekommen, dass ist eh üblich oder etwas natürliches. Können Sie da noch einmal Stellung dazu beziehen?

Mag. Karin Keglevich: Da kann ich gerne dazu Stellung beziehen. Ich glaube, es ist völlig normal, wenn man ein Produkt, das in Österreich bestellt wurde, wo man dann auf der einen Seite das Produkt zum vorgegebenen Zeitpunkt liefern soll, und auf der anderen Seite auch Gegengeschäfte abwickelt, und permanent mit einer negativen Presse konfrontiert ist, die irgendwelche Mutmaßungen und Vermutungen in die Welt setzt, dass man dann mit jenen spricht und in dem Fall hat es sich halt ergeben, dass das die Frau Landeshauptfrau Burgstaller war, wo wir gesagt haben, wir würden schon bitten, dass, wenn man in irgendeiner Form Kritik übt, dass man sich Punkt 1 zuerst erkundigt, ob das, was man kritisiert, tatsächlich so abgelaufen ist, oder was auch immer es war, und dass man nicht einfach, weil man halt etwas Negatives sucht, hier versucht, Dinge zu diskreditieren, die – und jetzt gestatten Sie mir, dass ich das in meinem persönlichen Namen sage auf gut Wienerisch, mir wirklich den Haxn ausreiße, um hier Technologieprojekte und sonstige Möglichkeiten für Österreich zu akquirieren, meine Kollegen hier wirklich arbeiten, und das kein Schmafu-Verein ist, wo nichts getan wird, weil man muss sich ja fragen, wozu sollen diese Personen, die wirkliche Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben eines Großkonzerns in Österreich durch die Lande fahren, nur weil sie – ich weiß nicht – Luftgeschäfte machen wollen. Und da trifft es einen schon sehr oft persönlich, wenn man weder gefragt wird, und einfach nur kritisiert wird. Und dass man hier dann mit den jeweiligen spricht, die im Umfeld, es ist ja völlig egal, welcher Partei oder Verein oder Institution, wenn man kritisiert wird, dann redet man halt mit den Leuten, und sagt, schauen Sie, wir möchten zusammensitzen. Wir finden es einfach nicht fair. Und das ist, glaube ich, legitim.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke schön.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Magistra! Ist Ihnen der Herr Silvan Fügenschuh ein Begriff?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Das habe ich noch nie gehört. Das klingt so vorarlbergerisch, aber ich habe keine Ahnung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist ein hochrangiger ÖVP-Mitarbeiter in der Bundespräsidentschaftskanzlei. Und der hat die Initiative Sicherer Luftraum gegründet. Kennen Sie diese Initiative Sicherer Luftraum?

Mag. Karin Keglevich: Also von der habe ich schon gehört, aber jetzt den Herrn Fügenschuh hätte ich nicht zuordnen können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist der Capo dort.

Mag. Karin Keglevich: Okay.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war der Herr Silvan Fügenschuh. Den sollten Sie sich vielleicht merken. Vielleicht ist er Ihnen schon in Ihrer Buchhaltung untergekommen. Hat Ihnen die Initiative Sicherer Luftraum ...

Mag. Karin Keglevich: Entschuldigen Sie, wie war das mit der Buchhaltung?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Vielleicht können Sie ihn in der Buchhaltung finden. Das ist nämlich meine nächste Frage. Ist Ihnen die Initiative Sicherer Luftraum auch an Sie herangetreten mit einer Rechnung, erinnern Sie sich an so etwas?

Mag. Karin Keglevich: Nein, erinnere ich mich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, die hat nämlich eine eigenartige Rechnung an einen anderen ÖVPLer gestellt, nämlich an den Herr Peter Ott. Der hat eine GmbH gehabt und war für Eurofighter auch tätig. Die Initiative Sicherer Luftraum wurde im Schoß der Industriellenvereinigung gegründet, das haben Sie sicher mitbekommen.

Mag. Karin Keglevich: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und sie hat keine Rechtsform gehabt. Keine Rechtsnorm, wird im Schoß der Industriellenvereinigung gegründet und stellt Faktura.

Mag. Karin Keglevich: Darf ich hier vielleicht etwas ergänzen

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Langsam, ich bin ja noch gar nicht fertig. Das Schöne daran ist nur, dass diese Fakturabeträge auf das Konto der Industriellenvereinigung zu überweisen sind. Ist Ihnen so etwas in Ihrer Buchhaltung untergekommen?

Mag. Karin Keglevich: Meine Buchhaltung ist sehr, sehr einfach. Ich habe jetzt in dem spezifischen Fall, weswegen ich hier sitze, eine Pauschalvereinbarung, die ausschließlich meine Beratungstätigkeit betrifft. Ich habe nie eine einzige Rechnung an irgendjemand, also von irgendjemanden bekommen, der irgendetwas getan, gemacht, inseriert oder ich weiß nicht, mir fällt jetzt nichts anderes ein, die ich bezahlt hätte, und dann weiter verrechnet oder nicht weiter verrechnet habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber dort, wo Sie früher tätig waren, auch bei EADS hat die Initiative Sicherer Luftraum über Sie oder Ihrer Wahrnehmung nach Rechnungen an EADS gelegt?

Mag. Karin Keglevich: Das weiß ich nicht. Keine Ahnung. Also ich kann dazu nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie dazu keine Wahrnehmung gehabt. Es genügt. Wenn Sie keine haben, ist das rasch beantwortet. Hat die Initiative Sicherer Luftraum vulgo Silvan Fügenschuh eine Rechnung gelegt an die EBD?

Mag. Karin Keglevich: Mir ist es nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Ihnen nichts bekannt. Wie gesagt, die Rechnung ist einfach deswegen auffällig, weil sie keine Umsatzsteuer ausweist, der vereinnahmte Rechnungsbetrag auf das Konto der Industriellenvereinigung zu überweisen ist, und diese Initiative Sicherer Luftraum nicht einmal eine Rechtsform hat. Die war nicht einmal Verein. Daher ist das ganze für uns sehr obskur. Daher habe ich es mir erlaubt, Sie danach zu fragen. Gehen wir aber zurück zur Firma Alta, Wirtschaftstreuhand-, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH. Wenn Sie wünschen, kläre ich Sie über die Rechtsnatur eines Treuhandverhältnisses auf?

Mag. Karin Keglevich: Wenn es für die Frage wesentlich ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, es ist nicht wesentlich. Aber ich möchte nicht, dass Sie verwirrt sind. Das Problem ist nämlich folgendes bei dieser Alta Wirtschaftstreuhand, bleiben wir einfach nur bei der Alta GmbH. Diese Alta GmbH war sozusagen Treuhänder in Wirklichkeit für die realen Gesellschafter der EBD, nämlich in dem Fall Schön und Plattner. Das haben wir mittlerweile geklärt. Damit wurde das Gesellschaftsverhältnis schlicht und einfach verschleiert. Das ist üblicherweise der Sinn und Zweck einer solchen Treuhandvereinbarung. Nun ist aber jetzt auffällig, dass bei dieser Alta Wirtschaftstreuhand Gesellschaft die Geschäftsführer respektive aber auch ein Teil der Gesellschafter alle aus dem Umfeld oder selber aus einer einzigen Kanzlei stammen, nämlich der Errichter dieses Vertrages, nämlich der TBA Horvath, Steuerberatungskanzlei, Wirtschaftstreuhandkanzlei. Ist Ihnen die ein Begriff?

Mag. Karin Keglevich: Die ist mir nur ein Begriff, weil es eine Wirtschaftstreuhandkanzlei ist und einer meiner Kunden ist die Firma Südost Treuhand. Daher beschäftige ich mich auch mit anderen im Umfeld. Aber sonst ist sie mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Weil praktisch sind da alle entweder Gattinnen oder Mitarbeiter der Kanzlei sind hier drinnen. Diese TBA Horvath ist für uns nur deswegen interessant, weil sie erstens hier der Vertragserrichter war, sozusagen in Wahrheit der Treuhänder ist. Hinter der Alfa steckt in Wahrheit die TBA Horvath und diese TBA Horvath hat wiederum wieder einen einzigen wesentlichen Gesellschafter und das ist ein Verein Horvath international Verein nach schweizerischen Recht mit Sitz in der Schweiz. Haben Sie das schon einmal wahrgenommen?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch nicht?

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß gar nicht, dass es einen Verein nach schweizerischen Recht gibt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jedes Land in Europa hat Vereinrecht.

Mag. Karin Keglevich: So gesehen haben Sie schon Recht. Aber wie gesagt, das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier wird eine Gesellschaft eingebunden, die in Wahrheit der Treuhänder der Gesellschafter ist, die in Wahrheit bei Ihnen die Arbeitgeber sind und das haben Sie nie wahrgenommen?

Mag. Karin Keglevich: Nein, ist das rechtswidrig?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage ja nicht dass es rechtswidrig ist. Frau Magister. Nicht jede Frage, die hier gestellt wird, stellt auf eine Rechtswidrigkeit ab. Es sind nur so eigenartige Konstruktionen, dazu werden Sie doch dem Ausschuss zugestehen, dass es eigenartig ist, dass zwei Gesellschafter ihr Verhältnis zur EBD, die eine tragende Rolle bei den Gegengeschäften hat, verschleiern müssen, weil sich herausstellt, dass der eine einer der größte Waffenhändler dieses Landes ist und der andere der Lehrling von Herrn Steininger ist, der in Wirklichkeit gar keine Lehre beim Herrn Steininger gebraucht hat, sondern dass er seit Jahr und Tag schon für EADS tätig war.

Mag. Karin Keglevich: Das ist eine Wertung, der ich mich nicht anschließe, weil es mir gar nicht zusteht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist keine Wertung. Das ist ein nüchternes Aneinanderreihen von Fakten. Das ist noch keine Wertung. Gewertet habe ich das Ganze noch gar nicht. Wenn ich es werten würde ja, dann würde hier herinnen im Ausschuss

A: auf Seiten von Eurofighter

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat jetzt schon wieder das Mikro abgedreht?

Mag. Karin Keglevich: War das jetzt eine Frage?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das war nur die Erklärung darauf, weil Sie so ungläubig geschaut haben. Sie haben keinerlei Wahrnehmung gehabt, wer wirklich Ihr Arbeitgeber ist?

Mag. Karin Keglevich: Der Herr Dr. Bergner ist Geschäftsführer.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Dr. Bergner ist nicht Ihr Arbeitgeber. Der Herr Dr. Bergner vertritt Ihren Arbeitgeber. Hinter Ihren Arbeitgeber stehen Gesellschafter, die Sie nie wahrgenommen haben. Ist das richtig?

Mag. Karin Keglevich: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Plattner ist auch nie in der Firma aufgetaucht und hat gesagt, dies und jenes hätte ich gerne.

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das und das sind meine Wünsche.

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch nicht?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist der Herr Schön in der Firma aufgetaucht?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Er hat auch nie zu mir gesagt, was er gerne hätte oder nicht hätte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, wenn Sie den Herrn Schön getroffen haben, haben Sie gar nicht gewusst, dass Sie in Wirklichkeit bei ihm angestellt sind?

Mag. Karin Keglevich: Ich bin nirgends angestellt. Ich habe selbst ein Unternehmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dass Sie mit ihm ein Vertragsverhältnis haben?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie nie überrissen?

Mag. Karin Keglevich: Ich gneise sichtlich nicht alles.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. Wissen Sie, wenn ich bei jemanden so ein exklusives Vertragsverhältnis habe wie Sie mit der EBD haben, dann würde ich schon gerne wissen, wer hinter diesem Unternehmen steht. Um das haben Sie sich nie gekümmert?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dass das in Wirklichkeit immer alles wieder zurückführt zu EADS haben Sie dabei auch nicht überlauern können?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe es nicht hinterfragt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, Sie sehen jetzt selber schon den Kreis. EADS bringt Sie zu EBD.

Mag. Karin Keglevich: Was ist da verwerflich?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei EBD sind Gesellschafter

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß gar nicht, was ich da hinterfragen soll?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nicht dass Sie hinterfragen sollen, sondern ich halte es nur für den Ausschuss fest, damit Sie sehen, warum wir bei dieser ganzen Geschichte stutzig sind.

Mag. Karin Keglevich: Ich verstehe Ihre Stutzigkeit nicht, ob jetzt eine Firma eine Firma gründet?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Glauben Sie mir, das ist weder Ihr Problem noch mein Problem, dass Sie meine Stutzigkeit nicht verstehen.

Mag. Karin Keglevich: Okay, dann stellen Sie mir eine Frage bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gibt in diesem Haus sehr viele Menschen, die meine Stutzigkeit nicht verstehen.

Mag. Karin Keglevich: Das ist mir egal. Ich kann ja nichts dafür wie die Firma

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wollte mit Ihnen nur eine Kommunikation über Ihre Fragen stellen. Aber Sie haben Recht, wir drehen das Ding wieder um. Sie sind die befragte Person. Sie haben uns mitgeteilt, dass der Herr Bergner an Sie herangetreten ist beziehungsweise über EADS Sie dann quasi der Bergner Ihre einzige Ansprechperson war. Der Herr Bergner hat Ihnen Aufträge erteilt wie Sie Ihre Tätigkeit ausüben sollen. Ist das richtig? Können Sie diese Aufträge schildern, wie er Sie beauftragt hat?

Mag. Karin Keglevich: Das spielt sich ja nicht ab, in dem er jetzt zu mir, und jetzt wünsche ich mir, dass du morgen um 15 Uhr dies oder jenes tust. Sondern wir, das gesamte Team, haben uns am Beginn unserer gemeinsamen Tätigkeit und die anderen sind ungefähr so in dem Zeitrahmen ungefähr wie ich zur EBD dazugestoßen, wo wir gesagt haben, okay wie gehen wir die Sache an. Das ist in einem gemeinsamen Teamwork ergangen und so läuft es auch weiterhin ab. Ich berichte Herrn Dr. Bergner. Ich schreibe die Protokolle aus der Technologieplattform heraus ist und das wird dann miteinander diskutiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Bergner hat Ihnen nie gesagt, das Unternehmen und jenes Unternehmen und das Unternehmen ist mit zu betreuen?

Mag. Karin Keglevich: Eigentlich auf der Technologieebene muss ich sagen war das eher, dass wir von der anderen Seite herum das angegangen sind, nämlich dass wir einmal eruiert haben, wo könnte im Ausland, sprich also im Konzern herum, Forschungsmöglichkeiten sein? Ich darf jetzt vielleicht ein Beispiel nennen, die die Danzer Spannung, wo immerhin Airbus und EADS das Ziel hat, gemeinsam mit Österreich, mit dem LKR, mit der Technik et cetera Weltmarktführer, also hier wirklich eine Weltneuheit auf der Bearbeitung von Titan zu erforschen. Das geht nicht von Österreich hinaus, dass hier jemand die Idee hat, sondern umgekehrt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Frage zielt auf eine andere Richtung ab. Bei der Gegengeschäftsvereinbarung wurde eine Liste von Gegengeschäftspartner erstellt. Hat man Ihnen die ausgehändigt?

Mag. Karin Keglevich: Meinen Sie jetzt von der Seite des EADS-Konzerns?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von Herrn Bergner oder von EADS, wer immer die Ihnen ausgehändigt hat?

Mag. Karin Keglevich: Die habe ich einmal gesehen, wobei nachdem ich mich mit Technologie beschäftige und diese Technologie ja im EADS Konzern oder bei Airbus akquiriert sind. Ich weiß, dass es eine Liste gibt. Aber ich habe mich nicht in jeden einzelnen Fall damit beschäftigt, weil ich mich konzentriere auf

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie wissen bei den Unternehmen, die Sie sozusagen in diesen Gegengeschäftsbereich hineinbringen gar nicht, ob die auf der Liste sind oder nicht?

Mag. Karin Keglevich: Das schon, weil wenn ich mit EADS Konzernzentrale arbeite, dann wird sie auf der Liste stehen und wenn ich mit Airbus arbeite,

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie wissen es nicht?

Mag. Karin Keglevich: Natürlich stehen Sie auf der Liste, denn die EADS Military, die EADS Forschungszentrale, das CRC, das ist der Konzern, das Herzstück des Konzerns. Natürlich stehen die auf der Liste. Wenn ich jetzt eine Idee hätte, die aber bis dato nicht gekommen ist, die ein Unternehmen, wo ich mir denke, die könnte dort dabei sein. Ich kann 160 Firmen Ihnen jetzt nicht herunterbeten, aber dann würde ich sagen, ich habe hier eine Möglichkeit, ein Forschungsprojekt mit der Firma X zu machen. Bitte ist die berechtigt, hier im Rahmen der Gegengeschäfte in Österreich tätig zu sein?

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Danke soweit. Ich darf jetzt selbst wieder ein paar Fragen stellen. Kennen Sie eine Frau Dipl.-Ing. Erika Schild?

Mag. Karin Keglevich: Ja. Die ist in der EBD beschäftigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und kennen Sie einen Professor Alexander Siedschlag?

Mag. Karin Keglevich: Siedschlag. Ja, wenn ich das jetzt richtig zusammenbringe, ist der Herr Professor in Innsbruck im Rahmen der Sicherheitsforschung tätig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja.

Mag. Karin Keglevich: Und ich habe selbst bei einem Symposium von ihm schon einen Vortrag gehalten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich werde Ihnen jetzt ein paar Mails vorlesen. Ein paar Mails von Herrn Bergner, ein paar Mails von Herrn Siedschlag, den internen Mailverkehr zwischen EBD und zwischen Siedschlag und anderen Stellen. Wir beginnen mit einem aktuellen und dann machen wir es chronologisch.

Von einer Mitarbeiterin vom Professor Sidschlag an Professor Sidschlag Betreff EBT Dr. Bergner: Lieber Herr Professor! Heute hat Frau DI. Erika Schild (Dr. Bergner) von der EBT angerufen und möchte mit Ihnen sprechen. Es geht um die Zusage der 5 000 €. Prinzipiell geht es darum, dass wir alles daran setzen sollen, um nicht negativ in den Schlagzeilen aufzufallen (EADS).

Sie bittet um einen Rückruf am 2. Mai 2007 unter der Telefonnummer und so weiter. Herzliche Grüße, und so weiter.

Wissen Sie warum Professor Sidschlag am 26. April dieses Jahres, das heißt vor Kurzem Interesse hatte, nicht wegen EADS in die Medien zu kommen? Und warum er das mit EBT besprochen hat?

Mag. Karin Keglevich: Ich würde einmal sagen, das müssen Sie den Herrn Professor fragen. Ich darf aber vielleicht etwas ergänzen. Weil das, aber das ist jetzt eine reine Vermutung, glauben Sie mir, ich habe eine Reihe von Unternehmen, mit denen wir sehr gute und hoch interessante Gegengeschäfte abwickeln, die im Augenblick sagen, wenn wir uns ständig vorwerfen lassen müssen, dass wir lügen, dass wir Betrüger sind, dass das sowieso alles keine Gegengeschäfte sind, bin ich doch froh, wenn ich, lasst mich außen vor. Ich möchte gar nicht in der Öffentlichkeit aufscheinen. Weil wie komme ich auch meinen Mitarbeitern gegenüber dazu, dass ich mich ununterbrochen rechtfertigen muss. Weil intern wissen die, was das für ein Geschäft ist. Daher ist das eine reine Vermutung, dass auch der Herr Professor sich sagt, es wird ein derartig negatives Licht erzeugt, dass man sich hier vielleicht nicht... Aber das ist eine Vermutung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich wollte nur wissen, Sie haben da keine tatsächliche Wahrnehmung. Dann gehen wir zurück in den November 2005. Freitag, 18. November 2005. Professor Sidschlag hat einen Kollegen an der Universität Innsbruck, das ist Herr Löb.

Und er schreibt ihm jetzt ein Mail und berichtet ihm Folgendes. Und da kommen auch Sie vor: Lieber Herr Löb! Ich habe jetzt Folgendes zur EADS Strategie, speziell Österreich Strategie, ermittelt und zu einem Gesamtbild zusammengeführt. EADS war enttäuscht, in Österreich bei näherem Hinsehen kein Wirtschaftsland entdeckt zu haben, indem sie sinnvolle Gegengeschäfte kaufen können. Nach wie vor haben sie das Problem, nicht auf die vereinbarte Geschäftsvolumensumme kommen zu können, und inzwischen verstanden, dass das nicht nur eine Frage des Österreich hält sich nicht an Verabredungen, sondern ein strukturelles Problem ist. Deshalb hat EADS nach einigem Überlegen, eine eigene Österreich Strategie entwickelt. So erklärt sich auch die Existenz von EBT und die Rolle von Keglevich ...Diese Strategie steht auf drei Säulen.

Erstens. Versuch im Rahmen Universitätsbezogener Gegengeschäfte in erster Linie Forschungsleistung, die als Investition ...eins zu eins Gegenleistung zählen kann, und nicht primär spin offs, also keine Schnüffelgeräte zu kaufen. Dies könnte auch diese Stipendengeschichte erklären, von der Frau Keglevich mir erzählt hat.

Zweitens. Business Development. Leistungen kaufen, die das Lieferunternehmen selber strategisch aufwerten und mittelfristig zu einem interessanten Geschäftspartner im EADS Kerngeschäft machen können.

Drittens. ... Einstieg in Kooperationsprojekte, auch wissenschaftliche, die bereits stehen, für die es aber bisher nur eine solide Teilfinanzierung gibt.

Und jetzt kommt der Punkt, der mich interessiert. Ich denke, dass ich im Sinn unserer SPOC Überlegungen ein günstiges Bild, und hoffe, es hilft weiter. Mit besten Grüßen, Alexander Sidschlag.

Wissen Sie, hat er mit Ihnen dieses SPOC Projekt besprochen?

Mag. Karin Keglevich: Es tut mir leid, ich weiß nicht, was SPOC ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich lese Ihnen ein anderes Mail vor vom Professor Sidschlag, vom 20. November 2005. An Herrn Klaus-Dieter Bergner. Sehr geehrter Herr Dr. Bergner! Seit letzter Woche bin ich gemeinsam mit Herrn Dr. Löb, dem Geschäftsführer des Transfer Center Universität Innsbruck GmbH von unserem Rektorat mit dem Mandat betraut worden, die alleinige Außenvertretung unserer Universität gegenüber Industrie und Wirtschaft zu übernehmen. Damit soll ein Single Point of Contact, das wird wohl dieses SPOC sein, geschaffen werden, der auch die bisherigen Reibungsverluste beendet. Sogleich habe ich nun vom Rektorat den Auftrag erhalten, mich zusammen mit Herrn Dr. Löb bei EADS in München vorzustellen, und ein Gegengeschäftsfähiges Portfolio der Universität Innsbruck, mit Schwerpunkt Forschungsinvestitionsgeschäfte zu präsentieren, ...alle Fakultäten hinweg zusammenstehen.

Können Sie uns darüber was erzählen?

Mag. Karin Keglevich: Keine Ahnung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie nichts davon?

Mag. Karin Keglevich: Entschuldigung. Darf ich nur fragen, wann war dieses Mail?

Obmann Dr. Peter Pilz: Vom 20. November 2005.

Mag. Karin Keglevich: Keine Ahnung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da waren Sie bereits für EBT tätig?

Mag. Karin Keglevich: Ja, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da wissen Sie nichts?

Mag. Karin Keglevich: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie etwas dann über die weiteren Verhandlungen, über die Finanzierungen dieses Herrn durch EADS?

Mag. Karin Keglevich: Nein. Ich weiß nur, dass er mich einmal angemailt hat. Jetzt weiß ich nicht wann. Hat das schon stattgefunden, findet das statt? Das weiß ich jetzt nicht mehr. Einen Kongress über Sicherheitsforschung macht, und ob wir das irgend etwas sponsern würden. Das habe ich an Herrn Bergner weitergegeben, weil ich mit Sponsorships nichts zu tun habe. Ob er da was gemacht hat oder nicht, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, wie viel Geld von EADS über Vermittlung von EBT insgesamt an diesen Single Point of Contact der Universität Innsbruck geflossen ist?

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß nicht, dass Geld geflossen ist. Daher weiß ich auch nicht, wie viel geflossen sein könnte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist Geld geflossen. Wir haben dazu auch Unterlagen. Aber nachdem Sie daran nicht beteiligt waren, werden wir das mit Herrn Dr. Bergner besprechen.

Sagen Sie, können Sie sich erinnern an die Sicherheitspolitischen Publikationen dieses Universitätsprofessors zur damaligen Zeit? Hat er irgendwas Sicherheitspolitisch publiziert?

Mag. Karin Keglevich: Keine Ahnung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie nicht. Wir werden das alles vorlegen. Da sind Sie möglicherweise nicht die richtige Ansprechperson, das dürfte hauptsächlich über Herrn Dr. Bergner gelaufen sein. Und wir werden da sicherlich noch draufkommen, warum plötzlich während laufendem Untersuchungsausschuss großes Interesse bestanden hat, dass man sich sogar mit EBT in Verbindung setzt, um der gemeinsamen Befürchtung Ausdruck zu geben, das Ganz könnte öffentlich bekannt werden.

Wissen Sie, wer der Vorsitzende des Stiftungsrates dieser von EADS mitfinanzierten Stiftungsprofessur war?

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß nicht, von welcher Stiftung oder Stiftungsprofessur sprechen Sie?

Obmann Dr. Peter Pilz: Es hat eine Stiftungsprofessur Sicherheitspolitik gegeben. Und diese Stiftungsprofessur Sicherheitspolitik ist finanziert worden meines Wissen nach vom Bundesministerium für Landesverteidigung und von EADS.

Wissen Sie, wer der Vorsitzende des Stiftungsrates war?

Mag. Karin Keglevich: Nein, keine Ahnung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Der Kabinettschef des Verteidigungsministers, Generalmajor Bauer.

Das ist Ihnen alles unbekannt?

Mag. Karin Keglevich: Da weiß ich nichts.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Das werden wir noch im Detail besprechen. Ich werde dem Ausschuss, nachdem mir diese Unterlagen von einem Universitätsprofessor heute zur Verfügung gestellt worden sind, das für die Mitglieder des Ausschusses kopieren lassen, damit sich alle ein Bild machen können, und damit wir gemeinsam in dieser Frage uns dann noch weiter kundig machen können.

Ich habe noch eine zweite Frage. Bei der Firma Pankl haben Sie verwiesen auf Herrn Wustinger. Ich gehe davon, Sie meinen Herrn Ernst Wustinger?

Mag. Karin Keglevich: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Ernst Wustinger war der zuständige Geschäftsführer, der dieses aus heutiger Sicht, sagen wir es vorsichtig, großartige Gegengeschäftsvolumen der Firma Pankl, mit dem Wirtschaftsministerium vereinbart und auch durch Unterschrift unter das Formular beglaubigt hat. Heute wissen wir, dass das mit der Realität nicht mehr viel zu tun hat. Aber heute ist Herr Wustinger auch nicht mehr Geschäftsführer dort.

Wissen Sie, was Herr Wustinger heute tut?

Mag. Karin Keglevich: Soweit ich informiert bin, ist Herr Wustinger, der auch ich glaube Haupteigentümer der Firma Pankl war, ausgeschieden aus dem Unternehmen. Und ob man jetzt sagt leitet, oder ist zuständig für neuen Möglichkeiten. Aber Sie wissen das sicher besser wie ich, wie man das jetzt genau nennt, in Spielberg glaube ich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie meinen das Projekt Spielberg Neu. Ja, das ist das eine. Das zweite, wissen Sie über seine Beteiligung bei der Firma Carbotech?

Mag. Karin Keglevich: Das habe ich aus der Zeitung entnommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das haben Sie aus der Zeitung entnommen. Drittens, wissen Sie, welche Funktion er bei den Grazer Stadtwerken hat?

Mag. Karin Keglevich: Kein Ahnung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, dass er von der ÖVP an die Spitze des Aufsichtsrates der Grazer Stadtwerke entsandt worden ist?

Mag. Karin Keglevich: Keine Ahnung, ist aber auch nicht mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, dass er im Stiftungsrat des ORF ist?

Mag. Karin Keglevich: Hören Sie

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, von wem er in den Stiftungsrat des ORF entsandt worden ist? Von der Österreichischen Volkspartei.

Mag. Karin Keglevich: Ja ist das ein Verbrechen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, es ist überhaupt keine Verbrechen, der ORF schaut halt so aus, wie er ist, das ist ein völlig anderes Kapitel. Dem ORF wird es nicht immer leicht gemacht, aber das ist kein ORF-Untersuchungsausschuss. Nein, der Punkt ist nur folgender: Wir werden uns das auch noch genauer anschauen müssen, warum jemand, der später von der Österreichischen Volkspartei in hohe Funktionen delegiert worden ist, damals ein aus zumindest heutiger Sicht unrealistisches Gegengeschäftsvolumen vereinbart hat, wo eine spätere Geschäftsführung offensichtlich zu Recht und in voller Kenntnis der Zahlen darauf hinweist, dass das niemals einzuhalten ist und die Frage, die sich natürlich für uns stellt, ist, weiter zu untersuchen, ob der Herr Wustinger damals gemeint hat, ja das wird so viel werden, oder ob es im Management einzelner österreichischer Unternehmen Parteien nahe stehende Unternehmer gegeben hat, die sich beteiligt haben am nominellen Vergrößern durchaus unrealistischer Gegengeschäfte. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir weiter untersuchen werden.

Mag. Karin Keglevich: Darf ich dazu etwas sagen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Natürlich dürfen Sie.

Mag. Karin Keglevich: Ich möchte hier, ich weiß, ich müsste gar nichts sagen. Aber ich möchte doch hier Folgendes klar stellen. Es ist, und erlauben Sie mir dieses Wort, Herr Verfahrensanwalt, das ist eine Unterstellung, denn der Herr Wustinger hat nie eine Gegengeschäft mit dem Wirtschaftsministerium abgeschlossen, weil mit dem Wirtschaftsministerium kann er kein Gegengeschäft abschließen. Er hat auch kein Gegengeschäft unterschrieben in einer überhöhten Höhe, weil es das nicht gibt, sondern das Unternehmen hat in der Höhe, so weit mir bekannt ist, von 2,2 oder 2,4 Millionen Gegengeschäfte abgeschlossen, bis dato, und so weit ich weiß, hat der Herr Wustinger vor ein, zwei Jahren, das kann ich jetzt vom Datum her nicht auswendig sagen, einmal gesagt, er erwartet sich, dass für sein Unternehmen doch eine größere, interessante Anzahl von Gegengeschäften möglich sein kann und ich glaube, medial ist da einmal ein Ziffer von 35 Millionen genannt worden, die er nie behauptet hat abgeschlossen zu haben. Daher kann es mit dem Wirtschaftsministerium so einen Abschluss nicht geben. Es ist mir neu, dass das Wirtschaftsministerium Gegengeschäfte abschließt, und daher gibt es so eine Unterlage nicht, und ich finde es nicht in Ordnung, wenn hier etwas behauptet wurde oder wird, das es tatsächlich nicht gibt. Etwas möchte ich auch noch sagen. Wir haben bis dato rund, 2006 nicht eingerechnet, über 800 Millionen an Gegengeschäften, die überprüft sind von der Plattform, wo von der Arbeiterkammer bis zu Wirtschaftsprofessoren verschiedene hochrangige Persönlichkeiten sitzen, abgeschlossen und bestätigt erhalten. Wir werden für das Jahr 2006 so an die 400 Millionen einreichen. Das ist jetzt innerhalb von, seit 2003 bis 2008, bis haben insgesamt seit Vertragsabschluss fünfzehn Jahre Zeit. Es hat niemand notwendig, irgend etwas überhöht anzugeben, denn abgerechnet wird das, was am Papier steht und unterschrieben ist von österreichischen Unternehmen mit ihrer Unterschrift, mit dem Stempel, mit der genauen Bezeichnung

des Gegengeschäftes, mit der genauen Bezeichnung desjenigen, mit dem sie die Geschäfte abschließen, und ich verwahre mich dagegen, hier einer Unterstellung bezichtigt zu werden, dass irgend hier etwas getrickst wird. Denn wir haben es nicht notwendig, Geschäfte zu erfinden, damit man glaubt, dass man vielleicht in drei Jahren vier Milliarden abwickeln, das wird ja wohl keiner von uns verlangen. Wir liegen auf einem guten Weg, denn wenn man die fünfzehn Jahre durch vier dividiert, dann werden Sie das wohl können, dann werden Sie sehen, dass wir jedes Jahr über dem Durchschnitt liegen, die wir bis jetzt eingereicht haben, und wir sehen überhaupt keine Problem, diese Summe zu erreichen. Wir haben es nicht notwendig, irgend etwas zu behaupten, egal, ob das ein schwarzer, roter, grüner, lila mit rosa Tupfen oder sonst irgend ein Politiker oder politisch nahestehender Unternehmer ist. Ich verwahre mich im Namen der österreichischen Industrie, dass hier solche Unterstellungen gemacht werden. Und ich möchte, dass das bitte protokolliert wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Erstens ist es protokolliert, zweitens kann ich mir ungefähr eine Ihrer Pressekonferenzen vorstellen, sie ändert nichts an den Fakten. Faktum ist. In der Ankündigung vier Milliarden Gegengeschäfte erreichen zu wollen und zu können, spielt die Firma Bankl mit einem versprochenen und angekündigten Gegengeschäftsvolumen von rund 35 Millionen eine durchaus nicht unerhebliche Rolle, und das ist vergleichbar mit anderen Unternehmen in ähnlichen Situationen. Immer öfter stellt sich heraus, dass diese Ankündigungen nur mit äußerst kleinen Ausschnitten der Realität zu tun haben und ein Unternehmer nach dem anderen und ein Geschäftsführer nach dem anderen steht auf und erklärt öffentlich,

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist schon wieder eine Unterstellung

Obmann Dr. Peter Pilz: Dass das, was hier als Gegengeschäfte bezeichnet wird, ganz normale Geschäfte sind, die von anderen in diesen Bereich hineinreklamiert werden. Die Rolle von Herrn Wustinger wird in diesem Zusammenhang untersucht. Sie werden nichts ändern am Recht dieses Untersuchungsausschusses, zu klären, ob hier falsche und unbegründete Versprechungen gemacht worden sind und ob hier die österreichische Öffentlichkeit und auch der österreichische Nationalrat bewusst oder unbewusst getäuscht worden sind.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie täuschen bewusst die österreichische Öffentlichkeit, Herr Ausschussvorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und das wird dieser Untersuchungsausschuss auch weiterhin untersuchen, Frau Keglevich, auch weiter untersuchen,

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ersparen Sie Ihnen das, machen Sie eine objektive Vorsitzführung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und damit gibt es von Ihrer Seite und von meiner Seite ...: Das ist keine Parteitag, Herr Kollege Pilz.

zwei Feststellungen, die bei Protokoll sind. Ich lese jetzt nur noch etwas aus den begleitenden Brief von Herrn Universitätsprofessor Dr. Anton Pelinka vor, mit dem er mir die Unterlagen aus Innsbruck übersandt hat. „Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich übersende“ eben diese Hinweise

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aha, schon wieder Unterlagen, die er dem Ausschuss vorenthält zur eigenen Verwendung. Klass. Super. Das ist objektive Vorsitzführung

Obmann Dr. Peter Pilz: „Ich verbinde dies mit folgenden Hinweisen:

Von

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Warum haben wir das nicht vorher bekommen, diese Unterlagen? Sie haben Sie ja schon länger?

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Abgeordnete Fekter, Sie waren gerade nicht herinnen, wie ich Ihnen erklärt habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ja nachher verteilen sie sie, nachher. Das heißt, jetzt zelebrieren Sie sich selbst mit diesen Unterlagen. Warum haben wir sie nicht bekommen?

...: Berechtigte Frage.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter. Sie werden die Unterlagen im Anschluss bekommen und ich verlese jetzt den Brief von Universitätsprofessor Pelinka fertig. Ich zitiere. Professor Pelinka teilt uns mit: „Ich verbinde dies mit folgenden Hinweisen: Von BM Platter wurde dessen Kabinettschef, Generalmajor Bauer, zum Vorsitzenden des im Stiftungsvertrag der erwähnten Stiftungsprofessur vorgesehenen Stiftungsrates bestellt. Nach der Konstituierung des Stiftungsrates im Februar 2005 hat Bauer diesen nie mehr einberufen, wodurch mir als zuständigem Dekan die Möglichkeit zur begleitenden Kontrolle dieser mit Prof. Alexander Siedschlag besetzten Professur genommen wurde.

Prof. Siedschlag ist schon sehr bald in der universitären (und sonstigen) Öffentlichkeit durch demonstrative Kontakte zu EADS aufgefallen. Dass ich als Dekan und dass der ebenfalls zuständige Leiter des Instituts für Politikwissenschaft, Prof. Ferdinand Karhofer, sich im Interesse wissenschaftlicher Unabhängigkeit ablehnend gegenüber solchen finanziellen Kontakten geäußert haben, ist ebenso ergebnislos geblieben wie die Kritik Prof. Karhofers und des zuständigen Fakultätsstudienleiters, Prof. Pallaver, an Siedschlags öffentlichen Kommentaren, mit denen er die Typenentscheidung zugunsten der Eurofighter „wissenschaftlich“ guthieß.

Wie sich aus den Unterlagen ergibt, hat – offenbar mit Förderung von Seiten des BMLV und insbesondere von GM Bauer – diese Stiftungsprofessur sich als Brückenkopf einer von EADS durch verschiedene finanzielle Zuwendungen gesteuerten „wissenschaftlichen“ Tätigkeit an der Universität Innsbruck entwickelt. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses hat deshalb auch Ängste ausgelöst, dass diese Einflussnahme von EADS thematisiert werden könnte – siehe das beiliegende mail an Prof. Siedschlag von einer Universitätsmitarbeiterin, es gehe „prinzipiell“ darum, Zitat „dass wir alles daran setzen sollten um nicht negativ in den Schlagzeilen aufzufallen“, Zitatende. Um zu verhindern, dass durch systematische Bemühungen dem Untersuchungsausschuss, diesem Kontrollorgan des Nationalrates diese offenbar vom BMLV aus der Zeit des Bundesministers Platter mitgesteuerte Unterwanderung universitärer Unabhängigkeit durch EADS verborgen bleibt, übermittle ich Ihnen im Sinne des anonymen Ersuchens an mich die beiliegenden Unterlagen. Mit den besten Grüßen und Empfehlungen Anton Pelinka, Professor, Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung Wien.

Ich bitte jetzt diese Unterlagen zu vervielfältigen und den Abgeordneten der einzelnen Fraktionen zu verteilen.

Nächste Fragestellerin ist die Abgeordnete Fekter. Bitte.

Bitte, Kollege Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Erstens, dass das klargestellt ist. Wenn ein Abgeordneter Unterlagen bekommt von wem auch immer, ist er nicht verpflichtet sie den anderen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Er hat es als Vorsitzender bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Kollegin Fekter! Wir werden jetzt in eine Phase eintreten....

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Geschäftsordnungs....

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das werden Sie schon kriegen. Benehmen Sie sich einmal.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Macho!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir halten fest, das ist in das Dispositivum des Abgeordneten gestellt, was er selbst bekommt ob er es den anderen Fraktionen übermittelt oder nicht, ich danke dem Vorsitzenden, dass er....

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Vorsitzender! Verlangen Sie einen....

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie werden ihn schon noch kriegen.

Herr Vorsitzender! Zweitens stelle ich den Antrag, dass bei den Störversuchen der Kollegin Fekter der Ausschuss unterbrochen wird, weil das ist unerträglich. Es reibt das Nervenkostüm der anderen Abgeordneten-Fraktionen auf.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler! Das ist nach der Geschäftsordnung kein Antrag, sondern eine Anregung, wenn es notwendig wird werde ich dieser Anregung nachkommen, egal welches Mitglied des Ausschusses das betrifft. Die Kollegin Fekter hat sich zu

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe noch ein drittes Anliegen.

Wir haben die Auskunftsperson geladen, um sub titolo Special Public Affairs GmbH, und dann gibt die Dame Erklärungen im Namen der österreichischen Industrie ab. Ich kenne Industrieunternehmen, die sich dagegen verwehren würden, von der Special Public Affairs GmbH im Parlament vertreten zu werden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler! Das ist eine Stellungnahme, die bleibt Ihnen unbenommen. Frau Keglevich kann natürlich zu dieser Stellungnahme wenn sie will wieder Stellung nehmen. Jetzt möchte die Frau Kollegin Fekter Stellung nehmen und bevor ich mit ihr eine Diskussion beginne, die ich auch mit Ihnen nicht geführt habe ob dann auch ein Antrag folgt, Kollegin Fekter, bitte.

Sie sind dann ohnehin am Wort und können gleich fortsetzen mit Ihrer Befragung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Diese einseitige Vorsitzführung, dass, wenn ich mich zur Geschäftsordnung melde schon nach dem ersten Halbsatz ich abgewürgt werde, wenn ich keinen Antrag stelle, der Herr Stadler aber zur Geschäftsordnung ein Co-Referat halten darf, das möchte ich hier protokollarisch festgehalten haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie Sie sehen gebe ich Ihnen ausführlich die Möglichkeit dazu und damit hat sich die Sache bereits wieder erledigt. Ich bitte fortzufahren.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke, wie gnädig, dass ich, wenn ich am Wort bin sagen darf was ich mir denke.

Bezüglich des von Ihnen vorgelesenen EADS-Engagements auf der Universität Innsbruck, Frau Keglevich, können Sie uns dazu etwas sagen? Ich habe das bisher eher als positiv empfunden, wenn sich Industrie und Wirtschaft mit Universitäten in Kooperationen begeben. Dass da einzelne Professoren beleidigt sind, weil sie vielleicht

weniger Geld bekommen haben, okay, das nehmen wir einmal zur Kenntnis. Aber können Sie über diese Engagement etwas sagen?

Mag. Karin Keglevich: Tut mir leid, da weiß ich im konkreten Fall keine Details. Wie gesagt, ich kenne Prof. Siedschlag von verschiedenen Gesprächen, aber in dem konkreten Fall ist das direkt mit Dr. Bergner sichtlich vereinbart worden, kann ich dazu keine Stellungnahme abgeben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Aktivitäten, die auf der TU in Graz, da hat es auch ein Gegengeschäftsprojekt gegeben. Ich habe die TU bei den Gegengeschäften gefunden. Wie war dort die Kooperation?

Mag. Karin Keglevich: Das kann ich auch nicht im Detail beantworten, das ist ein MTU-Projekt, und die MTU hat selbst einen eigenen Mann in Österreich, der für die Gegengeschäfte der MTU tätig ist. Daher kann ich im Konkreten und möchte jetzt auch nicht irgend etwas Halbes erzählen, keine Stellungnahme abgeben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, von den Eurofighter-Partnern haben EADS eigene Leute hier, MTU hat eigene Leute hier, wer hat noch eigene Leute hier von denen, die zu unseren Gegengeschäftspartnern zählen?

Mag. Karin Keglevich: Soweit mir bekannt ist, und das ist eine Einzahl und nicht eine Mehrzahl, ist das ein einziger Herr, das ist der Herr Kumpf für MTU, der hier tätig ist. Sonst laufen die Gegengeschäfte über die EBD, soweit ich informiert bin.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, auch wenn die Muttergesellschaften Daimler-Chrysler et cetera hier involviert sind, läuft das auch über die EBD?

Mag. Karin Keglevich: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke, keine weiteren Fragen.

Obmannstellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Kollege Stefan Prähauser.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Frau Mag. Keglevich! Sie haben sich zuerst gegen Unterstellungen verwahrt, das gleiche Recht steht uns zu. Sie haben uns en passant mitgeteilt, die Politik könne mehrheitlich nicht zwischen Frankreich und Spanien unterscheiden. Wie kommen Sie dazu so etwas festzustellen?

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß jetzt meinen Wortlaut nicht, aber kann es im Protokoll nachlesen. Es wurde schon von Politikern, die hier nicht anwesend sind gesagt, auf die Frage ob sie mit EADS gesprochen haben gesagt haben, mit den Nationen, nicht mit der EADS sondern mit den Nationen, denn wie Sie wissen, Eurofighter ist ein Vier-Nationen-Projekt darauf geantwortet, ja, ich habe mit Frankreich schon gesprochen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Und wer das wirklich war können Sie sich nicht erinnern?

Mag. Karin Keglevich: Das tut hier, glaube ich, nichts zur Sache.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Wenn Sie vor uns im Ausschuss das hier mitteilen, tut das schon etwas zur Sache. Sie können bei der Einstellung nicht bleiben, das möchte ich schon festhalten. Ich verwehre mich dagegen, in der Öffentlichkeit dazustehen, dass ich zwischen Frankreich und Spanien nicht unterscheiden kann. Wenn das die Kollegin Fekter akzeptiert ist das ihre Sache.

Mag. Karin Keglevich: Es war der Verteidigungsminister Darabos.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Danke.

Frau Keglevich! Warum glauben Sie stellt das Finanzministerium dem Ausschuss Ihre Steuerakten nicht zur Verfügung und kommt zur Auffassung, Sie hätten mit EADS nichts zu tun?

Mag. Karin Keglevich: Das kann ich nicht beurteilen, das müssen Sie das Ministerium fragen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Das heißt, Sie verstehen das selbst nicht, oder?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe dazu keine Stellung bezogen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Sind Sie vielleicht im Gegensatz zum Herrn Finanzminister bereit uns mitzuteilen, wie hoch Ihre Einkünfte aus Ihrer Tätigkeit mit der Zusammenarbeit Eurofighter sind?

Mag. Karin Keglevich: Meine Einkünfte, ich unterliege zwar der Vertraulichkeit, ich werde es Ihnen aber trotzdem gerne sagen, um jedes Missverständnis oder jede Vermutung auszuräumen. Ich habe seit Februar 2003, so wie mit vielen oder eigentlich allen meinen Unternehmungen, Kunden, Entschuldigung mit meiner Firma eine Pauschalvereinbarung, die sich im Jahr um die 100 000 € bewegt und jetzt seit eineinhalb Jahren bei 120 000 € im Jahr bewegt. Wenn Sie es wissen wollen, ich fakturiere alle meine Kunden einmal im Monat, das heißt ich mache grundsätzlich folgende Vereinbarungen: Ich schätze das Volumen, das ich glaube das ich an Aufwand einbringe ab, ich schätze, glaube ich das sehr gut. Ich habe noch nie in irgend einer Form großartig nachverhandeln müssen, ich sage, das ist meine Vereinbarung für diesen Jahresbetrag, und den teile ich in zwölf Teile und fakturiere einmal im Monat. Das heißt, ich werde nicht nach Stunden oder nach Tagesaufwand oder was immer bezahlt, sondern ich vereinbare Pauschalvereinbarungen übers Jahr gesehen und das rechne ich dann in zwölf Einzelteilen ab. Ich habe keine wie immer geartete Spesenvereinbarung extra oder sonst irgend einen Rechnungsfluss mit...

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Auch keine Zahlungen an Dritte?

Mag. Karin Keglevich: Nein, das schließe ich absolut aus.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Frau Keglevich! Ich setze einmal voraus. Dass das stimmt was Sie sagen, und Sie sagen es auf eine Art und Weise, dass man es auch glauben kann. Wie kommt dann zum Beispiel, ich gehe davon aus, dass das auch in den Büchern richtig steht, das Finanzministerium zur Auffassung, Sie haben mit EADS nichts zu tun? Das ist für uns schon ein Rätsel.

Mag. Karin Keglevich: Das weiß ich nicht, das dürfen Sie mich nicht fragen. Ich kann die Gedanken nicht lesen von anderen Herrschaften.

Obmann-Stv. Mag. Kurt Gaßner: BZÖ wäre an der Reihe. – Keine Fragen. Dann die FPÖ? – Herr Mag. Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer ist der Synergie Club in Klagenfurt?

Mag. Karin Keglevich: Der bitte was? Wie ein Club? Nein, tut mir leid, damit kann ich nichts anfangen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): LS & TB Klagenfurt, was ist das?

Mag. Karin Keglevich: LSTB?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): LS & TB Klagenfurt, wer ist das?

Mag. Karin Keglevich: Da muss ich passen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lege es Ihnen vor; vielleicht können Sie das anhand der Optik identifizieren, was das sein soll.

Mag. Karin Keglevich: Ich muss mich erkundigen. Ich kann jetzt nur mutmaßen, nachdem das hier steht, ein Vortrag von Professor Schmid-Bischofshausen ist, der ja ausschließlich mit Forschung zu tun hat, dass es sich hier um ein, ob das dann tatsächlich ein Club ist oder ob das nur so ein Name ist, weiß ich nicht,... wo er aber sichtlich über Innovationsentwicklung gesprochen hat. Aber ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie darüber Erkenntnisse haben, könnten Sie das bitte zu Händen des Ausschussvorsitzenden noch mitteilen? Weil wir würden wirklich gerne wissen, was das war.

Mag. Karin Keglevich: Das kann ich gerne eruieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich finde jetzt diese Passage, die Ihnen der Herr Vorsitzende vorgelesen hat aus dem Schriftverkehr der Universität Innsbruck, Sitschlag??, wo Sie erwähnt wurden. Was genau war Ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit diesen Bemühungen von EADS an der Universität Innsbruck?

Mag. Karin Keglevich: Ich habe mit Prof. Sitschlag, er hat mich einmal – ich weiß jetzt gar nicht mehr, wo er mir einmal vorgestellt worden ist – eingeladen, ob ich im Rahmen eines Symposiums, das er organisiert hat, ein Referat halten kann. Das habe ich auch gemacht. Inwiefern jetzt dort die EADS über Dr. Bergner oder andere Wege, das ist mir nicht bekannt, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe den Satz gefunden; ich halte Ihnen den Satz vor. Es geht um das E-Mail Sitschlag an Werner Löb, vom 18. November 2005. Da heißt es in der Passage, die ich wiederhole: Deshalb hat EADS nach einigem Überlegen eine eigene Österreich-Strategie entwickelt. So erklärt sich auch die Existenz von EBD und die Rolle von Keglevich.

Mag. Karin Keglevich: Also da kann ich nur eine Vermutung anstellen, da ich das E-Mail nicht kenne, dass er meine Funktion im Rahmen der Technologieplattform gemeint hat. Aber das ist eine Vermutung. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er sagt, es gibt in Österreich strukturelle Probleme, man kommt auf dieses Gegengeschäftsvolumen, daher muss man jemanden haben, der das einfach erzeugt.

Mag. Karin Keglevich: Woher er das hat, weiß ich nicht, daher kann ich das nicht beurteilen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bin noch nicht fertig mit meinen Vorhaltungen. Dieser Satz könnte sich auch so lesen, dass man sozusagen eine Institution braucht, die Potemkin'sche Dörfer für Gegengeschäfte erzeugt.

Mag. Karin Keglevich: Sie haben eine gute Phantasie!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das ist meine Sprache, nicht meine Phantasie. Das ist ein Begriff, eine Metapher – die ist bekannt!

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß was ein Potemkin'sches Dorf ist, ja. Ich bin ein bisschen belesen, auch wenn ich Treuhänder nicht kenne.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Satz liest sich so. Der sagt, wir haben ein strukturelles Problem, das Gegengeschäftsvolumen erreichen wir nicht. Und dann sagt er – und jetzt zitiere ich -: Deshalb hat EADS nach einigem Überlegen eine eigene Österreich-Strategie entwickelt. So erklärt sich auch die Existenz von EBD – jetzt sagt

er nicht Rolle, sondern die Existenz, dazu hat man überhaupt die EBD gegründet – und die Rolle von Keglevich.

Mag. Karin Keglevich: Jetzt auch nur eine Vermutung, weil man es auch anders lesen kann. Man kann es zum Beispiel auch so interpretieren, dass man sagt, von Deutschland aus ist es sehr schwer, hier über 15 Jahre, allein schon aus der Distanz heraus, Gegengeschäfte in dem hohen Volumen abzuwickeln. Deshalb hat man sich entschieden, in Österreich ein Unternehmen damit zu beauftragen, und das ist die Firma EBD. Und in dieser Firma EBD wurde ich gebeten, neben der Kommunikation auch die Technologieplattform zu leiten. Daher kann man das durchaus auch positiv sehen. Wer jetzt recht hat, weiß ich nicht. Ich glaube nur, dass die Ziffern für sich sprechen. Wenn wir bisher 800 Millionen in drei Jahren abgewickelt haben, sehe ich kein Problem, in 15 Jahren 4 Milliarden abzuwickeln. Wenn sich Menschen darüber Gedanken machen, ist es ihnen unbenommen, dies zu tun. Woher sie die negative Einstellung möglicherweise habe, weiß ich nicht. Aber vielleicht war es nicht nur in dem Sinn negativ, sondern er hat hier die EBD, eben dass in Österreich eine Gesellschaft ist. Aber wie gesagt, das sind Vermutungen. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So einfach ist das nicht, weil der Herr Prof. Sitschlag – und ich nehme an, dass der weiß, was er schreibt – sagt, er hat sich jetzt sachkundig gemacht und hat die EADS-Strategie zu einem Gesamtbild zusammengefügt, diese spezielle Österreich-Strategie. Und dann berichtet er das, dass in Wirklichkeit hier ein strukturelles Problem vorhanden ist, dass das Volumen nicht erreicht werden kann, und daher braucht es eine Firma EBD, die dieses Volumen wie auch immer erzeugt, indem sie Luftballons aufbläst. Und dann gibt es noch die Frau Keglevich dazu, und die hat eine Rolle. Das schreibt er hier.

Mag. Karin Keglevich: Er hat darin nichts von Luftballons erzählt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist meine Interpretation. Das sind die Potemkin'schen Dörfer im Gegengeschäftsbereich, die wir mittlerweile eruiert haben.

Mag. Karin Keglevich: Sie haben sie nicht eruiert, denn sie werden ja sowieso am nächsten Tag immer dann dementiert. Denn Sie werden sicher wissen, Herr Abgeordneter Mag. Stadler, dass sie Gegengeschäfte nur dann abschließen können – wie ich es schon einmal erwähnt habe, und angerechnet bekommen, nachdem sie geprüft wurden, dass jedes österreichische Unternehmen, und nicht die EADS oder ein Tochterunternehmen, irgendein Formular ausfüllen, wo ein Name steht, eine Summe, und das war es. Sondern das österreichische Unternehmen mit seinen eigenen Zeichnungsberechtigten und Stempel und einer genauen Beschreibung des getätigten Geschäftes, was immer es ist, einreichen muss und darauf hingewiesen wird, auch schriftlich, dass es rechtliche und vor allem strafrechtliche Konsequenzen hat, wenn diese nicht der Wahrheit entsprechen und daher wüsste ich derzeit nicht, von welchem Geschäft Sie sprechen, dass eingereicht wurde, aber sich dann nicht auf den sachlichen und inhaltlichen Bezug eines Gegengeschäftsvertrages bezogen haben soll.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei den Herren von der Firma Pankl AG haben wir ja gesehen, dass der nicht strafrechtliche Konsequenzen hat, sondern dass der über ÖVP sogar noch Karrierekonsequenzen hatte dadurch, dass er 35 Millionen eingereicht hat und letzten Endes 2,4 Millionen übrig geblieben sind.

Mag. Karin Keglevich: Nein, er hat nicht 35 Millionen eingereicht, sondern er hat in einem Interview gesagt, er erwartet sich, und ich nehme an, dass Sie sehr wohl auch ein bisschen unternehmerisch denken, ich glaube kaum, dass heute ein Unternehmen, egal welches Sie hernehmen, weiß, was er in 15 Jahren für einen Umsatz macht. Aber er kann eine gewisse Erwartungshaltung haben. Und diese Erwartungshaltung wurde

im Rahmen eines Interviews definiert. Daher glaube ich nicht, dass Sie das als ein Luftballongeschäft betrachten können, denn eingereicht wurden 2,4 Millionen, und die wurden auch angerechnet. Es gibt kein einziges Gegengeschäftsformular, wo Sie die Ziffer 35 finden werden, soweit ich informiert bin. Daher können Sie nicht sagen, es wurden 35 eingereicht und nur zwei, oder was auch immer, wurde bewilligt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, dieses Missverständnis lässt sich klären, weil da ergeben, glaube ich, Befragungen nichts. Es ist ein Unterschied zwischen dem eingereichten Gegengeschäften – die betragen meines Wissens in dem Fall 2,4 Millionen € - und dem angekündigten Gegengeschäftsvolumina, die insgesamt zu einer versprochenen Summe von 4 Milliarden € führen, aber nicht einem Genehmigungsverfahren unterliegen, sondern das ist so etwas wie ein Versprechen, an dem Regierungsmitglieder und auch Firmenvertreter beteiligt sind. Ich glaube, das sollte man klar auseinanderhalten, und das ist jetzt so auch bei Protokoll.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine letzte Frage bezieht sich auf dieses Anerkennungsverfahren. Wir haben von einem Mitglied dieser Plattform erfahren, einem Vertreter der Arbeiterkammer, dass die Unterlagen dazu sehr dürftig waren und im Grunde ja gar nicht er hat hier erklärt, dass es gar nicht einschätzbar ist, ob das überhaupt ein echtes Gegengeschäft ist oder nicht.

Mag. Karin Keglevich: Ich bin nicht in der Plattform, ich reiche nicht ein. Daher

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich will Ihnen ja nur sagen, weil Sie sich auf die Autorität dieser Plattform berufen, dass diese Gegengeschäftsvolumina mehr als hinterfragenswert sind, weil er sagt, wir können es nicht einmal entscheiden, ob das wirklich ein Gegengeschäft ist oder nicht.

Mag. Karin Keglevich: Herr Mag. Stadler! Es gibt einen Rechnungshofbericht, der die Gegengeschäfte als sehr positiv betrachtet, der manches sogar höher angerechnet hätte, als es im Gegengeschäftsverfahren dann angerechnet wurde. Ich unterstellen den Herrn und Damen, ich weiß gar nicht, ob eine Dame dabei ist, dieser Plattform, dass sie selbständig genug sind, und wenn sie sich nicht genügend informiert fühlen, dass sie sich nicht bei Ihnen beschweren müssen, sondern beim Minister. Aber ich kann dazu keine Stellung beziehen, weil ich nicht in der Plattform sitze und sich bei mir niemand beschwert hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben jetzt wortreich Ihre Rolle beleuchtet, aber sie ist, wenn Sie gestatten als abschließende Bemerkung, für mich nicht wirklich der Vorwurf oder das Hinterfragen des Herrn Professor aus Innsbruck, das ist bei mir noch nicht wirklich hinreichend geklärt. Weil ich bin nach wie vor der Ansicht, dass diese EADS-Strategie tatsächlich notwendig ist, weil sonst bräuchten Sie ja keine eigene Strategie dazu, um diese nicht erzielbaren Volumina in irgendeiner Form zu erzeugen.

Mag. Karin Keglevich: Wie sollen wir 800 Millionen abgewickelt haben, wenn wir sie nicht abgewickelt – wenn das nicht tatsächliche Geschäfte gewesen wären und Herr Mag. Stadler, ich glaube nicht, dass es ein Unternehmen gibt, das irgendeine Tätigkeit in Österreich ausführt ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler.

Mag. Karin Keglevich: Darf ich auch aussprechen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Ich wollte nur, dass der Kollege Stadler jetzt nicht unterbricht, dass Sie das noch zu Ende bringen können.

Mag. Karin Keglevich: Ich glaube nicht, dass es in Österreich ein Unternehmen, es mag schon sein, aber ich sage, gut geführte Unternehmen haben immer eine Strategie,

und unsere Strategie, wenn ich mich jetzt hier integrieren darf in das Unternehmen für diese Frage, ist die Strategie 4 Milliarden abzuwickeln. Wenn sich der Herr Professor Siedschlag hier berufen fühlt, was mich ein bisschen wundert, aber wie gesagt, ich kann das nicht näher beurteilen, der doch einen sehr eingegrenzten beruflichen Bereich hat, soweit ich weiß, das ist Sicherheitsforschung, zu glauben, das könnte dieses Unternehmen nicht abwickeln, dann ist ihm das unbenommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es stellt ja niemand in Frage, dass die Geschäfte nicht stattgefunden haben oder stattfinden. Die Frage ist ja nur, ob sie im Zusammenhang mit der EADS-Eurofighteranschaffung stehen, das würde ich gerne hinterfragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler! Wir sind jetzt bereits im Bereich einer sehr, sehr interessanten Diskussion.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein. Das ist erledigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich würde jetzt vorschlagen, nachdem sich jetzt einiges zu wiederholen beginnt, sagen wir es vorsichtig, bitte sich auf Fragen zu konzentrieren, weil das jetzt doch schon für die Auskunftsperson eine ziemlich lange Zeit dauert, nur mehr Fragen, die absolut notwendig sind. – Bitte, Kollege Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gar kein neuer Themenbereich, aber nur zur Präzisierung. Frau Magistra! Sie haben im Zusammenhang mit der jetzt mehrmals erwähnten Pankl-Angelegenheit darauf verwiesen, was die Funktion und Nützlichkeit Ihrer Tätigkeit betrifft, sich auch in den letzten Tagen gezeigt hätte. Und Sie haben gesagt, wir konnten hier agieren-reagieren, sinngemäß zumindest. Können Sie Ihre Rolle in den letzten Tagen spezifizieren? Haben Sie da etwas zu tun gehabt mit der Replik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten in dieser Pankl-Angelegenheit?

Mag. Karin Keglevich: Nein, die sind sehr selbständig und haben selbst reagiert. Ich persönlich habe als ich gehört habe, der „trend“ hat das ja als Vorausinformation verschickt, habe mich einfach informiert, weil ich ja auch nicht jedes Geschäft auswendig kenne, noch dazu in einem, sage ich jetzt, einem Geschäft, das nicht aus meinem Bereich der Technologie kommt, habe ich mich erkundigt, was hier im Laufen ist, wie viel schon angerechnet wurde und wo es überhaupt zu dieser Summe gekommen ist, in dieser Form habe ich in München Rücksprache gehalten und habe mich informiert. Nachdem aber dann das Unternehmen ja selbst auch gesagt hat: Sorry, die 2,4 Millionen gibt es tatsächlich!, haben wir uns dann hier, der Herr Blasser hat das selbst in einem Interview, in einem Medium, ich weiß nur nicht, in welcher Zeitung, gesagt, dann nicht mehr eingeschaltet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also wir halten fest: Das mit dem „wir“ war nicht so gemeint. Sie haben hier keine aktive Rolle der Kommunikation gespielt. Im Übrigen nur für das Protokoll, im „Standard“ von heute sagt der neue Geschäftsführer nichts von den 2,4 Millionen, sondern von einer anderen, viel kleineren Summe. Macht aber nichts.

Ich habe noch eine letzte Frage. Die Liste der eingereichten und anrechenbaren Gegengeschäfte liegt uns ja auf. Ich nehme an, Ihnen ist die ja nicht einsichtig, weil ich wüsste nicht, auf welcher Rechtsgrundlage die Technologieplattform diese als streng vertraulich gehandhabte Liste einsehen könnte. Ich frage Sie nur, weil Sie Pankl jetzt so verteidigt haben. Ist Ihnen bekannt, dass Pankl mehrer Geschäfte eingereicht hat, die insofern nur den Kriterien entsprochen haben, dass dann eine Null-Anerkennung vollzogen werden musste im Anerkennungsverfahren? Es wurde nämlich mehr eingereicht als 2,4 Millionen. Ich frage Sie, ob Ihnen das bekannt ist.

Mag. Karin Keglevich: Ich weiß, dass man mir gestern laut Telefonat bestätigt hat, weil es mich einfach grundsätzlich interessiert hat, diese Differenz von diesen 35 Millionen, dass diese 2,4 Millionen eingereicht wurden, ob dort jetzt mehr eingereicht wurde, kann ich nicht sagen. Ich möchte aber nicht ausschließen, und auch das ist etwas, was man immer berücksichtigen muss, ich aber nicht weiß, ob es in dem Fall so ist, es gibt Geschäfte, die getätigt werden, ich nehme einfach eine fiktive Ziffer, dass ein Unternehmen einen Auftrag über 5 Millionen € bekommt, diese 5 Millionen werden aber eingetragen im Jahr, sagen wir jetzt fiktiv, 2006, werden aber davon eine Million abgearbeitet, und die restlichen sind auf ein Jahr, drei Jahre oder fünf Jahre aufgeteilt. Dann steht zwar auf der Liste 5 Millionen, aber als abgearbeitet eine Million, und dann gibt es eine Differenz von 4 Millionen. Auch das ist eine Möglichkeit, kann ich aber in dem Fall nicht spezifisch beantworten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sagen Sie, nur wer gibt Ihnen, wenn Sie sagen, Sie halten Rücksprache, wer gibt Ihnen von welcher Stelle Auskunft über diese Liste der angerechneten Gegengeschäfte? Wo haben Sie sich da informiert?

Mag. Karin Keglevich: In München bei der Offset-Stelle.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Bei der Offset-Stelle von EADS.

Mag. Karin Keglevich: EADS, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): EADS, auch interessant. Gut, danke.

Mag. Karin Keglevich: Die reichen auch die Liste ein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. Gibt es noch weitere Fragen? Wenn das nicht der Fall ist, ist die Befragung geschlossen. Danke für das Kommen und die Auskünfte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist jetzt 12.37 Uhr, ich unterbreche die Sitzung bis 12.45 Uhr, und dann machen wir weiter. Die Sitzung ist unterbrochen.

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf, und bitte Herrn Mag. Fina in den Saal zu bitten. So da wird nur ein Photo aufgenommen. Das ist sehr sehr schön.

Die Freiheitliche Fraktion wird beginnen. Ich kündige es nur an. So, Danke für die Exklusivphotos in diesem Fall und für die prachtvollen Bildaufnahmen. Begrüße jetzt Herrn Mag. Gernot Fina im Ausschuss. Danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288, Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten.

Wir kommen zu Ihren Personalien. Ihr vollständiger Name lautet?

Mag. Gernot Fina: Mag. Gernot Fina.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Geburtsdatum?

Mag. Gernot Fina: 18. Februar 1968.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Anschrift?

Mag. Gernot Fina: Ist 3100 St. Pölten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Ihr Beruf?

Mag. Gernot Fina: Ist Beamter im Wirtschaftsministerium, im BMWA.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach für Sie schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich und wir besprechen die weitere Vorgangsweise. Ich gehe davon aus, dass das nicht notwendig werden wird.

Nach der Verfahrensordnung haben Sie vor Eingang in den Befragung das Recht auf eine persönliche Erklärung zum Beweisthema. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Mag. Gernot Fina: Ich würde gerne ein kurzes Einleitungsstatement geben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann bitte ich darum.

Mag. Gernot Fina: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin seit rund 10 Jahren im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, formal Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten tätig. Ich war im Ressort bis Mitte April 2006 für den Bereich Juko der Nation zuständig. Danach wechselte ich in die neugeschaffene Abteilung Gegengeschäfte, Abteilung C 29 und arbeite derzeit rund ein Jahr in diesem Bereich. Meine persönliche Wahrnehmung im Rahmen der Prüfung der Eurofighter Gegengeschäfte umfasst den Zeitraum April 2006 bis Mai 2007. Die Bestellung zum Leiter der Abteilung C 29 erfolgt im September 2006. Im Zusammenhang mit allfälligen Fragen zum Gegengeschäftsvertrag möchte ich eingangs auf die im Gegengeschäftsvertrag enthaltene Vertragsbestimmung 931 hinweisen. Um Sicherstellung der Vertraulichkeit möchte ich ersuchen. Danke schön.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Kollege Stadler, ist der erste Fragesteller.

Kollege Stadler ist nicht der erste Fragesteller. Von Freiheitlicher Seite keine Fragen. Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eine Erklärung vorab vielleicht, Herr Vorsitzender! Die Berufung auf wie immer geartete Vertraulichkeiten, kann nicht ganz korrespondieren mit der Freistellung seitens des Ministeriums. Ist das geklärt, oder habe ich da etwas überhört am Anfang? Können Sie diese Sache noch einmal erläutern? Sind Sie jetzt entbunden oder nicht?

Mag. Gernot Fina: Ich bin entbunden. Aber im Gegengeschäftsvertrag gibt es praktisch diesen § 931.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, den kennen wir.

Mag. Gernot Fina: Und da hat sich die Republik Österreich eben verpflichtet, den Vertrag selbst vertraulich zu behandeln.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist hinlänglich vom Ausschuss geklärt. Das war schon die Fragestellung. Dürfen wir überhaupt trotz der Vertraulichkeitsbestimmungen im Vertrag ...Vertrag selbst auch betreffen, in den Vertrag Einblick nehmen? Das ist nicht nur vom Parlament, sondern letzten Endes auch von den Ministerien bejaht worden. Deswegen durften wir in den Vertrag, in alle Unterlagen Einblick nehmen und selbstverständlich dazu auch Fragen stellen. Das heißt, die Amtsverschwiegenheit, nur damit Sie da kein Problem kriegen, damit das bei Protokoll ist. Hier gilt für Sie keine Amtsverschwiegenheit, Sie können diese Fragen mit Sicherheit beantworten.

Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke, für die Aufklärung.

Eine grundsätzliche Frage vorweg. Sie sind offensichtlich damit befasst als Sachbearbeiter auch letztlich, was die Bewertung im Ministerium betrifft, was im Zuge des Anerkennungsverfahrens, was am Schluss zu einer Anerkennung führt und auf dem Konto im Sinn des Gegengeschäftsvertrages dann zu verbuchen ist. Ist das richtig so?

Mag. Gernot Fina: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja. Jetzt beschäftigt uns von grundsätzlicher Seite her folgende Frage. Die meisten Fälle von diesen Gegengeschäftsformularen, wir haben die ganzen Aktenkisten, die seitens Ihres Ministeriums hier übermittelt wurden, durchwühlt, und noch einmal in einer eigenen Ordnung registriert. Und es stellt sich Folgendes heraus, zur Einleitung. Die Meisten dieser Gegengeschäftsbestätigungen haben überhaupt keinen Anhang dabei, sondern das besteht aus zwei Seiten, dieses Formular. Der Text ist den meisten hier schon vertraut. Und jetzt bestätigt eine österreichische Firma, dass irgendein Vorgang der auf der ersten Seite dieses Formulars mit wenigen Stichworten in der Regel, registriert wird, ein Gegengeschäft sei, mit seiner Unterschrift.

Wie überprüfen Sie den Vorgang hinsichtlich der Kriterien aus dem Grundvertrag? Sachlichkeit ist gleich Ursächlichkeit, zeitliche Relevanz und so weiter. Noch dazu, wo die Kriterien kumulativ anzuwenden sind.

Wie gehen Sie da vor? Weil es findet sich in den Akten in der Regel, das ist der Vorhalt sozusagen jetzt einmal, keine weitere Korrespondenz, wie das vom Ministerium beurteilt wird. Es gibt andere Ausnahmefälle, die frage ich nicht. Ich frage die Mehrheitsfälle, wo nichts dabei ist.

Mag. Gernot Fina: Die Prinzipien nach denen wir prüfen oder beurteilen, sind praktisch am Formular. Die sachliche Entsprechung ist die Person, die Erfüllungsberechtigt ist, das ist an sich ein Bestandteil des Formulars. Dann die zeitliche Entsprechung ist ebenfalls praktisch ein Bestandteil des Formulars, dass das Unternehmen bestätigen muss. Dann liegt das Geschäft in den Erfüllungsbereichen. Das ist eben ersichtlich einerseits in welcher Branche ist das Unternehmen tätig und Zweitens die Art der Lieferung. Und was die Zusätzlichkeit betrifft, so ist praktisch je ein eigener Punkt, wo das ebenfalls anzuführen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt sehen wir in den Fällen wo Korrespondenzen überhaupt angelagert sind, und uns ist kein einziger, anderer Fall untergekommen, vielleicht können Sie aus Ihrer Praxis...

Sie können nur für das Jahr 2005 Auskunft geben natürlich, das ist uns schon klar. Wir haben uns auch die 2005er Geschäfte jetzt extra rausgesucht. Können Sie uns einen Fall schildern, wo erkennbar ist für das Ministerium, dass im Vorfeld der Gegengeschäftsabwicklung, irgendein Kontakt mit dem Ministerium genommen wurde, dass man sich ein Bild machen kann, dass ein Geschäft tatsächlich in Anbahnung begriffen ist, und dass es durch Intervention, oder durch entsprechende Mitwirkung des Gegengeschäftsverpflichteten, zu einem solchen Geschäft kommt.

Können Sie uns da irgendeinen Fall nennen, wo das dem Ministerium nachvollziehbar ist, dass die entsprechenden Korrespondenzen, die es hin und wieder gibt, darauf hindeuten, dass das tatsächlich so stattgefunden hat, dass es im Vorfeld eine Mitwirkung von Eurofighter GesmbH oder derer die hier mitwirken dürfen, da gibt es eine eigene Liste, dass das passiert ist?

Mag. Gernot Fina: Im Zusammenhang mit den Technologie-, Investitions- und Bildungsprojekten wo ... einzureichen sind vom Vertragspartner, da ist praktisch dokumentiert, mit den Vorgängen, die EADS setzt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was ist da dokumentiert? Schildern Sie das.

Mag. Gernot Fina: Es gibt praktisch einen ...Antrag. Dieser ... Antrag wird beschrieben, was ist das Projekt? Wer sind die Teilnehmer des Projektes? Wer wirkt mit? Welche Initiativen hat der Vertragspartner bisher gesetzt? Das wäre ein Beispiel, wo wir darauf zurückgreifen können, auf Vorinformationen.

Im Regelfall bei den Lieferungen und Leistungen, da prüfen wir in erster Linie die Bestätigung selber. Im Rahmen der Prüfung, haben wir aber auch Firmenkontakte, wo die eine andere Frage noch nachgeprüft wird. Technologie-, Bildungs- und Investitionsprojekte gibt es praktisch im Rahmen des ... eine vorab Prüfung, eine vorab Zustimmung. Im Rahmen der Lieferungen und Leistungen, gibt es das nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In diesem technologischen Bereich hat sich FACC zum Teil wenigstens bewegt. Jetzt ist uns gestern aufgrund der Befragung der Auskunftsperson, DI. Stephan und auch aus den Akten ersichtlich, dass hier Gegengeschäfte angerechnet werden bis ins Jahr 2005 herauf, also auch in Ihre Zeit, die ihren Vertrags-, ihren Ursprungsgrund in den Neunzigerjahren hatten.

Wie gehen Sie in so einem Fall vor?

Mag. Gernot Fina: Gut, ich kann nur sprechen was die Fälle betreffen 2005. Da gehen wir so vor, wenn in den Vorjahren das anerkannt worden ist, damit auch geprüft worden ist, gehen wir davon aus, dass sie auch im Laufe der kommenden Jahre anrechenbar sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sehen einen Geschäftsgegenstand, der im Vorjahr schon angerechnet wurde, und sagen, okay, das muss auch heuer so sein?

Mag. Gernot Fina: Wenn es ein Mehrjahresprojekt ist, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber die Ursächlichkeit im Zusammenhang mit dem Eurofighter-Kauf. Wie wird die geprüft?

Ich sage noch einmal, es handelt sich hier um Geschäfte, die zum Teil Anfang der Neunzigerjahre schon grundgelegt wurden. Da geht es noch um das Kriterium der Zusätzlichkeit. Das ist aber nicht meine Frage.

Die Frage ist schlicht und ergreifend. Wie kann etwas ein Gegengeschäft sein, wo die vertragliche Bindung von FACC und meistens EADS in diesem Fall, oder eine Tochterfirma von EADS, schon in den Neunzigerjahren grundgelegt wurde? Was hat das mit der zeitlichen Entsprechung zu tun? Was hat das mit der Ursächlichkeit zu tun?

Mag. Gernot Fina: Ich verstehe die Frage nicht. An sich ist auf der Gegengeschäftsbestätigung dokumentiert oder bestätigt, wann das Geschäft initiiert worden ist. Das ist für uns praktisch...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was tun Sie da, wenn Sie einen Vertragsgrund finden, der schon in die Neunzigerjahre zurück geht?

Mag. Gernot Fina: Dann ist es nicht anrechenbar.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann ist es nicht anrechenbar? Wir haben aber Fälle von FACC Anrechenbarkeiten, wo dieser Vertragsgrund viel länger zurückliegt. Das hat gestern auch Herr Stephan bestätigt.

Mag. Gernot Fina: Es hängt davon ab, ob praktisch damals ein Rahmenvertrag war, oder ob das wirklich die tatsächliche Abrufung war. Weil ein Rahmenvertrag heißt ja noch nicht, dass das Geschäft tatsächlich durchzuführen ist oder eben durchgeführt werden wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist schon richtig. Aber wo prüfen Sie an dieser Stelle, wo prüfen Sie die Mitwirkung der Verpflichteten Seite, und die ist Eurofighter GesmbH oder eine ihrer verbundenen Unternehmen oder einer ihrer Zulieferer, dass das ursächlich verknüpft ist. Das müssen Sie ja irgendwie überprüfen? Weil Sie sagen, Sie schauen immer vorher nach.

Mag. Gernot Fina: Das Unternehmen bestätigt, dass es sich um ein Erstgeschäft handelt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Aber dann sind wir an dem Punkt: das Unternehmen bestätigt mit seiner Unterschrift auch die Richtigkeit der Angaben und was in so einem Fall sonst auch üblich ist. Aber Sie setzen weitere Kontrollmaßnahmen in der Regel, wenn das eine österreichische Firma bestätigt auf ihrem Unterschriftsfeld im Formular.

Mag. Gernot Fina: Also im Regelfall nicht, also wenn wieder irgendwelche Unklarheiten auftauchen, dann haben wir sehr wohl also Firmenkontakte. Und das ist an sich schon die Regel. Wo wir praktisch, wo der zuständige Prüfer, der wirklich das Geschäft prüft, mit der Firma in Kontakt tritt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber unsere Auswertung hat ergeben, dass das maximal in zehn Prozent der Fälle, wenn wir jetzt über die Jahre gehen, überhaupt der Fall ist, dass erkennbar ist, dass das Ministerium irgend eine Aktivität setzt, sei es einen Telefonanruf tätigt, oder irgend eine Art von schriftlicher

Minimalkorrespondenz vorhanden ist. Meistens sind das so kurze Emails. Ihnen ist das vertraut. Worin bestehen die Kontrollmaßnahmen des Ministeriums über die Richtigkeit der Angaben, außer über das Gottvertrauen hinaus?

Mag. Gernot Fina: Also das Unternehmen bestätigt und wir gehen davon aus, dass das, was das Unternehmen uns bestätigt, dass es seine Richtigkeit hat. Weil es gibt, sollte es der Fall sein, Falschaussagen getroffen werden oder eben Falschaussagen bestätigt werden, kann es zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das ist eine andere Frage. Aber das ist einmal für diese Runde ausreichend.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. Gibt es weitere Fragen? Das ist, bitte.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sehr geehrter Herr Mag. Fina, Sie haben gesagt, sie waren vorher im Ministerium für EU-Förderungen zuständig.

Mag. Gernot Fina: EU-Koordination.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Koordination. Haben Sie irgendwelche spezielle wissenschaftliche Arbeiten oder so zu Gegengeschäften gemacht im Rahmen Ihrer Ausbildung oder?

Mag. Gernot Fina: Also spezielle Arbeiten zu Gegengeschäften nicht. Nein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt Sie waren bei Doing on the Job. Dadurch, dass Sie jetzt bei der Gegengeschäftsabteilung sind und jetzt deren Leiter sind, haben Sie im Rahmen, dass Sie diese Tätigkeit vor Ort erfahren, setzen Sie das um?

Mag. Gernot Fina: Das ist richtig.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich habe eine Frage. Der Gegengeschäftsvertrag, der wurde ja nicht an die Mitglieder der Plattform ausgehändigt, haben hier uns einige Mitglieder der Plattform bestätigt. Ist das richtig?

Mag. Gernot Fina: Seit ich in der Abteilung bin, weiß ich es, also es wurde nicht ausgehändigt und vorher laut meinem Informationsstand ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und warum wurde das nicht gemacht? Haben Sie das nachgefragt?

Mag. Gernot Fina: Da habe ich keine Informationen dazu.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, zu Beginn ist ja vom Ministerium immer gesagt worden, bei den Gegengeschäften muss man sehr maximale Transparenz herstellen und es ist auch wichtig, dass alle eingebunden sind. Aber hier haben uns einige Mitglieder der Plattform gesagt, dass sie eigentlich beratend für das Ministerium tätig sind und eigentlich nicht genau prüfen konnten, wie sich der Rahmen der Gegengeschäfte bewegt. Ein Motiv, was auch von Seiten des Ministeriums formuliert wurde, wäre, dass die Verschwiegenheit nicht gewährleistet worden ist. Warum gibt es diesen Meinungsumschwung von einer maximalen Transparenz bei den Gegengeschäften bis zu einem sehr dichten Stillhalteabkommen?

Mag. Gernot Fina: Wie meinen Sie, Verschwiegenheit ist nicht, das verstehe ich jetzt nicht, die Frage.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Weil so viele Mitglieder in der Plattform sind und dann würde das alles hinausgetragen werden, das war die Vermutung. Welche Firma eben in Gegengeschäfte involviert ist.

Mag. Gernot Fina: An sich die Mitglieder der Plattform bekommen sehr wohl also die Listen, wo Firmennamen, wo also die Geschäftspartner genannt sind, mit Volumen, mit Zusätzlichkeit, mit Anrechenbarkeit. Sie bekommen dann auch jene Liste über die Summen, die dann letztendlich eben angerechnet werden. Das heißt, an sich bekommt die Plattform schon Informationen. Also im Zusammenhang mit der Frage Vertraulichkeit. Also wir sind sehr wohl transparent und sie bekommen sehr wohl die Informationen, die sie benötigen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wird auch kommuniziert im Rahmen der Wertschöpfung, der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, die ja auch ein Teil ist bei den Gegengeschäften. Gibt es hier auch Diskussionen hierüber innerhalb der Plattform?

Mag. Gernot Fina: Nein, ist mir nicht in Erinnerung. Also die letzten fünf Plattformsitzungen, wo ich dabei war, ist es nicht vorgekommen. Darf ich nur ergänzen, also ausgenommen natürlich in Fällen, wo Betriebsansiedlungen, oder wo es Preproval-Anträge gibt, also da wird sehr wohl praktisch auch dieser Punkt diskutiert. Aber bei den Lieferungen und Leistungen nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Der Herr Professor Kramer vom Wifo hat in einem Brief dann mitgeteilt, dass er sich aus der Plattform zurückzieht, weil er keine wissenschaftliche Beurteilung der Gegengeschäfte abgeben kann. Ist Ihnen dieser Brief bekannt und die Diskussionen darüber?

Mag. Gernot Fina: Entfernt. Also ich habe ihn sicher einmal gesehen, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Aber den Herrn Professor, der ist dann nicht mehr bei den Plattformsitzungen gekommen und die wissenschaftliche Beurteilung hat man sich auch nicht in ihrem Haus bemüht, da mehr, wie soll ich sagen, Faktoren zusammenzutragen, um eine wissenschaftliche Beurteilung zu ermöglichen?

Mag. Gernot Fina: Der Dr. Helmenstein, der beauftragt ist, für die Plattform zu rechnen, also bekommt sehr wohl im Zusammenhang mit diesen Technologie-, Bildungs- und Investitionsprojekten sämtliche Unterlagen, was diese Projekte betrifft, also auch alle anderen Plattformmitglieder, das heißt in der Hinsicht sind wir, haben wir den gleichen Informationsstand wie jedes Mitglied der Plattform.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Darmann keine Fragen. Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Magister, Sie haben mich zu Beginn ein wenig überrascht mit dieser Berufung auf diese Verschwiegenheitsklausel. Ich habe es jetzt nachgelesen. Die rechtfertigt überhaupt nicht, dass Sie vor dem Ausschuss schweigen würden. Wer hat Ihnen

Mag. Gernot Fina: Darf ich nur. Das war ein Missverständnis. Ich wollte also nicht, dass ich vor dem Ausschuss schweige, sondern nur, dass eben vertraulich behandelt wird

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch das ergibt sich aus der Verfahrensordnung, dass die Öffentlichkeit zuzulassen ist. Das ist eine zwingende Bestimmung. Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, sich auf diese Klausel zu berufen?

Mag. Gernot Fina: Wir haben mit unserem Rechtsberater, mit Dr. Kutschera, gesprochen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer ist das?

Mag. Gernot Fina: Der Dr. Kutschera, der hat den Gegengeschäftsvertrag ausverhandelt. Als Unterstützung

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der ist aus dem Ministerium?

Mag. Gernot Fina: Nein, das ist eine Rechtsanwalts

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ah das ist der Rechtsanwalt.

Mag. Gernot Fina: Genau.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und der Rechtsanwalt hat Ihnen gesagt, wenn Sie in den Ausschuss gehen, dann berufen Sie sich auf 9.3.1?

Mag. Gernot Fina: Er hat nur gemeint, er ist ein vorsichtiger Mensch und man sollte es tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Einen politischen Auftrag haben Sie keinen gehabt, vom Kabinett?

Mag. Gernot Fina: Keinen politischen Auftrag.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was war das für ein Treffen mit dem Herrn Dr. Kutschera?

Mag. Gernot Fina: Das war kein Treffen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sondern, Sie haben telefoniert mit ihm, oder was?

Mag. Gernot Fina: Das heißt, Sie haben ihn angerufen und haben gesagt, was soll ich dort tun, im Parlament?

Mag. Gernot Fina: Das war richtig, ja. Also das Problem war generell, das hat nicht nur mich betroffen, sondern auch die anderen Personen, die vorgeladen sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die haben alle den Herrn Dr. Kutschera angerufen und gefragt, was sie tun sollen?

Mag. Gernot Fina: Der Sektionschef Mayer hat das gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ah der Sektionschef Mayer hat das organisiert und hat Ihnen dann gesagt, Sie sollen sich auf 9.3.1 berufen, weil er mit dem Dr. Kutschera gesprochen hat?

Mag. Gernot Fina: Nein. Darf ich mich jetzt korrigieren. Das ist ein Irrtum, das ist was Falsches. Der Dr. Kutschera hat mich angerufen, und hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass es so ist. So ist es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und die anderen Kollegen wurden auch angerufen von Dr. Kutschera, und denen hat er das gleiche gesagt? Ihrem Wissensstand nach?

Mag. Gernot Fina: Bitte?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und die anderen Kollegen, die auch noch vom Ausschuss gehört werden, die hat er auch angerufen und hat ihnen das gleiche gesagt?

Mag. Gernot Fina: Nein, er hat nur mich angerufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er hat nur Sie angerufen. Und Sie haben es dann den andren gesagt.

Mag. Gernot Fina: Ich habe mit Sektionschef Mayer dann gesprochen, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir noch zurück zu der Frage meiner Kollegin von der Sozialdemokratischen Fraktion. Uns hat nicht nur das

Verhalten des Prof. Kramer stutzig gemacht, den wir in diesem Haus überaus ernst nehmen, sondern auch die Aussage des Herrn Mag. Niron Passweg, der selbst gesagt hat, dass man im Grunde eigentlich keine Entscheidungsgrundlagen hatte. Dass es jetzt zwar besser geworden sei, aber dass man keine Entscheidungsgrundlagen hatte. Man hat einfach nur eine Mitteilung bekommen, das ist ein Gegengeschäft, das war es.

Mag. Gernot Fina: Wir haben den Plattform-Mitgliedern diese besagte Liste zur Verfügung gestellt, wo eben die Gegengeschäftspartner, das Gegengeschäftsvolumen angeführt sind. Soweit ich sprechen kann, also die letzten fünf Plattform-Sitzungen, da haben wir zu jedem Geschäftsfall kurz referiert, was hat das Wirtschaftsministerium geprüft, das Prüfungsergebnis, und auf Basis dessen haben die Mitglieder der Plattform den gleichen Informationsstand wie das BMWA.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Ihnen sage, dass Ihnen gegenüber als Firmenvertreter auch die Firma 100 % Communications genannt wurde, haben Sie mit diesen Leuten schon einmal zu tun gehabt?

Mag. Gernot Fina: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit dem Herrn Gernot Rumpold und der Frau Erika Rumpold?

Mag. Gernot Fina: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war jetzt ein wichtiger Zwischenruf für das Protokoll. Die ÖVP hat festgestellt, dass der Stadler schon einmal mit den zweien zu tun hatte. Das stimmt, im Ausschuss, ja.

Natürlich, ich kenne ihn gut, daher weiß ich auch warum man auf den gekommen ist als PR-Agentur.

Nein, die sind dann alle beim BZÖ gelandet, eure Koalitionspartner.

Kennen Sie den Herrn Steininger?

Mag. Gernot Fina: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der ist nämlich auch als Firmenvertreter genannt worden.

Fred Plattner, haben Sie auch nichts zu tun gehabt?

Mag. Gernot Fina: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit dem Ernst Hofmann?

Mag. Gernot Fina: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch nicht? Aber mit der Frau Keglevich haben Sie zu tun gehabt?

Mag. Gernot Fina: Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie ist Ihr Kontakt zur Frau Keglevich?

Mag. Gernot Fina: Ich habe die Frau Mag. Keglevich bei zwei bis drei Sitzungen gesehen. Einmal nur bei der Arge Offset, aber nur von weitem, und einmal kann ich mich erinnern, das war eine Sitzung im BMWA, da war sie in der Delegation von Eurofighter GmbH.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sonst aber bei Plattform-Sitzungen hat sie nie teilgenommen? Oder bei Vorbesprechungen?

Mag. Gernot Fina: Bei den letzten fünf Plattformsitzungen auf jeden Fall nicht, und vorhin laut meinen Informationen auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und bei Vorbesprechungen zu Plattform-Sitzungen auch nicht?

Mag. Gernot Fina: Es gibt keine Vorbesprechungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihrer Erfahrung nach, wer tritt als Vertragspartner auf? Ist das die Firma Eurofighter oder ist das die Firma EADS?

Mag. Gernot Fina: Ein Vertragspartner des BMWA ist Eurofighter Jagflugzeug GmbH.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das steht im Vertrag drinnen, aber wir haben anhand der Listen und der Befragungen festgestellt, dass da dauernd EADS auftritt.

Mag. Gernot Fina: Unser Vertragspartner ist wie gesagt die Eurofighter GmbH und im Zusammenhang mit der Abwicklung ist für uns der Ansprechpartner EADS, das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, das halten wir fest. Das haben wir schriftlich aufliegen, im Vertrag steht Eurofighter drin, aber in der praktischen Abwicklung tritt immer EADS auf.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Für die sachliche Entsprechung, Vertrag lesen Herr Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie müssen sich wehren, das ist eine Hilfe, die wirklich nur gefährlich sein kann für Sie. Verboten Sie sich diese Einmischung der ÖVP, sonst werden Sie vereinnahmt. Das wäre nicht wirklich gut.

Das heißt, in der praktischen Abwicklung tritt EADS auf.

Mag. Gernot Fina: Wir schicken unsere, und das ist an sich aktenmäßig dokumentiert, an EADS Deutschland.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine letzte Sache: Ist Ihnen die Initiative „Sicherer Luftraum“ ein Begriff?

Mag. Gernot Fina: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben mit dieser Initiative nichts zu tun gehabt?

Mag. Gernot Fina: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die hat bei Ihnen auch keine Einreichungen getätigt? Rechnungen und so weiter?

Mag. Gernot Fina: Sicherer Luftraum?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Silvan Fügenschuh.

Mag. Gernot Fina: Ich kann mich nicht erinnern, aber laut meinen Informationen, nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist Ihnen bekannt, es sollte Ihnen bekannt sein, dass mit jedem 31.5. die Listen eingereicht werden? Nämlich seitens der Gegengeschäftverpflichteten. Im ersten und im zweiten Jahr konnten wir uns davon überzeugen, dass das Eurofighter Jagdflug GmbH war, aber im Zeitraum wo Sie zuständig waren geht aus den Akten hervor, dass die gesamte Gegengeschäftsliste

von EADS eingereicht wird und nicht von Eurofighter. Erstens für das Protokoll und zweitens die Frage, haben Sie eine Erklärung dafür?

Mag. Gernot Fina: Welche Liste meinen Sie jetzt?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Liste, die am 31.5. vertraglich einzureichen ist seitens des Gegengeschäftsverpflichteten.

Mag. Gernot Fina: Das ist an sich Eurofighter, diese Liste.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So ist es. Trotzdem reicht EADS ein.

Mag. Gernot Fina: Eurofighter reicht das ein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe das Dokument gerade nicht hier, aber wir haben uns davon überzeugt, dass am 31.5. einreicht. Außerdem halte ich Ihnen vor aus dem Jahr 2005, 19.Jänner 2005. Es schreibt EADS, Aloysius Rauen da noch und Johann Heitzmann dem Herrn Sektionschef Mayer. „Die Eurofighter Partnerfirmen haben vereinbart, der EADS Deutschland GmbH die Verantwortung für die Abwicklung der Gegengeschäftsverpflichtung in Bezug auf die Lieferung von Taifun Abfangjägern nach Österreich zu übertragen.“ Ist Ihrer Abteilung dieses Schreiben bekannt? Ich kann Ihnen das vorhalten.

Mag. Gernot Fina: Mir ist das Schreiben nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Bitte dann den ersten Absatz dieses Schreibens zu studieren, aus dem hervorgeht, dass EADS für Eurofighter das abwickelt. Das würde auch damit korrespondieren, dass ursprünglich Eurofighter die Listen eingereicht hat und ab dem Jahr 2005 dann EADS.

Mag. Gernot Fina: Rauen ist Eurofighter.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dort schreibt er noch auf EADS-Briefkopf und der Inhalt sagt eindeutiger aus...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist auf Eurofighter-Briefkopf, für das Protokoll.

Wenn der Kräuter einen falschen Vorhalt macht, es ist auf Eurofighter-Briefkopf, dann darf man das sehr wohl ins Protokoll aufnehmen lassen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf Grund des wirklich indiskutablen Benehmens der Abgeordneten Fekter unterbreche ich die Sitzung und ersuche die Fraktionsführer- und Führerinnen zu mir zu kommen, weil es wirklich nicht geht in dieser Art und Weise.

Kollege Stadler, es ist nicht notwendig in der selben Art zu antworten.

Sitzungsunterbrechung.

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und stelle folgendes fest: Wenn sich der Verfahrensanwalt an mich wenden will, und da haben wir schon gemeinsam einiges an Übung, dann wird er das auch tun und niemand in diesem Ausschuss wird ihn bekanntlich daran hindern können.

Wenn Mitglieder dieses Ausschusses durch Gebrüll den Verfahrensanwalt dazu bringen wollen, dass er sich an mich wendet, dann halte ich das nicht nur für einen unangemessenen Umgang mit dem Verfahrensanwalt, sondern auch für eine Art und Weise des Benehmens, das diesem Hause nicht würdig ist.

Ich habe der Abgeordneten Fekter Folgendes mitgeteilt: Sollte sich dieses Benehmen fortsetzen und wir müssen einfach schauen, gerade wenn über Mikrofon protokolliert wird, weil es die bekannten Schwierigkeiten gibt, das ist ja keine kleine Arbeit das später abzuschreiben und ich würde wirklich der Frau Abgeordneten Fekter einmal

vergönnen, wenn sie das selbst abschreiben müsste. Dann würde sie nämlich sehen wie schwierig das ist. Ich muss versuchen diese, zum Teil artikulierten Gebrüll zu unterbinden, im Interesse der Beschäftigten dieses Hauses, werde, wenn mir das jetzt in weiterer Sitzung nicht gelingt, der Frau Präsidentin Mitteilung machen und werde sie ersuchen, dieses fortgesetzte Fehlverhalten in der Präsidiale zur Sprache zu bringen, möchte aber auch die Abgeordneten, die auf ähnliche Weise darauf reagieren, darauf hinweisen, dass sie durch Ihre ebenso lauten Reaktionen überhaupt nicht dazu beitragen, dass die Sitzungsführung erleichtert wird und bitte, das dem Verfahrensanwalt zu überlassen wann er es für richtig hält, sich an mich zu wenden, er weiß schon wann das angebracht ist. Herr Kollege Stadler, es ist kein Kommentar mehr notwendig. Wir fahren hier hoffentlich in einer etwas ruhigeren Form jetzt mit der Befragung fort. Bitte, wenn es notwendig ist noch weitere Fragen zu stellen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke, Herr Vorsitzender! Es scheint sich ja so weit aufgeklärt zu haben, auch Dank mit Hilfe des Dr. Strasser, dass sowohl EADS als auch Eurofighter hier jedenfalls einmal optisch als Briefkopf in Erscheinung treten, das ist das Eine, das Zweite ist aber bitte das Augenmerk auf den Inhalt des ersten Absatzes zu legen, aus dem hervorgeht, dass EADS nunmehr stellvertretend für Eurofighter, und Sie wissen ganz genau, dass das in anderem Zusammenhang relevant ist, diese Abwicklung für den Gegengeschäftsverpflichtenden übernehmen soll. Die Frage, noch einmal, die dann untergegangen ist, ist dieser Hintergrund in der Abteilung, oder auch mit dem Sektionschef Maier oder mit dem Ministerkabinett diskutiert worden, dass entgegen des Grundvertrags hier jetzt EADS Eurofighter vertreten soll, in dieser Causa. Die Frage ist nur, ob Sie diesen Vorgang diskutiert haben, das Schreiben ist Ihnen ja nicht bekannt?

Mag. Gernot Fina: Also ich persönlich nicht, aber ich bin ja ein Jahr praktisch also zuständig für den Bereich Gegengeschäfte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja aber das ist ja Anfang 2005 und in Ihrer Zeit, wo Sie jetzt damit befasst waren, ist das in Ihrer Umgebung nicht diskutiert worden, dieser Vorgang.

Mag. Gernot Fina: Also seit April 2006 nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, dann darf ich Ihnen ein weiteres Dokument vorhalten, wo es genau um die zuvor angeklungen Frage geht, dass am 30. Mai 2005, also für den Berichtszeitraum 2004, Gegengeschäftsvertrag zum Eurofighterkaufvertrag, Antrag zur Anerkennung der erfüllten Gegengeschäfte, Gegengeschäftsreport 2004, hier eingereicht wird, für EADS Militärflugzeuge, Stefan Moser und Franziska Olbrecht, die beiden Namen sind Ihnen ja aus Ihrer Arbeit sicherlich bekannt. So war es am 30. Mai 2005 für das Jahr 2004. Ich darf Ihnen das zeigen, weil Sie da ja möglicherweise noch nicht Nachschau gehalten haben, weil es ein Jahr vor Ihrer Aktivität ist. Und ich frage Sie jetzt, wie Ihre Abteilung das zu halten gedenkt, in diesem Jahr und in den nächsten Jahren, was die Berechtigung dieser Einreichung betrifft?

Mag. Gernot Fina: Ja, an sich also, wir gehen davon aus, dass spätestens am 31. Mai 2007, also eben der Bericht des vergangenen Jahres vorgelegt wird, und zwar von, also Eurofighter Jagdflugzeug GmbH in Abwicklung von EADS.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie war es im Jahr 2006 für das Jahr 2005? Haben Sie da eine Erinnerung?

Mag. Gernot Fina: Im Jahr

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): 31.5.2006? Wer hat hier eingereicht?

Mag. Gernot Fina: Eurofighter Jagdflugzeug GmbH und abgewickelt hat das eben EADS.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, dann haben wir das. Ich habe mir jetzt ein paar exemplarisch heraus gesuchte Gegengeschäftsbestätigungen respektive Minimalkorrespondenz hier noch einmal zurecht gelegt und will nur eines davon einmal mit Ihnen durchgehen. Es handelt sich hier beim österreichischen, bei der österreichischen Unternehmung um die Firma Starlin Spritzguss GmbH, die haben die Nummern hier 664 fortlaufend bis 667, daran erkennt man, dass diese Firma, und zwar unter einer Korrespondenz, ich werde es Ihnen gleich vorhalten, vier Gegengeschäfte bestätigt hat. Und zwar einmal mit der Hirschmann Automotiv, einmal mit der Narva Speziallampen, einmal mit der Delphi Automotiv und einmal mit der Jasaki Europe Limited in Belgien, so. Immer, was war der Geschäftsgegenstand, diverse Radial- und Sammeldichtungen. Können Sie dem Ausschuss erklären wie diese vier Firmen zu Eurofighter/EADS stehen, sodass Sie überprüfen konnten, dass die Hirschmann Automotiv, die Narva Speziallampen, die Delphi Automotiv und die Jasaki Europe Limited in diesem Falle tatsächlich die Grundlage für ein anzurechnendes Gegengeschäft bieten?

Mag. Gernot Fina: Gut, also beim Vorgehen also der sachlichen Entsprechung, also gibt es immer eine Anlage, ich glaube das ist die Anlage zwei, wo eben eine ??? list und eben die Erfüllungsberechtigten eben genannt sind. Wenn das eben nicht der Fall ist, also ist das eben praktisch ein Vermittlungsgeschäft, was in dem Fall aber nicht der Fall sein dürfte. Also, wenn diese Firmen in dieser Liste enthalten sind, ist an sich also die sachliche Entsprechung also gegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich darf Ihnen dann dieselist, die Sie hier erwähnt haben, die im Vertrag drinnen steht, ich weiß gar nicht ob Sie die kennen, kennen Sie den ganzen Gegengeschäftsvertrag, als Zwischenfrage?

Mag. Gernot Fina: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, gut, dann ist Ihnen wahrscheinlich die ...list bekannt, die ist aber relativ lang, da will ich Ihnen nicht zumuten, dass Sie 123 Firmen auswendig kennen. Können Sie dem Ausschuss auf dieser ... list, die ich Ihnen hier gerne vorbringen lasse, zeigen wo sich diese vier Firmen befinden? Also ich habe sie nicht gefunden, aber es kann ja sein, dass ich es übersehen habe. Es ist ja nicht alles sehr übersichtlich, was hier übermittelt wurde an Akten, das werden Sie doch zugestehen? Also ich sage, die Hirschmann Automotiv ist die drauf?

Mag. Gernot Fina: Die Firma Hirschmann finde ich nicht auf dieser Liste.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hm, dann machen wir nur mehr eine Stichprobe. Die Delphi Automotiv?

Mag. Gernot Fina: Gut, ist nicht auf der Liste.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, sehen Sie, die Delphi Automotiv, nur zur Information für den Ausschuss, sitzt offensichtlich in Portugal. Jetzt haben wir hier aber einen Fall von anerkannten Gegengeschäften. Es ist eigentlich in dem Fall der Delphi Automotiv nicht einmal etwas runter gerechnet worden, die haben 518 000 eingereicht und 518 000 angerechnet bekommen. Wie hat sich die Abteilung, in der Sie hier ja mit zuständig waren, davon überzeugt, dass es sich tatsächlich um ein Gegengeschäft handelt, weil auf der Liste kommen Sie ja nicht vor?

Mag. Gernot Fina: Gut, die konkreten Fälle hat also eine Mitarbeiterin von mir damals also geprüft. Ich selbst habe die Fälle nicht geprüft, da müsste man wahrscheinlich mit ihr sprechen, wie sie da die Prüfung angelegt hat, oder wie sie das geprüft hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hm, wie ist denn der Kontakt der Abteilung zum Herrn Bergner, gibt es denn unmittelbar oder?

Mag. Gernot Fina: Wie unmittelbar?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Fragen Sie einmal nach beim Herrn Bergner, ob und wie er dazu kommt zu animieren, dass irgendwas als Gegengeschäft eingereicht wird bei Ihnen?

Mag. Gernot Fina: Im Regelfall nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Im Regelfall nicht. In dem Fall hat aber Herr Bergner für alle diese vier Fälle – das soll sich der Ausschuss jetzt einmal auf der Zunge zergehen lassen – von Firmen, die in keiner Weise dem Eurofighter- oder dem EADS-Konzern zurechenbar sind, die nicht einmal von Eurofighter auf 123 Firmen verteilt Platz finden. Das sind irgendwelche Firmen in Europa, die Dichtungen und Ähnliches hier in Österreich bei der Starlim Spritzguss bestellen. Und uns interessiert jetzt, wie diese Starlim Spritzguss dazu kommt, zu behaupten, dass diese Geschäfte unter Mitwirkung von Eurofighter zustande gekommen sind. Zu dem Zweck schreibt Herr Bergner ein Mail offensichtlich, beziehungsweise bekommt ein Mail von Starlim:

Sehr geehrter Herr Bergner! Danke für die geführten Gespräche. In der Anlage erlauben wir uns, Ihnen diese Bestätigungen beizulegen – die habe ich referiert; die muss ich Ihnen, glaube ich, nicht extra vorlegen, Sie kennen die Formulare. Sie möchten sich – jetzt die Starlim – auf diesem Wege für die Marketingunterstützung bedanken... und zwar... die Gegengeschäfte, die wohl sonst nicht zustande gekommen wären.

Dann ist noch der Hinweis auf einen gemeinsamen Workshop. Ich kann Ihnen auch das vorbringen lassen, weil viel länger ist das nicht, wenn Sie das wollen.

Dieser kurze Text, dieses eine Mail soll für vier Gegengeschäfte die Bestätigung abgeben von Firmen, die einmal ganz sicher nichts mit dem Eurofighter- und EADS-Konzern zu tun haben. Wie haben Sie das überprüft?

Mag. Gernot Fina: Es handelt sich an sich hier in diesem Fall um ein Vermittlungsgeschäft....

Obmann Dr. Peter Pilz: Endlich meldet sich ein Abgeordneter, von dem man selten etwas hört, außer der Reihe zu Wort. Bitte für das Protokoll nur den Namen dazusagen, damit auch dieser Name einmal im Protokoll ist. – Bitte.??? Nein, es ist wichtig, weil wir heute mit Mikrophon protokollieren.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Kollege Pilz! Mein Name ist Hornek – Sie werden sich das ohnehin nicht merken können.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, jetzt ist Ihr Name bei Protokoll, und jetzt haben Sie heute auch etwas gesagt. Kollege Kogler, Ihre Zeit ist vorbei, der Hinweis der Frau Abgeordneten Fekter war völlig richtig. Sie ist jetzt auch am Worte. – Bitte, Frau Kollegin Fekter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Jetzt möchte ich einen weiteren richtigen Hinweis geben, nämlich auf den Vertragsinhalt, weil nämlich im Vertragsinhalt dezidiert angeführt ist, wie mit solchen Fällen der Vertragspartner umzugehen ist. Unser Vertragspartner ist die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH. Unter 5.3 Anrechenbarkeit, ist das Prinzip der sachlichen Entsprechung dezidiert angeführt, nämlich sachliche Entsprechung und damit die Anrechenbarkeit ist gegeben, wenn das Geschäft durch den Vertragspartner, die Eurofighter-Partnerfirmen (Alenia, BAE Systems, EADS) die Eurojet-Partnerfirmen (Rolls Royce, MTU, ITB, Fiat Avio)

oder deren Muttergesellschaften (Daimler Chrysler, La Gader (?), Finn.....???, Sepi, Fiat, Turbo 2000) oder von Tochtergesellschaften der vorstehenden Unternehmen selbst vorgenommen wird.

Das Gleiche gilt für Zulieferer solcher Gesellschaften betreffend die Erfüllung des Kaufvertrages gemäß der Liste beziehungsweise künftige solche Zulieferer. Die sachliche Entsprechung und die Anrechenbarkeit sind auch bei Geschäften von Dritten gegeben, sofern dies jeweils im Einzelfall nachweislich durch eine individuelle Initiative einer der oben genannten Firmen vermittelt worden sind. Die sachliche Entsprechung ist vom Vertragspartner darzustellen.

Somit, Herr Kollege Kogler, waren das vermittelte Geschäfte durch Dritte. Und das Mail hat bewiesen, dass die Initiative von Eurofighter ausgegangen ist. Also, es war das sehr wohl, wenn man den Vertrag gelesen hat, eine ganz konkrete Entsprechung.

Ich frage jetzt die Auskunftsperson: Wenn man also weiß, Rolls Royce, Fiat, Daimler Chrysler, sind hier sozusagen Geschäftspartner, ob dann ein Zweifel darüber besteht, dass Automobil-Unternehmen als Gegengeschäftspartner infrage kommen. Habt Ihr da Zweifel gehabt?

Mag. Gernot Fina: Das ist richtig, die Geschäfte liegen im Erfüllungsbereich. Das heißt, sie sind im automotiven Bereich und es ist an sich durch die Firma Starlim bestätigt worden, dass praktisch eine Vermittlungsleistung durch das Vertretungsbüro von Eurofighter in Wien durchgeführt worden.

Ich habe am Beginn die Fälle nicht auswendig gewusst, deswegen ist es für mich etwas schwer, alle 140 Fälle.... ja, also praktisch, dass ich da die Kenntnis habe, wie da geprüft worden ist. Ich bitte, dass Sie mir nächstes Mal die Fälle gleich zeigen und die Dokumente dazu, dann kann ich gleich die richtigen Auskünfte dazu geben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich Ihrer Arbeit: Ich meine, Eurofighter reicht ein, diese vielen Firmen werden mitbetreut in Österreich von EADS, MTU hat auch einen eigenen Repräsentanten hier in Österreich. Sind diese Gegengeschäftspartner persönlich auch an das Ministerium herangetreten? Also dass beispielsweise Fiat oder andere Firmen sich direkt im Ministerium melden und sagen, wir haben das ein Gegengeschäft?

Mag. Gernot Fina: Nein. Das ist nicht der Fall.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, die Abwicklung ist immer über den Vertragspartner passiert und hier gibt es keine sozusagen Zusatzinterventionen?

Mag. Gernot Fina: Das ist richtig.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich dessen, was eingereicht wird, ist ja ganz klar, Eurofighter hat möglichst großes Interesse daran, das Volumen groß darzustellen. Wie viele Streichungen, weil das Ressort das nicht anerkennt, passieren in etwa, prozentuell, ungefähr?

Mag. Gernot Fina: Eingereicht worden ist bisher so 1,2 Milliarden. Das ist jetzt eine reine Schätzung. Derzeit sind wir bei einem Stand von 888 Millionen €. Also das heißt... ja... Zirkla, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Rechnungshof hat ja dieses Procedere im Detail geprüft und eigentlich für korrekt nachvollziehbar empfunden. Der Rechnungshof hat dann selber noch einen oder zwei, glaube ich, herausgestrichen, aber zusätzlich anerkannt. Da war das Ressort strenger als der Rechnungshof. – Ist Ihnen das bekannt?

Mag. Gernot Fina: Ja. Der Rechnungshof ist bei einigen Berechnungen zu einer anderen Beurteilung gekommen. Einerseits hat er eben gemeint, das BMWA war großzügiger. Es gibt aber andererseits die Meinung des Rechnungshofes, wo das BMWA zu restriktiv bewertet, beurteilt, angerechnet hat. Da gibt es einen Geschäftsfall, das ist beispielsweise eben Geschäftsfall 94, wo das BMWA 7,36 Millionen angerechnet hat, der Rechnungshof kommt zu einer Anrechnungssumme von 20,57 Millionen €. Das als Beispiel.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und nachdem der Rechnungshof da sozusagen die Anrechenbarkeit hinaufgesetzt hat, hat man das dann auch in diesen 888... auch hinaufgesetzt?

Mag. Gernot Fina: Das ist nicht der Fall.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, in Wirklichkeit ist das Gesamtvolumen tatsächlich höher?

Mag. Gernot Fina: Laut Ansicht des Rechnungshofes ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn immer so im Mai eingereicht wird, wie lang braucht man dann zur Prüfung für all diese Fälle?

Mag. Gernot Fina: Also im Regelfall prüfen wir, sage ich einmal, ich spreche halt nur für das Jahr 2005, aber auch bei den Vorjahren, dauert die Prüfung zirka ein Jahr. Hier wird sowohl was unser Haus betrifft, sehr genau geprüft, auch wir haben Firmenkontakte, wo wir eben Zusatzinformationen einholen. Dann werden also die Geschäftsfälle in der Plattform Gegengeschäfte noch einmal behandelt, und letztendlich dauert dann das ganze Procedere rund ein Jahr. Also ein Berichtsjahr, ein Jahr.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Für die Anrechenbarkeit ist ja erstens das Prinzip der sachlichen Entsprechung, das heißt, es muss sozusagen mit unserem Vertragspartner sein, den Eurofighter-Partnerfirmen, den Eurojet-Partnerfirmen und den Muttergesellschaften ein Geschäft oder auf deren Vermittlung sein, oder deren Zulieferer betreffen, es gilt das Prinzip der zeitlichen Entsprechung, wo der Vertrag ganz genau ausführt, wann sozusagen die Gegengeschäfte stattgefunden haben müssen, damit sie akzeptiert werden als solche, und es gibt die inländische Wertschöpfung, die den Technologietransfer, und all das muss kumulativ vorliegen, prüfen Sie alle diese Bereiche eigenständig? Oder gibt es für den Technologietransfer eine andere Ebene?

Mag. Gernot Fina: Also wir bedienen uns eben Beratern, das heißt, vor allem die Geschäftsfälle, Technologie, Investitionen, Bildung werden von der Plattform Gegengeschäfte, sowie es eben heißt, im Detail geprüft. Die Plattform bekommt also vom BMWA sämtliche Unterlagen, die für die Beurteilung notwendig sind. Im Regelfall ist es aber so, dass die Plattform die eine oder andere Zusatzinformation noch gerne hätten, die werden dann vom BMWA beim jeweiligen Unternehmen oder bei der jeweiligen Universität eingeholt, und wird dann wiederum in der Plattform ein weiteres Mal diskutiert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sitzen Sie selber in der Plattform?

Mag. Gernot Fina: Ich sitze in der Plattform.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Sie können von den Akten direkt berichten. Und wenn sozusagen das Expertengremium noch Fragen hat, kümmern Sie sich darum, dass diese Fragen durch Beibringung zusätzlicher Informationen beantwortet werden.

Mag. Gernot Fina: Das ist richtig. Durch meine Abteilung werden praktisch diese Zusatzinformationen beigelegt für die Plattform.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch weitere Fragen? Kollege Gaßner, bitte.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Da habe ich nur eine Frage auf Grund der letzten Aussage, die Sie getätigt haben, Herr Mag. Fina. Sie sagten, die Plattformmitglieder haben alle Unterlagen zur Verfügung.

Mag. Gernot Fina: Die Plattform Gegengeschäfte haben praktisch alle Unterlagen im Zusammenhang, also im Technologie-, Bildungs- und Investitionsprojekten zur Verfügung.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wie ist dann zu verstehen die Information für den Herrn Bundesminister vom Sektionschef Maier, wo er sagt, es ist vorgesehen, die Mitglieder der Plattform laufend über die einzelnen Entwicklungen insbesondere auch bei den Verhandlungen mit EADS zu informieren. Lustigerweise, Verhandlungen mit EADS zu informieren. Lustigerweise Verhandlungen mit EADS – Frau Kollegin, Sie sagten soeben, unser Partner ist Eurofighter, nicht?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Vertragspartner ist Eurofighter GesmbH.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Was verhandelt dann die Plattform mit EADS? Aber gut, da werden wir eine Auskunftsperson fragen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): (ohne Mikrofon, daher unverständlich)

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Oje, jetzt habe ich wieder etwas angestellt. Das war ein Fehler.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, es wird wieder versucht, eine Sitzungsunterbrechung zu erreichen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Es ist nicht beabsichtigt, heißt es hier weiter in dem Schreiben.

Mag. Gernot Fina: Von wann ist das Schreiben, bitte?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich gebe es Ihnen gleich. 4. Juli 2002. Es ist nicht beabsichtigt, die Plattform direkt in die Begutachtung einzelner Gegengeschäfte einzubeziehen. Angesichts der Größe des Gremiums wäre die Verschwiegenheit nicht gewährleistet.

Mag. Gernot Fina: Meine Wahrnehmung ist, wie ich sie berichtet habe.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie sagen, Sie bekommen alles.

Mag. Gernot Fina: Sie bekommen im Rahmen der Technologie-, Investitions- und Bildungsprojekte alle Unterlagen, also so weit ab, also seit ich Mitglied der Plattform bin.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie sind jetzt ein Jahr dabei?

Mag. Gernot Fina: Ich war jetzt bei fünf Sitzungen dabei und da ist es so gehandhabt worden.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): War es schon einmal der Fall, dass die Plattform ein Gegengeschäft abgelehnt hat?

Mag. Gernot Fina: Die Plattform hat schon Gegengeschäfte abgelehnt. Ja.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Können Sie uns eines nennen?

Mag. Gernot Fina: Zum Beispiel spontan fällt mir TDG ein. TDG heißt die Firma. Das ist praktisch im Berichtsjahr 2005 eingereicht worden und da ist die Plattform zur Entscheidung gekommen, also die Gegengeschäfte, also es sind mehrere Bestätigungen, nicht anzurechnen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Mit welcher Begründung?

Mag. Gernot Fina: Das Geschäft, das Unternehmen ist heuer 2006 in Konkurs gegangen, ist aber praktisch im Zuge der Unterstützungsleistung, also praktisch an sich wäre es anrechenbar gewesen, und die Plattform hat aber empfohlen, das nicht anzurechnen, und das BMWA hat sich an diese Empfehlung gehalten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch weitere Fragewünsche? Kollege Stadler bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Magister! Ich lege Ihnen jetzt, wenn Sie wollen, lege ich es Ihnen auch vor, es ist ja eine sehr eigenartige Einladung aufgetaucht, die der Herr Ausschussvorsitzende heute verteilen hat lassen an die Mitglieder des Ausschusses. Das sage ich jetzt nur fürs Protokoll dazu, damit man weiß, woraus ich zitiere. Das ist die Einladung und der begleitende Schriftverkehr zum EBD-Housewarming, zu einer Housewarming-Party. Und da gibt es einen Schriftverkehr zu dieser Einladung, wo die Frau Mag. Karin Keglevich unterschrieben hat mit – ich darf zitieren: „Mag. Karin Keglevich, Leitung Technologieplattform EADS BMFIT“. Gibt es so eine Technologieplattform EADS-BMFIT? Verstehen Sie, da steht schon wieder EADS und nicht Eurofighter, sondern EADS-BMFIT. Gibt es so eine Plattform?

Mag. Gernot Fina: Die Technologieplattform ist im BMFIT angesiedelt. Das BMWA ist nicht Mitglied dieser Technologieplattform. Da müsste man das mit dem BMFIT das abklären, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie keine Kenntnis davon, dass so eine ...

Mag. Gernot Fina: Ich weiß schon, dass es diese Technologieplattform gibt. Aber BMWA ist nicht vertreten in dieser Technologieplattform.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha! Da sind Sie gar nicht drinnen?

Mag. Gernot Fina: Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): (ohne Mikrofon) Das hat Keglevich eh alles gesagt!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gottes Gerechte! Ignorieren Sie es einfach. Ich tu es auch. Das ist das beste, was kann tun kann, weil sonst müsste man zu ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ignorieren schaut anders aus.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Entschuldigung, man müsste Erziehungsmaßnahmen von Generationen nachholen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler! Aber auch die, die durch nicht ignorieren ignorieren vortäuschen, werden Opfer meiner Erziehungsmaßnahmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie aber, weil Sie sagen, wir sind nicht da drinnen, haben Sie Kenntnis von so einer Plattform?

Mag. Gernot Fina: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, wer da drinnen ist?

Mag. Gernot Fina: Also auf jeden Fall das BMFIT.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das nehme ich an. Wer vom BMFIT, wissen Sie das zufällig?

Mag. Gernot Fina: Es ist glaube ich der Gruppenleiter Schädler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit e oder ä?

Mag. Gernot Fina: Mit ä.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schädler.

Mag. Gernot Fina: Dann die FFG, soweit ich – da habe ich keine Detailinformation, aber soweit mein Kenntnisstand ist, FFG. Und MTU, und EBD.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was tun die? Was ist die Aufgabe dieser? Haben Sie eine Kenntnis davon, was die da tun?

Mag. Gernot Fina: Ich habe keine näheren Informationen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Arbeiten die mit Ihnen zusammen? Oder was tun die in der Vorprüfung oder in der Aufbereitung?

Mag. Gernot Fina: Das Ziel dieser Technologieplattform ist, in Österreich Technologieprojekte zu identifizieren, die allenfalls, für die Österreich Interesse hat. Aber ich habe da keine näheren Informationen über Procedere oder welche Aufgaben konkret.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ob der damalige Vizekanzler diese Plattform eingerichtet oder geschaffen hat?

Mag. Gernot Fina: Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch weitere Fragen? Kollege Kogler bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, tatsächlich die Letzte. Die haben vorhin dann auf Zuruf der Frau Kollegin Fekter noch einmal die Rolle der EBD hier mit eingebracht und bestätigt. Sagen Sie, was berechtigt eigentlich den Herrn Bergner und EBD so aufzutreten, dass er anstatt Eurofighter oder meinetwegen auch EADS hier wirken kann? Weil letztlich reicht es für Sie als Bestätigung, wenn der Herr Bergner einen Absatz von drei Zeilen schickt gleich für vier Gegengeschäfte. Was eigentlich veranlasst das BMWa anzunehmen, dass Bergner jetzt anstatt von Eurofighter oder EADS gehandelt hat?

Mag. Gernot Fina: Wir prüfen praktisch, wir schauen uns schon wegen der Anrechnung selber, dass diese Bestätigung von der Firma Stalem? kommt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist klar. Das war nicht die Frage.

Mag. Gernot Fina: Das ist sicher einmal der Grund, warum wir das akzeptieren als Gegengeschäft, als Vermittlungsgeschäft in dem Sinne.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben selber vorher gesagt, weil nur die Bestätigung von Stalem kann das hier niemals als glaubwürdig erscheinen lassen. Die Bestätigung würde dann durch dieses Mail erfolgt sein. Das ist aber von Herrn Bergner gekommen. Der Herr Bergner ist laut Vertrag, laut dem Grundvertrag weder eine Partnerfirma noch ein Zulieferer. Was eigentlich berechtigt den Herrn Bergner?

Mag. Gernot Fina: Es gibt ein Schreiben an das BMWa, wo eben mitgeteilt wird, dass eben die Firma EBD mit der Abwicklung in Österreich betraut ist und daher wird die Firma EBD dient als Ansprechpartner auch und andererseits kann er auch Geschäfte initiieren in Österreich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So hat Eurofighter bestätigt, dass EADS jetzt anstatt Eurofighter abwickelt. Dann hat EADS in einem weiteren Schreiben festgehalten, dass jetzt vor Ort diese EBD als Repräsentant gegründet wird und man möge das bitte akzeptieren. Soweit ist das auch nachlesbar. Was ist der Kenntnisstand im BMWA über die Eigentumsverhältnisse dieser EBD?

Mag. Gernot Fina: Wir haben keine Informationen, zumindest ich habe keine Informationen dazu.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben keine Informationen dazu?

Mag. Gernot Fina: Ich habe keine Informationen dazu. Aber ich bin praktisch seit 2006 in der Abteilung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dieses Schreiben stammt auch erst aus 2005, was ich gerade zitiert habe?

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir sollten langsam darauf schauen, dass wir die Personen, die zu der Zeit wirklich tätig waren, dann auch dazu befragen. Weil es wirklich nichts bringt und das wiederholt sich jetzt schon etliche Male jemanden Fragen zu stellen, der nachweislich zu dieser Zeit nicht in der Funktion war. Wir haben nur mehr so wenig Zeit, dass ich jetzt

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war die letzte Frage und er war 2005 in Funktion.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wunderbar. Danke vielmals. Das heißt zu einem Prüfungsauftrag, den das Ministerium am 21. Juli 2004 erteilt hat, werden Sie uns nichts mitteilen können. Ist das richtig?

Mag. Gernot Fina: 21. Juli?

Obmann Dr. Peter Pilz: 2004

Mag. Gernot Fina: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann stelle ich nämlich die Frage gar nicht und dann sparen wir ein bisschen Zeit. Gibt es sonst noch weitere Fragen? Das ist nicht der Fall. Ich danke für die Auskünfte, die Ausführungen. Die Befragung ist geschlossen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist jetzt acht vor zwei, ich unterbreche die Sitzung bis 14.00 Uhr, weil wir noch drei Auskunftspersonen haben und ersuche immer im Kopf zu haben, dass die Abgeordneten selbst durch ihre Fragedisziplin darüber entscheiden, ob wir mit den drei Personen vor 16.30 Uhr fertig sind oder ob wir die Sitzung unterbrechen müssen und alle Ausschussmitglieder, die nicht das Gespräch mit der Präsidentin führen, eineinhalb Stunden warten müssen. Das sollten wir doch irgendwie gemeinsam vermeiden. Die Sitzung ist unterbrochen.

Bitte Herrn Amtsdirektor Machinek plus Medienvertreter und Schwenker? in den Saal zu bitten.

Bitte keinen leeren Platz zu fotografieren.

So. Danke schön. Bitte uns jetzt wieder spontan zu verlassen.

Wir kommen zur Anhörung von Herrn Amtsdirektor Friedrich Machinek. Danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsch Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten. Wir kommen zu Ihren Personalien. Bitte ins Mikrofon zu sprechen.

Ihr vollständiger Name lautet? Nein, nicht mehr drücken, wenn es einmal rot leuchtet.

ADir Friedrich Machinek: Friedrich Machinek.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Geburtsdatum?

ADir Friedrich Machinek: 18. Juni 1954.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Anschrift?

ADir Friedrich Machinek: Hauptwohnsitz 3372 Blindenmarkt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Ihr Beruf?

ADir Friedrich Machinek: Beamter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen.

Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe für Sie schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich, dann werden wir die weitere Vorgangsweise besprechen. Ich gehe davon aus, dass wir nicht in diese Situation kommen werden.

Sie haben nach der Verfahrensordnung vor Eingang in die Befragung das Recht einer persönlichen Erklärung zum Beweisthema. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

ADir Friedrich Machinek: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann bitte ich um Ihre Erklärung.

ADir Friedrich Machinek: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Was eventuelle Fragen zum Gegengeschäftsvertrag betrifft, weise ich auf die

im Vertrag enthaltene Bestimmung 931 hin und ich darf daraus zitieren: Die Republik Österreich ist berechtigt, die ausschließlich zum Zwecke der Information einer interessierten Öffentlichkeit erstellte Zusammenfassung dieses Gegengeschäftsvertrages gemäß Anlage 6 zu veröffentlichen. Im übrigen werden die Bestimmungen dieses Gegengeschäftsvertrages vertraulich behandelt, sofern keine öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Informationserteilung besteht. Die Erteilung von Informationen gegenüber dem Nationalen Sicherheitsrat sowie gegenüber parlamentarischen Ausschüssen, deren Mitglieder zur Vertraulichkeit verpflichtet sind, ist jedenfalls gestattet. In jedem Fall einer solchen Informationserteilung werden die Parteien nach Kräften bemüht sein, sicherzustellen, dass die Vertraulichkeit bestmöglich gewahrt bleibt. Ich ersuche Sie um Sicherstellung dieser Vertraulichkeit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir sind geübt in der Sicherstellung dieser Vertraulichkeit und werden das auch bei Ihrer Befragung so halten. So. Der erste Fragesteller ist Kollege Kogler, bitte um die Fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke. Wir wollen nur einige konkrete Fälle durchgehen. Eine allgemeine Frage aber zuvor: Wir haben in den Akten festgestellt, dass die Gegengeschäftsbestätigungen meistens für sich alleine dort ruhen, jedenfalls in den von Ihnen übermittelten Unterlagen. In den allerwenigsten Fällen finden sich Hinweise von Recherchearbeiten des Ministeriums ob der Richtigkeit der Angaben auf den Gegengeschäftsbestätigungen. Können Sie dem Ausschuss einmal schildern, wie Ihre Abteilung vorgeht, um sich von den gemachten Angaben auf den Gegengeschäftsformularen zu überzeugen?

ADir Friedrich Machinek: Ja, gerne. Eurofighter reicht, spätestens am 31. Mai eines Jahres, die Gegengeschäfte des Vorjahres ein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So ist es.

Das ist eine Liste mit den wesentlichen Daten zum Geschäft und zu jedem einzelnen Geschäftsvorgang eine Gegengeschäftsbestätigung, die das österreichische Unternehmen ausstellt. Erster Prüfschritt ist, ist die Bestätigung formal korrekt, wir da also einmal nachschauen, ob die firmenmäßige Zeichnung, das heißt, Firmenstempel, Datum und Unterschrift aufscheint, für Rückfragen im Unternehmen ist auch ein zuständiger Sachbearbeiter mit Telefonnummer anzugeben.

Dann ist der Vertragspartner des BMWA die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH und der Österreicher bestätigt in dieser Gegengeschäftsbestätigung einmal, sagt einmal, wer er ist, Name, Anschrift, gibt den Abnehmer, im Regelfall ein ausländisches Unternehmen, mit Name und Adresse an und macht dann eben allgemeine Angaben zur Branchenzugehörigkeit, Produktionsstandort, dem Gegenstand des Gegengeschäfts und dann, wann wurde dieser Vertrag, der dem Gegengeschäft zugrunde liegt, geschlossen, um welchen Wert handelt es sich dabei, um welches Volumen und in welchem Zeitraum im betreffenden Jahr wurde das durchgeführt.

Außerdem erwarten wir Angaben über die Beschäftigungsentwicklung und Standortsicherung aus diesem Geschäft.

Um die Zusätzlichkeit, die ich gerne auch erkläre, wenn es gewünscht wird, beurteilen zu können, ist dann noch auf der Gegengeschäftsbestätigung ein Stichtag angegeben, das ist das Wirksamwerden des Vertrages und es werden, konnten überhaupt nur Gegengeschäfte eingereicht werden, die danach abgeschlossen wurden beziehungsweise die den Durchschnitt der Leistungen der drei Jahre vor diesem Stichtag im betreffenden Produktfeld...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Entschuldigen Sie, uns ist das alles vertraut wir kennen auch die Formulare und den Vertrag.

ADir Friedrich Machinek: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage Sie, wie Sie die Angaben, die dort gemacht werden, überprüfen, nicht dass diese Angaben grundsätzlich da drauf kommen sollen.

ADir Friedrich Machinek: Okay.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie überprüfen Sie das?

ADir Friedrich Machinek: Wir überprüfen so: Ich gehe einmal davon aus, dass das, was ein Unternehmen unterschreibt, ohne dass man etwas anderes weiß oder vermutet oder hört, stimmt.

In den meisten Fällen, ich sage jetzt bewusst ich, also wenn ich eine Gegengeschäftsbestätigung prüfe, an das Unternehmen heran...

XXX Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche: Könnten Sie etwas weiter vom Mikro weggehen?

ADir Friedrich Machinek: Gern. Ist es jetzt besser? Dreißig, gut.

XXX Wir messen es nicht nach, aber...

ADir Friedrich Machinek: Ich wollte Ihre Ohren nicht da überstrapazieren. Und in einem Gespräch mit dem jeweiligen Sachbearbeiter im Unternehmen ergeben sich dann Hintergründe und nähere Informationen zum Geschäft, insbesondere frage ich dann noch einmal nach, ob es sich, wie auf der Bestätigung ohnehin bestätigt, um ein österreichisches Produkt handelt, wie die Zusätzlichkeit zu interpretieren ist, wie war die Situation vor diesem Geschäft, wie ist das Geschäft zustande gekommen? Wenn ein Telefonat nicht ausreicht und die Fragen komplexer sind, wird das in E-Mail-Verkehr weitergeführt und in Sonderfällen, wo Eurofighter auch Auskunft geben sollte, dort wird die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH in den Prüfprozess einbezogen, indem auch ihr Fragen gestellt werden. Dafür sind 120 Tage Zeit und danach sollte sich ein klares Bild ergeben, ob dieser Fall anrechenbar ist, und wenn ja in der von Eurofighter eingereichten Höhe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In wie vielen Fällen, also Angabe in Prozent am besten, werden überhaupt derartige kontrollierende Schritte gesetzt, wenn das Gegengeschäftsformular eintrudelt und die Liste übermittelt wird?

Friedrich Machinek: Der Wert geht in Prozenten gegen 100. Das ist keine Stichprobenprüfung, es wird jede Bestätigung überprüft.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie dokumentieren Sie diese Überprüfungsschritte?

Friedrich Machinek: Wenn es schriftliche Unterlagen dazu gibt, werden die den eingereichten Formularen formlos angeheftet, und sonst finden sich sehr wohl handschriftliche Prüfnotizen auf den Bestätigungen.

Ich zum Beispiel mache es so, ich schreibe Telefonat mit Herrn so und so, am so und so vielten, schreibe die Aussage hin, die der gemacht hat und paraffiere mit Datum.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das haben wir auch gefunden, wenn es beigeheftet wurde. Es ist nur so, dass nach unserer überblicklichen Zählung das in zehn bis 20 Prozent der Fälle nur vorkommt, und in den anderen nicht. Können Sie uns sagen, noch einmal gefragt, wie oft Sie hier tatsächlich nachrecherchieren mit dem Ergebnis, dass dann dem Formular, da hat im wesentlichen nur zwei Seiten, dann noch etwas beigeheftet wird? Möglicherweise haben wir gar nicht alle Akten bekommen.

Friedrich Machinek: Sie haben alle Akten bekommen. Eine Sache muss ich einmal sagen, es wäre völlig unmöglich, dass das nur ein Sachbearbeiter macht. Sie haben sicher gesehen, dass da über die Zeit unterschiedliche Sachbearbeiter daran gearbeitet haben, und da spielt sicher auch der Stil des Sachbearbeiters eine Rolle. Ideal wäre es immer genau gegen zu zeichnen, ich könnte Ihnen, wenn Sie mir eine Bestätigung zeigen würden aus der Handschrift sagen, welcher Sachbearbeiter da sehr wohl etwas draufgeschrieben hat. Insbesondere was die Recherche der Vorumsätze betrifft hat ein Vorgänger-Kollege das sehr genau erhoben und dann auch eine Kollegin, die jetzt andere Aufgabengebiete hat, hat sich auch mit diesem Thema sehr genau beschäftigt.

Insbesondere aufwendig ist diese Recherche für das erste Einreichungsjahr gewesen, also 2003, wenn ein Gegengeschäft dann seine Fortsetzung findet, also gleicher Österreicher, gleiches ausländisches Unternehmen, gleiche Sparte, dann sind so Daten wie Vorumsätze auch identisch zu übernehmen. Diese Daten rollieren ja nicht, es geht eben um die drei Jahre vor diesem Vertrag werden diese Daten dann in den folgenden Jahren nach einem durchaus anerkannten Prinzip der Stetigkeit fortgeführt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Daten sind an sich mit zu überliefern, die Vorumsätze. Uns hätte interessiert, wie nachvollziehbar die Angaben überprüft werden.

Aber vielleicht kommen wir zu konkreten Einzelbeispielen. Ich beziehe mich jetzt auf die Firma Blechtechnik Eisenerz GmbH. Da hat der Herr Gottfried Zagorz in der Fernsehsendung ZIB 2 am 25.8.2004 Folgendes verlauten lassen: Dass nämlich er hätte nicht nein sagen können für seine Firma, da ist sein größter Geschäftspartner, das war die Liebherr. Liebherr ist in dieser Wenderslist, also in dieser Zulieferer-Firmenliste tatsächlich im Grundvertrag evident geführt, das ist nicht das Problem. Aber Zagorz sagt eben, er habe nicht nein sagen können als ihn sein größter Geschäftspartner um eine Unterschrift für die Bestätigung eines Eurofighter-Gegengeschäfts gebeten habe. Von einer neuen Fertigungshalle und zusätzlichen Mitarbeitern ist hier nichts mehr zu merken und es könne keine Rede mehr davon sein. So hat einmal die ZIB 2 berichtet.

Jetzt haben wir uns diesen Fall herausgesucht und tatsächlich ist am Schluss, ich kann das vorwegnehmen, ein Nullanerkennnis hier herausgekommen. Ich frage Sie aber erstens einmal, ob Ihnen dieser Fall persönlich bekannt ist, Blechtechnik Eisenerz?

Friedrich Machinek: Die Einreichung ist mir bekannt, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Waren Sie damit betraut?

Friedrich Machinek: Nein. Ich nicht als.....

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was ist Ihnen von diesem Fall bekannt?

Friedrich Machinek: Soweit mir erinnerlich, aber ich habe diese Bestätigung jetzt nicht bei mir. Sie haben es bekommen, wenn Sie es mir zeigen, kann ich es dann auch kommentieren, aber ich glaube, da war das Prinzip der Zusätzlichkeit nicht erfüllt. Soweit ich es im Gedächtnis habe. Und das wäre eben dann so ein Fall. Eurofighter ist ja frei einzureichen, was aus ihrer Sicht anrechnungswürdig ist. Das BMWA prüft, und das wäre eigentlich dann ein positiver Fall für eine Prüfung, weil mehr als nicht anrechnen kann das BMWA nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist in dem Fall nicht die Frage. Ich stimme Ihnen zu, in dem Fall ist ja tatsächlich am Schluss eine Nullanrechnung zustande gekommen. Hier interessiert viel mehr, was Sie für Wahrnehmungen dazu haben, wie das überhaupt kommen kann, dass der Herr Zagorz von der Blechtechnik

in diese Lage versetzt wird etwas zu unterschreiben. Und dann noch im Fernsehen ausrichten lässt, dass er eigentlich nur einen Gefälligkeitsdienst machen wollte. Ich kann Ihnen das aber gerne vorbringen lassen. Es ist in dem Fall aber nicht der wirklich relevante Vorhalt, denn ich glaube, dass das korrekt war die Nichtanerkennung, nur der Fall ist so auffällig. Und das ist nicht der Einzige, dass sich dann Unternehmen serienweise distanzieren. Wie können Sie sich solche Vorgänge erklären?

Friedrich Machinek: Im Gegengeschäftsvertrag ist definiert welche Unternehmen als Abnehmer von vornherein einmal in Frage kommen, sieht man einmal von Geschäften mit Dritten ab. Liebherr ist ein Zulieferunternehmen, nämlich nicht nur ein Zulieferunternehmen für EADS, da gibt es ja viele, sondern ein Zulieferunternehmen im Rahmen des Eurofighter-Programms. Diesen Unternehmen wurde von Eurofighter eine ihrem Anteil am Programm entsprechende Subverpflichtung überbunden, die wiederum versuchen zu erfüllen. Die Abwicklung erfolgt ausschließlich über die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH. Nur EADS sagt wohl nachvollziehbar, wenn ein Zulieferer ein Geschäft bekommt soll er mitwirken. Und da wird eben dann, soweit ich das weiß, versucht eben der Konzern, Entschuldigung der jeweilige Zulieferer, in dem Fall Liebherr, die Geschäfte, die mit Österreich gemacht werden auf Gegengeschäftstauglichkeit einmal zu analysieren. Und in dem Fall hat Liebherr eben gesagt, ich war ja nicht dabei, aber ich kann es nur so erklären, wir kaufen in Österreich bei diesem Unternehmen ein und ersuchen dieses Unternehmen um Ausstellen einer Gegengeschäftsbestätigung. Ob dann das österreichische Unternehmen eine Bestätigung ausstellt oder nicht, liegt in der unternehmerischen Entscheidungsgewalt dieses Unternehmens, wir haben darauf keinen wir immer gearteten Einfluss.

Ich glaube, gerade dieses Beispiel zeigt, dass wir die Bestätigungen dann sehr wohl prüfen, ob eine Anrechnung möglich ist. Die Philosophie von Eurofighter dabei ist die, dass sie sagen, wir haben einmal einen inneren Kreis von Lieferanten, und die ersuchen wir verstärkt in Österreich einzukaufen, denn es wird nur das Zusätzliche angerechnet. Es würde gar nichts nützen, dass ein Geschäft einfach weitergeführt wird mit dem gleichen Volumen. Das würde zu einer Gegengeschäftsanrechnung von Null führen. Also, wie kann man die Aktivitäten in Österreich stärken. Neugeschäft okay, dann ist es ab dem ersten Euro neu, oder zusätzlich, dann wird dieser zusätzliche Betrag in jedem Jahr wären dann vom Betrag her, wenn alle anderen Kriterien erfüllt sind, grundsätzlich anrechenbar. Und wie, in welcher Form Eurofighter beziehungsweise das Zulieferunternehmen Liebherr in dem Fall an die Unternehmen in Österreich herantritt, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich glaube, Sie haben uns insoweit sehr geholfen, also ja die nicht Anrechnung und zwar mit darauf hinweist, dass da nichts anzurechnen war. Wir haben das ja auch selber nachgerechnet, selbstverständlich, das war aber nur, und das ist das Auffällige an dem Fall, überhaupt von vornherein klar, dass das niemals Gegengeschäfts relevant werden kann, weil nämlich die Umsätze, die Umsätze, die hier eingereicht wurden, in der Folge geringer waren als die Durchschnitte der Vorjahre. Wir müssen also daraus schließen, dass in einer bestimmten Phase, das war ja noch sehr früh, diese Kontaktnahme, die Sublieferanten von Eurofighter, die dort am Programm Anteil haben, in dem Fall Liebherr, ganz offensichtlich aufgefordert waren, mit ihren, nämlich von Eurofighter oder EADS angehalten, nicht vom Ministerium, durch die Landschaft zu ziehen, solche Formulare vorzulegen, die haben die dann irgendwie unterschrieben und, der weiß gar nicht wie ihm geschieht, weil in Wahrheit kann er deshalb kein zusätzliches Gegengeschäft erreichen, hat aber geglaubt er bestätigt halt selber einmal etwas und kommt in die Ziehung. Das ist hier der Vorgang gewesen und ich glaube das stimmt mit dem, mit dem wie Sie das für einen solchen Fall beschrieben haben dann, dann durchaus

überein. Also hier war nicht der Vorwurf, dass unzulässig angerechnet wurde. Es ist aber so ins Auge springend, dass jemand, der im Umsatz mit Liebherr völlig zurück fällt, hier das noch unterschreibt, das ist ein Gegengeschäft und im Fernsehen sagt, nein eigentlich eh nicht, weil ich haben einen Gefallen tun wollen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kogler, Ihre Zeit ist jetzt vorbei. Die ÖVP hat keine Frage, dann darf ich eine Frage, oder eine Frage an Sie richten. Herr Amtsdirektor Machinek, Sie waren immer Mitglied dieser Plattform?

Friedrich Machinek: Darf ich nur präzisieren, Plattform Gegengeschäfte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte?

Friedrich Machinek: Sie meinen die Plattform Gegengeschäfte?

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Plattform Gegengeschäfte, ja.

Friedrich Machinek: Ja, also ich, formal juristisch korrekt ausgedrückt das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und als Einer, der in dieser Abteilung arbeitet war ich, eines der physischen Mitglieder, und bin es noch.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben das Ministerium in dieser Plattform Gegengeschäfte vertreten?

Friedrich Machinek: Ja, die Plattform steht laut Geschäftsordnung unter dem Vorsitz des Sektionschefs des Leiters des Centers zwei.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie waren auch bei den Vertragsverhandlungen Gegengeschäfte dabei?

Friedrich Machinek: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie kennen daher auch diesen, immer wieder zitierten Herrn Steininger?

Friedrich Machinek: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: In welcher Funktion kennen Sie den, war der dort Vertreter von Eurofighter oder war der Vertreter von EADS?

Friedrich Machinek: Also ich kenne den Herrn Steininger primär, und das seit vielen Jahren, als Vertreter, als österreichischer Vertreter von Pofors mit der Anschrift Pofors Verbindungsbüro. Nach meiner persönlichen Erinnerung ist der Herr Steininger, also einmal kann ich mich erinnern, wenn es ein zweites Mal gibt ok, aber war er bei den Vertragsverhandlungen dabei, wurde also mitgebracht von Eurofighter. Welche Rolle er genau dabei gespielt hat ist mir nicht bekannt, aber wir gehen davon aus, dass unser Verhandlungspartner in dem Fall, unser Verhandlungspartner frei ist an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, wen immer er teilnehmen lassen will.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sagten also, in Ihrer Erinnerung wurde er mitgebracht von Eurofighter. Uns liegen in unseren Akten zwei Anwesenheitslisten vor von solchen Verhandlungen, jeweils Juli, August 2003, wo eben Herr Steininger dabei war und dort hat Herr Steininger eben unterschrieben als EADS Entsandter. Jetzt, meine konkrete Frage dazu, das wäre, ich kann Ihnen durchaus folgen, wenn Sie sagen, in Ihrer Erinnerung ist er von Eurofighter mitgenommen worden, so quasi in die Verhandlungen. Das wäre ja auch dann sehr logisch, denn so weit wir wissen, ich glaube darüber gibt es keinen Zweifel, hat die Republik Österreich diese Gegenvertrags, diesen Gegengeschäftsvertrag mit der Firma Eurofighter unterschrieben, ausgehandelt und unterschrieben.

Friedrich Machinek: Unser Vertragspartner ist die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, Eurofighter Jagdflugzeuge und da drinnen sitzen in dem Verhandlungskomitees eine ganze Reihe EADS Leute, soweit ich mich jetzt an diese Liste noch erinnere, ich müsste nachschauen, ist überhaupt kein Vertreter von Eurofighter dabei gewesen, bei diesen Vertragsverhandlungen für die Gegengeschäfte. Wie können Sie das einem kleinen Landabgeordneten erklären, dass niemand oder niemand von denen dabei ist, mit denen ich dann schlussendlich den Vertrag unterschreibe? 191 Frau Kollegin!

Friedrich Machinek: Ich kann dazu nur sagen, dass wir die Identität und die Funktionen derer, die zu uns zu Verhandlungen kommen nicht überprüfen. Mag sein, dass in der Zukunft es zweckdienlich ist, das zu tun aber es ist ja auch selten so, dass mehrere Leute kommen, die alle eines gemeinsam haben, dass wir sie nämlich nicht kennen. Es werden ja Termine vereinbart und wir sind bis jetzt immer davon ausgegangen, dass die, die zu Verhandlungen kommen auch verhandlungsbefugt sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die etwas zu sagen haben, also man kann, man könnte diese Ihre Aussage jetzt zusammenfassend so sagen, EADS und Eurofighter haben eigentlich gemeinsam oder unter einem Hut diese Verträge mit uns verhandelt.

Friedrich Machinek: Ich wäre jetzt nicht in der Lage den scharfen Trennstrich zu ziehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, danke. Eine letzte Frage noch, Sie sind auch, also Sie waren ja auch in diesen, in der Plattform Gegengeschäfte dabei, stimmt es, dass die Mitglieder dieser Plattform den Vertrag nicht gehabt haben, also ihn nicht im Detail gekannt haben?

Friedrich Machinek: Das ist richtig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und sind Sie dort eigentlich der Einzige, oder das einzige Mitglied, auch wenn man vom Sektionschef absieht, der diesen Vertrag gekannt hat, weil die Anderen haben ihn nicht bekommen?

Friedrich Machinek: Den Vertrag in seiner vollen Länge hat tatsächlich in der Plattform lediglich der Sektionschef, der Abteilungsleiter, der jeweilige Abteilungsleiter, Sie werden ja in der Plattform sehen, dass auch Mag. Fina, der ja auch vor mir hier Auskunftsperson war, das erst seit rund einem Jahr macht, und ich, das ist richtig aber die Zusammenfassung des Vertrages ist ein Bestandteil der Langfassung, ist in einer Anlage beigefügt und legt die wesentlichen Kriterien nieder, die zu einer prinzipiellen Beurteilung der Gegengeschäfte herangezogen werden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein gut, aber wenn die Mitglieder dieser Plattform die einzelnen Geschäfte begutachten sollten, das sollten sie ja, zu dem ist die Plattform ja angeblich da, dann wäre es doch sicher gut, wenn sie auch den Vertrag kennen würden, nachdem sie dann, oder in Anlehnung an den sie dann diese Begutachtung der Geschäfte ja durchführen müssten. Haben Sie eine Erklärung warum man diesen Vertrag nicht in der vollen Länge den Mitgliedern der Plattform gegeben hat, so viele waren es dann ja auch nicht?

Friedrich Machinek: Ich würde da im Vordergrund sehen, die Vertraulichkeitsbestimmungen im Vertrag aber wie und wo der Vertrag präsentiert wird, ist eine politische Entscheidung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also, man könnte das jetzt so sagen, die Vertraulichkeit ist nach, nicht nach Ihrer Meinung oder nicht nach Ihrer Meinung aber, die Vertraulichkeit scheint nicht gesichert zu sein, wenn die Mitglieder dieser Plattform den Vertrag

bekommen, dann frage ich mich, welche Funktion haben dann, hat dann diese Plattform, wenn man schon im Vorfeld an Vertraulichkeit zweifelt?

Friedrich Machinek: Ich habe an der Vertraulichkeit der Plattformmitglieder nie gezweifelt. Sämtliche Mitglieder und da auch die physischen Personen, sofern sie wechseln unterschreiben Verschwiegenheitserklärungen. Die Plattform ist ein äußerst wertvolles und im internationalen Vergleich einzigartig im durchaus im positiven Sinn einzigartig dastehendes beratendes Gremium des Wirtschaftsministeriums, das in seiner Zusammensetzung gewährleistet, dass Geschäftsfälle insbesondere auch komplexere Geschäftsfälle nach allen Blickwinkeln ausgeleuchtet und in diesem hochrangig vertretenen Gremium diskutiert werden können.

Obmann-Stv. Mag. Kurt Gaßner: Herr Sektionschef Mayer sieht das etwas anders, wenn er sagt: Es ist nicht beabsichtigt, die Plattform direkt in die Begutachtung einzelner Gegengeschäfte einzubeziehen. Okay, lassen wir das so stehen. Wir sollten uns beeilen, hat der Vorsitzende vorhin gemeint. Herr Darmann? – Keine Fragen. Die Freiheitlichen? – Bitte, Herr Mag. Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Machinek, wer hat Ihnen gesagt, dass Sie sich auf 9.3.1 des Vertrages beruhen sollen vor diesem Ausschuss?

ADir. Friedrich Machinek: Auf die Idee bin ich selbst gekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auf die Idee sind Sie selbst gekommen. Hat Ihnen kein Anwalt gesagt, Sie sollen das tun?

ADir. Friedrich Machinek: Nein!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und auch kein Sektionschef, der vorher mit einem Anwalt geredet hat?

ADir. Friedrich Machinek: Nein!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie erklären Sie sich, dass Herr Prof. Krammer sagt, die ganzen Gegengeschäfte können wissenschaftlich überhaupt nicht überprüft werden. Der kann seine wissenschaftliche Reputation nicht aufs Spiel setzen, wenn er weiterhin der Plattform angehört.

ADir. Friedrich Machinek: Ich würde die Aussagen von Prof. Krammer in einem etwas anderen Licht sehen. Prof. Krammer beziehungsweise sein Institut hat sich mit Gegengeschäften durchaus in der Vergangenheit auch wissenschaftlich beschäftigt. Er meint nur eine laufende Kontrolle wissenschaftlicher Natur ist nicht das, was er unter seiner Tätigkeit versteht. Er hat aber nie einen Zweifel daran gelassen, dass er eine ex post-Analyse durchführen könnte, aber eher im aggregierten Zustand, als auf Einzelgeschäfte bezogen. So interpretiere ich die Meinung von Prof. Krammer, den ich auch schon längere Zeit kenne.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und Herr Mag. Miron Passweg, der hier gesagt hat, dass man im Grunde überhaupt keine Informationen bekommen hat, keine Unterlagen, wo man dann die Einschätzung, ob es ein Gegengeschäft ist oder nicht, nachvollziehen hätte können? – Das hat er hier im Ausschuss erklärt.

ADir. Friedrich Machinek: Das wundert mich insofern, als es jedem Plattformmitglied freisteht, alle Unterlagen zu den einzelnen Geschäften von uns anzufordern. Er würde sie mit Sicherheit auch bekommen, mag es den einen oder anderen Ausnahmefall dann geben, der zu begründen wäre. Aber wenn Herr Mag. Passweg, den ich auch schon lange kenne und als Fachmann sehr schätze, Unterlagen hätte haben wollen, hätte er sie bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, wer hinter der Firma EBD steht? Wie die Eigentumsverhältnisse dort sind?

ADir. Friedrich Machinek: Das weiß ich nicht. Uns wurde mitgeteilt, dass die Firma EBD, also Europe Business Development GmbH als Verbindungsbüro, das auch im Vertrag festgelegt ist, in Österreich fungiert.

ADir. Friedrich Machinek: Wenn ich Ihnen sage, dass dort durch Treuhandverhältnisse der Umstand verdeckt wird, dass einer der größten Waffenhändler dieses Landes, Herr Dr. Schön, und Herr Plattner, der ja selbst von Eurofighter kommt in Wahrheit, Gesellschafter ist, wie bewerten Sie das? Dass sich hier in Wirklichkeit die Dinge im Kreis drehen und alles wieder von EADS unter Kontrolle gehalten wird?

ADir. Friedrich Machinek: Das österreichische Büro dient ja zur optimalen Betreuung der Gegengeschäftsabwicklung und soll ja keine neuen Tatsachen oder Umstände schaffen. Ich glaube, es liegt im freien Ermessen unseres Vertragspartners, und das ist die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, festzulegen, welches Büro in Österreich die Geschäftsabwicklung unterstützt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben heute Unterlagen bekommen von der Universität Innsbruck, die im Wege des Ausschussvorsitzenden an uns gegangen sind. Hier gibt es einen Schriftverkehr mit Herrn Prof. Sitschlag. Der ist Ihnen sicher bekannt?

ADir. Friedrich Machinek: Der ist mir nicht bekannt!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit ihm auch nie korrespondiert?

ADir. Friedrich Machinek: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jedenfalls, dieser Prof. Sitschlag hat versucht, einmal herauszufinden, wie das überhaupt mit diesen Gegengeschäften ist. Er hat dann entdeckt, dass offensichtlich Eurofighter respektive EADS mitbekommen hat, dass in Österreich strukturelle Probleme vorhanden sind, um überhaupt auf das ausverhandelte Gegengeschäftsvolumen kommen zu können und schreibt dann in einem Brief, dass die Firma EADS eine eigene Österreich-Strategie entwickelt hat und hiezu die Firma EBD gegründet hat, wo wiederum sozusagen Schön und Plattner die eigentlichen Gesellschafter sind mit der Rolle der Frau Keglevich, um das Ganze sozusagen so darzustellen, dass man nicht gleich draufkommt, dass das in Wahrheit Potemkin'sche Dörfer sind. Was sagen Sie zu diesem Vorhalt?

ADir. Friedrich Machinek: Darf ich, um die Frage präzise beantworten zu können, fragen: Was ist dann ein Potemkin'sches Dorf, das Verbindungsbüro oder?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. Das Verbindungsbüro hat die Aufgabe, Geschäfte als Gegengeschäfte darzustellen, wo man, ohne diese Darstellung, nicht auf das verabredete Gegengeschäftsvolumen käme.

ADir. Friedrich Machinek: Diese Rolle hat das österreichische Verbindungsbüro zweifelsohne nicht. Die Geschäfte werden ja immerhin von den österreichischen Unternehmen auf einem Gegengeschäftsformular firmenmäßig bestätigt und werden dann von uns

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben ja schon entdeckt, dass das nicht unbedingt bedeuten muss, dass das tatsächlich ein Gegengeschäft ist. Wenn meine Frau heute in der Früh beim SPAR einkauft und Ihnen bestätigt, das ist ein

Gegengeschäft, dann muss es deswegen noch kein Gegengeschäft sein, auch wenn sie für einen Haushalt von acht Köpfen eingekauft hat.

ADir. Friedrich Machinek: Aber das würde ich Ihnen auch dann nicht glauben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja eben, sehen Sie! Daher ist es nicht von vornherein, nur weil es bestätigt ist, deswegen schon ein Gegengeschäft.

ADir. Friedrich Machinek: Bleiben wir ruhig bei diesem Beispiel, weil mit einfachen Beispielen kann man oft die Sachen besser erklären als mit komplexen.

Es müsste dann Eurofighter die individuelle Initiative nachweisen, die das Unternehmen gesetzt hat, Ihre Frau dazu zu bewegen, beim SPAR einzukaufen. Noch dazu käme erschwerend, dass uns dann, ob sie bei SPAR einkauft oder bei einem anderen österreichischen Lebensmittelgeschäft, vom volkswirtschaftlichen Nutzen gleich ist. Es wäre dann zusätzlich zu beweisen, dass Ihre Frau bisher nicht in Österreich eingekauft hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wird alles relativ leicht für Sie zu beweisen sein, daher als Gegengeschäft abzulehnen wäre. Tun Sie das bei den

ADir. Friedrich Machinek: Das würden wir sehr wohl ablehnen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Untersuchen Sie das wirklich, ob das, was Ihnen EADS vorlegt, ...

ADir. Friedrich Machinek: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber wir haben ja herausbekommen, dass Sie da in Wirklichkeit keinerlei Kontrollmöglichkeiten haben. Sie sind ja letztlich auf die Angaben von EADS angewiesen.

ADir. Friedrich Machinek: EADS muss Nachweise liefern, die ??? Leistung zeigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie mir – außer irgendwelchen Bestätigungen, die leicht produzierbar sind - schildern, wie so ein Nachweis aussieht, außer dass man ein geduldiges Papier auf den Tisch legt?

ADir. Friedrich Machinek: Der Nachweis ist nicht formalisiert. Eurofighter muss glaubhaft darstellen, dass das Unternehmen bei diesen Vermittlungsgeschäften, die Sie jetzt ansprechen, eine individuelle Initiative beim Zustandekommen des Geschäftes gesetzt hat. Das mag – da gibt es so einen schönen Ausdruck dafür – in Form eines Paper Traces – sein, und das würde dann enthalten: Eurofighter hat am.... Datum... mit dem österreichischen Unternehmen ...Kontakt aufgenommen und das Unternehmen mit einem potenziellen Abnehmer ... in einem asiatischen Land, wo immer... bekannt gemacht, hat es weiter betreut, hat das Unternehmen bei der Finanzierung dieses Projekts beraten, und so weiter. Es wird also eine ausreichende Vermittlungsleistung vorhanden sein müssen, dass ein derartiges Geschäft

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das kann ich Ihnen ja locker bestätigen, oder? Das ist ja wohl keine Kunst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn beide Seiten, also Eurofighter und auch das österreichische Unternehmen, die erbrachte Leistung bestätigt, gehen wir schon davon aus, dass die Bestätigung? ist. Aber es könnten dann auch weitere Nachweise verlangt werden, wenn Zweifel nicht ausgeräumt werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage Ihnen nur, im Bereich der Wohnbauförderung würde so ein Hin- und Herbestätigen nirgends ausreichen. Bei simplen kleinen Förderansuchen, die ich früher in meiner Funktion beim Finanzamt in

Feldkirch bearbeitet habe, hat man so ein Hin- und Herbestätigen nie akzeptiert. Also da musste alles von der Gemeinde gegengezeichnet sein, bestätigt sein. Verstehen Sie, wo sich zwei Private gegenseitig bestätigen, dass sie wunderbare Gegengeschäfte gemacht haben, die im beiderseitigen Interesse liegen, das kann ja als Nachweis nicht wirklich hinreichend sein.

Friedrich Machinek: Aber da gibt es schon einen Fall von einer Serie von Geschäften, wo dann beim Abnehmer in den USA ebenfalls nachgefragt wurde. Es wird so lange geprüft, bis Zweifel ausgeräumt sind. Und das, was Sie anschneiden, verstehe ich durchaus, aber wenn dann auch noch der Abnehmer die Sachlage darstellt, dann hat man eigentlich wirklich alle Beteiligten gefragt.

Obmann Mag. Kurt Gaßner: Abgeordneter Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Waren Sie mit den Gegenäußerungen zur Kritik des Rechnungshofs befasst, was den Gegengeschäftsvertrag und die Gegengeschäftsbestätigungen betrifft?

Friedrich Machinek: Ja, als Sachbearbeiter.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Rechnungshof hält vor, weil das jetzt dauernd das Thema war, ich zitiere wörtlich: „Der Rechnungshof erachtete die für die Gegengeschäftsbestätigungen verwendeten Formulare unter kontrolltechnischen Gesichtspunkten als unzureichend. Abs. 16.2, Seite 33 aus der Reihe „Bund/11“

Jetzt im Lichte dessen, was wir hier diskutieren, fragen und was Ihre Arbeit betrifft. Wie würden Sie diese Kritik des Rechnungshofs einordnen, weil genau das das Thema ist, dass diese Formulare Ihre Arbeit in Wahrheit erschweren, weil sie nicht präzise genug sind.

Friedrich Machinek: Das Ministerium war bisher schon der Meinung, dass die abgefragten Daten grundsätzlich einmal für die Beurteilung des Geschäftsfalls ausreichen, immer mit der auch vertraglich festgelegten Möglichkeit, weitere Fragen und Erkundigungen anzustellen. Und Nachweise zu verlangen. Aber wir nehmen die Empfehlungen des Rechnungshofes ernst und arbeiten für die Zukunft an der Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofs.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann darf man die entsprechende Bestimmung 16.4 auch noch zu Protokoll bringen. „Der Rechnungshof entgegnete dann der Stellungnahme ihres Hauses, dass kontrollrelevante beziehungsweise kontrollierbare Informationen in den Gegengeschäftsbestätigungen für die Überprüfung der Anrechnung unerlässlich sind und zumindest im Rahmen statistisch abgesicherter Stichprobenprüfungen Verwendung finden sollten.“ Ende der Korrespondenz, so wie sie der Rechnungshof wiedergibt.

Friedrich Machinek: Darf ich auch zu dieser Empfehlung des Rechnungshofs anmerken, dass wir an der Umsetzung der Empfehlung arbeiten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja. Das haben Sie schon gesagt. Ich habe nur mehr zwei ausgewählte Fälle. Was verblüffend ist, ist ein Fall, dass das Liebherr-Werk Nenzing auftaucht in einer Gegengeschäftsbestätigung, jetzt aber nicht als eine Firma, die ihrerseits Lieferungen und Leistungen mit österreichischer Wertschöpfung gekauft hätte, verursacht hätte, weil die ist ja in der Zulieferliste von Eurofighter aufgeschienen, sondern jetzt taucht Liebherr, obwohl Zulieferer für Eurofighter, selber plötzlich als eine Firma auf, die ein Gegengeschäft bestätigt. Ist Ihnen dieser Fall bekannt, Liebherr Nenzing? Erfüllungszeitraum 2004 und 2005. Nenzing ist in Vorarlberg.

Friedrich Machinek: Das Liebherrwerk in Nenzing, das habe ich schon gesagt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist Ihnen der Fall überhaupt bekannt? Weil sonst hat das alles gar keinen Sinn.

Friedrich Machinek: Der Fall ist mir bekannt. Es handelt sich dabei um einen Hersteller von Krananlagen. Und es sollte schon möglich sein, dass innerhalb eines großen Konzerns eine österreichische Tochtergesellschaft ihrerseits zur Gegengeschäftserfüllung beiträgt. Um es näher aufzuhellen, müsste ich jetzt wissen, wer der Abnehmer auf der Bestätigung ist. Das habe ich nicht in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist eine HDW in Kiel. Mehr ist hier auch nicht zu erkennen.

Friedrich Machinek: Okay. Na, das ist dann – ich sehe eigentlich keine Problematik darin, dass eine österreichische Niederlassung eines Konzerns ein Geschäft mit dem ausländischen Abnehmer vermittelt bekommt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur in der Logik könnte ja Eurofighter GesmbH, wenn sie eine Tochter in Österreich hätte, und Eurofighter GesmbH noch ein Geschäft macht, weil wieder eine österreichische Firma bei Eurofighter GesmbH etwas kauft, gerade keine Flugzeuge, das auch noch als Gegengeschäft einreichen, obwohl sie verpflichtet sind. Ich weise auf den Umstand hin, dass die Liebherr-Firmen und Töchter in der Liste des Grundvertrags als solche aufgeführt sind, die sozusagen zur Verpflichtungserfüllung beitragen sollten, aber aktiv. Hier tauchen sie aber plötzlich auf als jemand, der selber bestätigt, ein Geschäft vermittelt bekommen zu haben. Das ist eine Frage, ob hier ein grundsätzliches Problem erkannt wurde in der Abteilung.

Friedrich Machinek: Das Problem wurde erkannt. Es geht auch. Nur in dem Fall ist der Abnehmer außerhalb des Konzerns, aber innerkonzernliche Leistungsverrechnungen, so sie eingereicht werden, schauen wir uns sehr genau an und haben auch dafür Kriterien und sehr stringente Kriterien für eine eventuelle Anrechnung entwickelt. Jetzt muss einmal eine langfristige Verlagerung nach Österreich sein, es muss sich um Kapazitätserweiterung handeln und so weiter. In dem Fall ist es kein innerkonzernliches Geschäft, weil der Abnehmer nicht zum Konzern gehört, und das einem selbständig agierenden Unternehmen, ich habe die Besitzverhältnisse jetzt nicht im Kopf, ein Gegengeschäft bekommt, ist prinzipiell oder grundsätzlich möglich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollegin Fekter bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Amtsdirektor! Es ist im Rechnungshofbericht von einer Prüfungsgebühr die Rede gewesen. Das war ein Formular in den ersten Formularen sozusagen in der Möglichkeitsform angeführt, dass, wenn es zu Gutachtertätigkeiten käme, dann das Ministerium Prüfungsgebühr vorschreiben würde. Dieser Passus ist dann ohnehin weggefallen, aber meine konkrete Frage, ist irgendwann einmal so eine Prüfgebühr vorgeschrieben worden?

Friedrich Machinek: Im Rahmen der Eurofighterabwicklung nie. Es hätte überhaupt erst einmal der Gutachter benannt werden müssen, damit das österreichische Unternehmen weiß, wer da als Prüfer kommt, sollte es in Zukunft zu Prüfhandlungen kommen beziehungsweise auch bei Erstellung von Gutachten werden die Kosten vom Ministerium selbst übernommen. Grundidee ist, die Gegengeschäfte sind ein wirkungsvolles wirtschaftspolitisches Instrument, und sollen dem Österreicher ohne jede Kosten zur Verfügung stehen. Auch das ist international durchaus nicht selbstverständlich. Es gibt Länder, die Prüfgebühren verlangen, die die Gebühren für die Beamten selbst verlangen. Also für die Abwicklung. Das ist in Österreich nicht der Fall. Es gibt keine Gebühren. Es wurden beim Eurofighter auch nie welche verrechnet.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, diese 0,3 Prozent, an die man ursprünglich sozusagen gedacht hätte, wenn Kosten angefallen wären für Gutachtertätigkeit, die hat man dann auch wegfallen lassen können, weil sie ohnehin nie verrechnet wurden. Ich habe das jetzt so zur Kenntnis genommen. Die sind nie in Rechnung gestellt worden.

Friedrich Machinek: Sie wurden nie in Rechnung gestellt und ... Entschuldigung?

Es wurde nie ein Gutachter für Exportgeschäfte bestellt. Das ist richtig. Aber die Berechnungen, auch das sind ja Gegengeschäfte für Bildungsinvestitionen, beziehungsweise für Technologietransfer, die von Dr. Helmenstein durchgeführt wurden, gibt es Gutachterkosten, und die hat das BMWA bezahlt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke, keine weiteren Fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: So danke auch. Gibt es sonst noch weitere Fragen? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Befragung geschlossen. Danke für Kommen und Auskünfte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden sofort mit der nächsten Befragung fortsetzen.

Wir kommen zur Anhörung von Herrn Zagorz als Auskunftsperson. Danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288, Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten. Wir kommen zu den Personalien. Bitte ins Mikrofon zu sprechen. Ihr vollständiger Name lautet?

Gottfried Zagorz: Gottfried Zagorz.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Geburtsdatum?

Gottfried Zagorz: 17. 08. 1955.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Anschrift?

Gottfried Zagorz: 8790 Eisenerz.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Ihr Beruf?

Gottfried Zagorz: Geschäftsführer der BTE GmbH.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Gottfried Zagorz: Bitte?

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum, das heißt ab 2001 allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Gottfried Zagorz: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe für Sie schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich, dann besprechen wir die weitere Vorgangsweise. Ich gehe davon aus, dass wir nicht in diese Situation kommen werden. Sie haben nach der Verfahrensordnung vor Eingang in die Befragung, das Recht auf eine persönliche Erklärung zum Beweisthema. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Gottfried Zagorz: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, weil dann beginnen wir gleich mit der Befragung. Es beginnt, ich nehme an, die Kollegin Fekter. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Zagorz! Sie haben ja sozusagen eine Gegengeschäftserklärung abgegeben und dann über von Ihnen zusammengestellte Unterlagen auch ein Projekt eingereicht, dieses ist aber dann nicht anerkannt worden. Warum eigentlich nicht?

Gottfried Zagorz: An und für sich handelt es sich um einen Formalfehler beziehungsweise einen Rechenfehler oder Schreibfehler besser, und zwar ist der Vergleich gegenüber der Vorjahre nicht richtig gewesen, es wurde eingetragen, ich glaube, an die 450000 €, in Wahrheit sind es 4,9 Millionen € gewesen. Die Begründung aus dem Antwortschreiben war, dass der Vergleichszeitraum wesentlich höher war.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Können Sie uns das Projekt ein bisschen erklären, um was es da gegangen ist?

Gottfried Zagorz: Das ist kein Projekt, das sind laufende Geschäfte mit der Firmengruppe Liebherr Europa, die sich eben in diesem Zeitraum dementsprechend vermehrt haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das war ein bereits laufendes Geschäft, das an und für sich abgewickelt worden ist, also wo die Geschäftsbeziehungen schon bestanden haben. Liebherr Europa, welche Sparte bei Liebherr? Sie wissen ja, die erzeugen ja Kräne, Baumaschinen, Kühlschränke, Netzwerke, etc.?

Gottfried Zagorz: Entschuldigung, bis auf Kühlschränke jede Sparte, alles was sich mit Stahlbau befasst.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, für die Gesamtproduktpalette, die dieser Konzern anbietet außer die Kühlschränke.

Gottfried Zagorz: Europaweit, was ich weiß, ja. Also wir beliefern Frankreich, Deutschland, Schweiz, Österreich, mehr Standorte, glaube ich, haben sie nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und durch diese Gegengeschäfts-, sage ich jetzt einmal, Idee, glauben Sie, dass plötzlich dann mehr Umsatz war oder wie war das?

Gottfried Zagorz: Sagen wir so: Ob ich glaube oder nicht, ist nicht maßgebend. Behaupten kann das eigentlich immer nur der Auftraggeber. Es kann niemand, nicht einmal der Ausschuss da kann das behaupten, dass aufgrund von Gegen-, also von der, des Eurofighter-Abschlusses mehr Geschäfte oder weniger Geschäfte gemacht worden sind, behaupten kann das immer nur der Auftraggeber, wir können annehmen, dass dem so ist, aber behaupten ist keiner im Raum befähigt, das zu tun.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist bei der Geschäftsanbahnung Liebherr, die ja eigentlich schon existent war, also da kommt nicht, Liebherr ist kein Vertragspartner, sondern ist ein Zulieferer, da hätte es sozusagen einer Vermittlung bedurft, das war nicht notwendig, weil Sie ja schon Geschäfte hatten, und da müsste man sozusagen die Zusätzlichkeit des Geschäftsumfanges nachweisen können und das ist Ihnen nicht gelungen.

Gottfried Zagorz: Wie gesagt, durch einen Rechenfehler, vielmehr Schreibfehler, weil die unrichtige Zahl eingetragen wurde, in Wahrheit haben wir in diesem bewussten Zeitraum doch eine Steigerung gehabt, ich glaube, von knapp etwas über einer Million € und wenn ein Unternehmen in unserer Größenordnung, damals an die 50 bis 55 Beschäftigte, ist das ein hoher Anteil.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Sie sind irgendwie ein bisschen eher verärgert darüber, dass man gerade ihr Geschäft nicht anerkannt hat?

Gottfried Zagorz: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie selbst haben sich irgendwie gedacht, dass Sie genau in die Vertragsgrundlagen und -elemente hineinpassen würden, also Technologie, der Zeitraum, also die zeitliche Entsprechung, Zulieferer oder Partner des sozusagen Konsortiums, in diesem Fall eine Zulieferfirma, und dann ging es eben um die Zusätzlichkeit und Sie sagen, das hätten Sie erbracht...

Gottfried Zagorz: Na, sagen wir so, Entschuldigung, die Antwort ist mir jetzt zu lange, wir haben mehr erbracht oder wir haben mehr Aufträge bekommen, ich sage noch einmal: Bedeuten tut das eigentlich, dass der Auftraggeber uns diese Aufträge zugebracht hat, aus welchen Gründen auch immer ist eigentlich mir nicht bekannt. Wir

könnten der beste Lieferant gewesen sein, wir könnten der billigste gewesen sein, wir könnten etwas anderes gewesen sein, die Hintergründe, wie der Auftraggeber dazu kommt, dass er uns diese Aufträge erteilt, sind mir nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wer, glauben Sie, hat irgendwie Schuld daran, dass Ihr Geschäft nicht anerkannt worden ist?

Gottfried Zagorz: Ich selbst, nachdem ich das Schreiben oder das Antragsformular zu wenig kontrolliert habe und diesen Schreibfehler nicht bemerkt habe, obwohl ich dazu sagen muss, die Handhabung dieser Prüfungskommission, die ja verpflichtet ist, die Aussagen, die dort oben stehen, auf ihre Richtigkeit zu überprüfen, sind in beiden Fällen anzuwenden, auch wenn eine in diesem Fall zu niedrige Aussage getätigt wird, wäre es an der Prüfungskommission gelegen, dies richtigzustellen, weil der Anhang dazu wird gefordert, und wenn ich eine zu hohe reingeschrieben hätte, wäre sicherlich eine Korrektur erfolgt, jetzt ist es zu niedrig reingeschrieben worden, es ist aber keine Korrektur erfolgt. Ich finde, das ist schon einmal nicht richtig.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat man bei Ihnen nachgefragt und nachgurgelt in Hinblick, es ging ja damals um einen Hallenbau, oder nicht, wenn ich mich richtig erinnere?

Gottfried Zagorz: Ja, um einen Zubau zur bestehenden Halle, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Zubau zur bestehenden Halle, also eine reine Bauinvestition, hat da nicht der Technologietransfer auch gefehlt?

Gottfried Zagorz: Ich verstehe den Sinn Ihrer Frage nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Eurofighter Gegengeschäftsvertrag sind mehrere Elemente erforderlich. Einmal zeitlich muss es passen, nämlich es muss nach der Typenentscheidung gewesen sein, dann muss es anrechenbar sein, das heißt, für die Geschäftspartner von Eurofighter und die Zulieferer, dann muss ein Technologietransfer stattfinden, dann muss eine österreichische Wertschöpfung, das ist bei einem Bau der Fall, und dann muss es zusätzlich in Ihrem konkreten Fall sein, und diese Elemente müssen, alle gemeinsam, vorkommen, also kumulativ, und bei einer reinen Bauinvestition, okay, da kann man sagen, die Bauinvestition war, hat dann, war unmittelbar, aber mittelbar dadurch, dass man für Liebherr fertigt, okay. Das ist nicht kritisiert worden?

Gottfried Zagorz: Nein, in keiner Weise.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, eigentlich, Sie sagen, nur aufgrund der Zusätzlichkeit, die man nicht anerkannt hat?

Gottfried Zagorz: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Okay.

Bezüglich der Unterlagen: Neben dem Formular haben Sie da auch noch weitere Unterlagen an das Ministerium übermittelt, also Projektbeschreibung, etc.?

Gottfried Zagorz: Im Prinzip eigentlich nur nackte Umsatzzahlen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also, um...

Gottfried Zagorz: Ich muss dazu sagen, da ist an unser Unternehmen ist ein Vordruck der Liebherr Aerospace ergangen mit dem Ersuchen, diesen Vordruck auszufüllen, das sind im Prinzip diese Aussagen über den Umsatz der Vergangenheit und den Umsatz im Vergleichszeitraum, das habe ich gemacht und habe das dann eingesandt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und auch die Mitarbeiter, und ob Sie zusätzliche Mitarbeiter dann beschäftigen, hätte auch drin sein müssen, oder nicht?

Gottfried Zagorz: Das, muss ich sagen, entzieht sich meiner Kenntnis, ... im Kopf ..., aber ich habe es sogar da, wir könnten nachschauen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke sehr.

Gottfried Zagorz: Bitte.

Obmann Dr. Peter Pilz: So. Danke auch.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Fürs Protokoll, Abgeordneter Füller. Herr Zagorz! Hatten Sie in Bezug beziehungsweise im Zuge des Beginns von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen über Gegengeschäfte Kontakt mit Mitgliedern auch in der Steiermark zur Landesregierung, beziehungsweise, wenn ja, mit wem und wie oft?

Gottfried Zagorz: Nein, in keiner Weise.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Hatten Sie da auch Kontakt, Gespräche mit Vertretern der Steirischen Wirtschaftskammer?

Gottfried Zagorz: Direkt, nein, direkt nicht, also ich meine, ich, wie soll ich sagen, ich bin oft bei der Wirtschaftskammer, es gibt da sicher Gespräche über die Möglichkeiten und so weiter, aber direkt, was die Firma Liebherr, also meinen Partner, betrifft, sicher nicht.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Frau Keglevich hat im Zuge der Befragung am Vormittag von sogenannten Road Shows gesprochen, die jeweils in den Bundesländerwirtschaftskammern ausgerichtet wurden. Waren Sie da auch bei einer dieser Veranstaltungen?

Gottfried Zagorz: Nein, glaube ich nicht.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Auf Ihrer Homepage wird unter den Referenzen mehrmals die Firma Liebherr genannt, also mehrere Standorte in Österreich...

Gottfried Zagorz: Ja.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): ... und darüber hinaus. Wie lange ist die Firma Liebherr bereits ein Firmenpartner von Ihnen?

Gottfried Zagorz: Unser Unternehmen ist heuer zehn Jahre alt geworden und seit dem ersten Tag an ist die Firmengruppe Liebherr unser Partner.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Wäre diese Geschäftsbeziehung zur Firma Liebherr auch ohne die Typenentscheidung für den Eurofighter in irgendeiner Art und Weise aus Ihrer Sicht gefährdet gewesen?

Gottfried Zagorz: Das kann ich wiederum nicht beantworten, weil die Entscheidung, wie ich gesagt habe, obliegt nicht mir oder... das hat mein Auftraggeber entschieden, und aus welchen Gründen dieser das entschieden hat, das kann ich nicht behaupten, also, muss ich sagen, kann ich nicht beantworten. Es kann so oder auch so sein.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): In der Gegengeschäftsbestätigung der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH wurde ein Betrag in der Höhe von 1 051 Millionen für Ihre Firma und die Firma Liebherr ausgewiesen. Mit wem haben Sie da Kontakt gehabt? Haben Sie jemanden getroffen von der Firma Eurofighter, oder lief dies ganz normal mittels der modernen Kommunikationsmittel via E-Mail oder Fax einfach ab, dass man Ihnen diese zum Gegenfertigen geschickt hat?

Gottfried Zagorz: Ja, das war in Durchschrift da, das ist schriftlich an mich ergangen, vorgedruckt von der Firma Liebherr. Ich habe den Zeitraum und das Volumen dazu eingesetzt und das war es.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Ich würde gerne aus Ihrer Sicht die Gründe erfahren, warum diese Geschäfte letztendlich nicht angerechnet wurden. Ich bin mir nicht sicher, es kann sein, dass er einen Teil schon beantwortet hat, aber ich habe nicht alles verstanden.

Gottfried Zagorz: Entschuldigung, ich habe Sie nicht ganz verstanden.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Aus Ihrer Sicht, gibt es da Begründungen, warum das Bundeswirtschaftsministerium dieses Gegengeschäft in dieser Höhe nicht angerechnet hat?

Gottfried Zagorz: Wie gesagt, es gibt da mehr oder minder einen Schreibfehler. Da wurde im Vergleichszeitraum sogar um eine ganze Kommastelle verschoben, das heißt, der Vergleich gegenüber den vorangegangenen Jahren ist wesentlich niedriger, und aus diesem Grunde, so lautet die Begründung, ist es abgelehnt worden.

Ich habe schon gesagt, die Kommission war auch dazu aufgerufen auch solche Fälle zu korrigieren, weil ich bin mir sicher, andere Angaben, die in der Höhe, im Gegenteil nach oben zu hoch waren haben sie sicher korrigiert.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Sie haben in den Medien behauptet, genauso wie Unternehmen wie Frequentis oder der Verpackungshersteller R, bisher vom Eurofighter-Ankauf nichts gespürt zu haben beziehungsweise dass Klein- und Mittelbetriebe nichts davon haben würden. Stehen Sie nach wie vor zu dieser Aussage?

Gottfried Zagorz: Meine persönliche Meinung, ja.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Würden Sie dem Ausschuss eine Einschätzung geben, warum Sie dieser Meinung sind?

Gottfried Zagorz: Wie gesagt, meine persönliche Meinung. Wer sich in der Wirtschaft auskennt, der weiß wie das Spiel läuft. Es ist kein Spiel, man bietet an, man versucht den bestmöglichen Preis, die bestmöglichen Konditionen und im Normalfall erhält den Zuschlag zu einem Auftrag auch immer der Bestbieter auf allen Gebieten, nicht nur der Preis, auch andere Konditionen, Lieferzeiten, Qualität, bewiesene Qualität, versprochene Qualität, viele verschiedene Kriterien.

Ich muss aber dazu sagen, das betone ich, Einflüsse, die diese Argumente vielleicht aufheben oder auf die Seite schieben und dann ein anderer zum Zuge kommt, sind jederzeit möglich. Das kann ich, das habe ich schon ein paar Mal betont, nicht beurteilen. Das muss und kann eigentlich immer nur der Auftraggeber sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben dankenswerter Weise schon einen erhellenden Einblick gegeben über das Geschäftsleben. Ich stelle mir das auch eher so vor, aber die konkrete Frage dazu. Sie sagen, dass Sie aus Ihrer Perspektive gar nicht beurteilen können, ob in Ihrem Fall Liebherr, der den so genannten Gegengeschäftsverpflichteten Zurechenbare, ob der Ihnen jetzt deshalb den Auftrag gegeben hat weil Eurofighter gekauft wurden oder nicht. Habe ich Sie da richtig verstanden, dass Sie das nicht ohne weiteres beurteilen können?

Gottfried Zagorz: Richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt ist aber seltsamer Weise das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gerade in den letzten Tagen wieder relativ aggressiv in den Medien vernehmbar, dass jene, die auf diesen Gegengeschäftsbestätigungen unterschreiben, gar noch strafrechtlich verfolgt werden würden, wenn die Angaben nicht stimmen.

Jetzt liegt den Akten bei, in Wahrheit liegen zwei Gegengeschäftsbestätigungsformulare bei, die jedenfalls, die Unterschrift kann ich nicht zuordnen, aber die Stempel Ihrer Firma Blechtechnik Eisenerz GmbH tragen. Was haben Sie geglaubt damals, dass Sie oder Ihre Firma mit diesem Stempel und Unterschrift eigentlich bestätigen?

Gottfried Zagorz: Schauen Sie, wenn mein Auftraggeber, in dem Fall ist es die Vertretung meines Auftraggebers, an mich herantritt und ersucht, diese Umsätze, die ja Wahrheit sind zu bestätigen, dann gehe ich davon aus, dass der Auftraggeber, und wie gesagt nur der kann es beurteilen, das auch bewusst macht. Wenn jemand strafrechtlich verfolgt werden sollte, dass er das unterschreibt, okay, ich bin bereit dafür einzustehen, nur muss man unseren Rechtsstaat ein bisschen anschauen, weil aus dem guten Glauben heraus, dass mein Auftraggeber auch aus gewissen Gründen diesen Antrag an mich gibt zum weiterleiten, geht für mich eigentlich hervor, dass da schon ein Hintergrund auch war. Für das Lustigsein machen wir das alle zusammen nicht und das hat für mich eine große Bedeutung, weil es auch noch dazu mittlerweile mein mehr als 65-prozentiger Hauptauftraggeber ist, und den stellt man nicht in Zweifel, so etwas legt man nicht auf die Seite und sagt okay, das ist etwas Anderes. Nachdem ich immer wieder betone, das kann nur der Auftraggeber selbst beurteilen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und vom konkreten Vorgang ist die Firma Liebherr an Sie herangetreten, um dieses Formular zu bestätigen? Die Initiative ist von Liebherr ausgegangen?

Gottfried Zagorz: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt werden Sie indirekt wiedergegeben in einer Fernsehsendung, vielleicht ist Ihnen das in Erinnerung, vom 25.8.2004, Sendung Zeit im Bild 2. Da heißt es im Text, der hier vom Fernsehsprecher wiedergegeben wird, ich möchte Ihnen das kurz vorlesen: „Das Geschäftsleben kann hart sein, das weiß Gottfried Zagorz, Chef einer Stahlbaufirma im steirischen Eisenerz. Deshalb habe er auch nicht nein sagen können, als ihn sein größter Geschäftspartner um eine Unterschrift für eine Bestätigung eines Eurofighter-Geschäftes gebeten habe. Von einer neuen Fertigungshalle und zusätzlichen Mitarbeitern ist darin auf Grund der neuen Aufträge zu lesen. Heute ist davon allerdings nicht mehr die Rede“.

Den ersten Teil haben wir schon besprochen, Liebherr tritt an Sie heran. Aber wie war dieses Herantreten genauer? Ist das tatsächlich von einer Auftragsausweitung die Rede gewesen, so dass man von einer neuen Fertigungshalle in Ihrem Betrieb offensichtlich ausgehen musste oder durfte?

Gottfried Zagorz: Ich darf die Frage vielleicht ein bisschen genauer erklären beziehungsweise beantworten oder mit einer Gegenfrage antworten. Haben Sie diese Sendung gesehen? a) in Zeit im Bild wo sie gelaufen ist, oder haben Sie die ganze dreiviertel Stunde Aufnahme gesehen? Das hat eine dreiviertel Stunde gedauert, die Aufnahme. Da darf ich Ihnen schon sagen, Sie als Kommunalpolitiker oder Politiker wissen es selbst, was da los ist. Es wird zusammengeschnitten bis man das zusammen hat, was da drinnen vorkommt, das ist einmal der Punkt a).

Hätte ich damals die Gelegenheit gehabt, dass ich die Moderatorin erwischte hätte, ich hätte sie wahrscheinlich am nächsten Dings irgendwo hinauf gehängt. Das sage ich

ganz offen, da sind nämlich Sachen zusammengeschnitten worden, wie sie es gebraucht hat. Sind Sie mir nicht böse, das ist keine Art. Das ist einmal die erste Beantwortung.

Zum weiteren, ich sage Ihnen nur noch eines dazu, mittlerweile haben wir gegenüber dem damaligen Zeitraum um 30 oder 25 Mitarbeiter mehr. Mittlerweile habe ich eine zweite Fertigungshalle in der Größenordnung von 2 000 Quadratmeter. Mittlerweile haben wir mit der Firmengruppe Liebherr um mehr als zwei Millionen € pro Jahr mehr. Da brauchen wir nicht darüber nachdenken, ob das einen Sinn ergeben hat oder nicht. Woran es liegt, sage ich immer, ist jedem Einzelnen überlassen, befähigt und berechtigt zu einer Beurteilung ist immer nur der Auftraggeber.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, da sind wir ja wieder beim entscheidenden Punkt angelangt, ich glaube der entscheidende Hinweis ist, dass das nur aus Sicht der Auskunftsperson der Auftraggeber beurteilen kann. und in diesem Lichte er seine Unterschrift darunter gesetzt hat. Das ist wohl jetzt herausgekommen. Und was den Rechenfehler betrifft, das ist noch meine letzte Frage, können Sie den genau erläutern? Wir haben jetzt mittlerweile auch schon nachgerechnet, grundsätzlich hätte das an der Entscheidung des Bundesministeriums nichts geändert, unserer Nachrechnung nach, weil die haben, wie gesagt, zurecht nicht anerkannt in diesem Fall. Darüber wurden Sie aus einem anderen Grund befragt.

Können Sie das noch einmal erläutern trotzdem, worin Sie glauben, dass der Rechenfehler liegt?

Gottfried Zagorz: Ich habe sogar mit, das Schreiben, das wir ausgefüllt haben. Auch den Anhang, und da hat sich die ausführende Dame um eine Kommastelle vertan. Sie hat hineingeschrieben erst von Hand aus und dann mit der Maschine, das kann man nachvollziehen, für den Zeitraum 22.8.2002 bis 22.8.2003, 497 465 €. In dem beiliegenden Anhang der Umsatzzahlen für den betreffenden Zeitraum sind es exakt 4 997 654,28, das ist der Fehler gewesen. Es ist so viel was man unterschreibt am Tag, dass man über das drüber fällt. Gut, das sind knapp 4,5 Millionen Unterschied, aber das ist passiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist nur aufgeklärt für das Protokoll. Das war es auch schon.

Gottfried Zagorz: Danke!

Obmann Dr. Peter Pilz: So, danke auch. Gibt es noch weitere Fragewünsche? Das ist nicht der Fall. Dann danke ich für Ihr Kommen und die Auskünfte. Ihre Befragung ist geschlossen.

Gottfried Zagorz: Danke!

Obmann Dr. Peter Pilz: So, bitte gleich Herrn Eichtinger in den Saal zu bitten. Plus Lichtbilder, was auch immer.

Dr. Martin Eichtinger: Eichtinger, Grüß Gott!

Obmann Dr. Peter Pilz: So, begrüße Herrn Dr. Martin Eichtinger. Danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Absatz drei des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Wir kommen zu den Personalien. Ihr vollständiger Name lautet?

Dr. Martin Eichtinger: Dr. Martin Eichtinger.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Geburtsdatum?

Dr. Martin Eichtinger: 5. April 1961

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Anschrift?

Dr. Martin Eichtinger: 1120 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Ihr Beruf?

Dr. Martin Eichtinger: Beamter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bediensteter?

Dr. Martin Eichtinger: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe für Sie schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich zur Besprechung der weiteren Vorgangsweise. Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen?

Dr. Martin Eichtinger: Ja, bitte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann bitte ich um diese Erklärung.

Dr. Martin Eichtinger: Ich möchte nicht zum Inhalt der Befragung Stellung nehmen, ich möchte nur festhalten, dass ich vom 1. Jänner 2003 bis 15.1.2007 Kabinettschef des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit war, und ich ab Frühjahr 2003 im Kabinett mit den Gegengeschäftsagenden befasst war. Und ich möchte weiters auf eine Bestimmung des Gegengeschäftsvertrages hinweisen, das ist der Punkt neun, drei, eins aus dem Gegengeschäftsvertrag, der dem Ausschuss ja vorliegt und der eine Vertraulichkeitsbestimmung enthält und bitte diese Bestimmung entsprechend zu berücksichtigen. Dankeschön.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ja gut so, wenn, das interessiert uns nicht ob das Zufall ist, sondern wir werden, wie üblich in großer Vollkommenheit die Vertraulichkeit in diesem Ausschuss sichern und respektieren und Sie wissen ja wie es mit der Amtsverschwiegenheit gegenüber diesem Ausschuss steht und auch mit den Bestimmungen in dieser Vertraulichkeitsverpflichtung im Gegengeschäftsvertrag, im Bezug auf öffentliches Interesse beziehungsweise im Bezug auf

Untersuchungsausschüsse, das ist Ihnen hinlänglich bekannt. Wer von der SPÖ möchte als erster Fragesteller hier Fragen stellen? Ja, Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Dr. Eichinger, Grüß Gott! Einmal vorweg, ich darf Ihnen ein paar kurze Fragen, allgemeine Fragen zu Beginn stellen, nämlich zum Anrechnungsvorgang der Gegengeschäfte an sich, hat es bei dem Anrechnungsvorgang Anlaufschwierigkeiten gegeben?

Dr. Martin Eichinger: Die erste Prüfung von Anrechnungen ist nach eineinhalb Jahren, nach der Vorlage des ersten Gegengeschäftsberichts erfolgt und ist dann entsprechend durchgeführt worden. Ich weiß nicht auf was Ihre Frage

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Nein, der Rechnungshof hat ja durchaus das Anrechnungsverfahren zu Beginn kritisiert.

Dr. Martin Eichinger: Also es wurde für das Anrechnungsverfahren wurde die, ein bereits bestehender Beirat in einer Plattform etabliert, der die Gegengeschäfte begutachtet hat und Empfehlungen dazu abgegeben hat und das ist von Beginn, von Beginn an der Fall gewesen. Es ist natürlich so, dass im Laufe der Vorlage von Projekten auch Projekte vorgelegt wurden, die schwieriger zu bewerten waren und wo man im Zuge des Anrechnungsprozesses sich dann bewusst geworden ist, dass es hier in Beispiel Investitionsprojekte, dass man hier andere, also sich stärker mit den Projekten beschäftigen muss um hier entsprechende Anrechnungskriterien zu finden.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Hat sich das mittlerweile verbessert, sind da bessere Anrechnungskriterien gefunden worden?

Dr. Martin Eichinger: Nein, ich habe nicht mittlerweile verbessert, sondern es sind Projekte eingereicht worden, die dann, die es dann notwendig gemacht haben sich mit den spezifischen Projekten zu beschäftigen. Das würde ich jetzt nicht als eine Bezeichnung, eine Verbesserung gegenüber den ersten Anrechnungen bezeichnen sondern einfach eine Notwendigkeit einer weitergehenden Beschäftigung mit diffizileren Projekten.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben auch gerade diese Plattform angesprochen. Hat sich die Einrichtung dieser Plattform bewährt?

Dr. Martin Eichinger: Ja, ich glaube die hat sich sehr bewährt. Es ist in dieser Plattform sehr, sehr viel Expertise in dem Bereich vertreten. Es ist Ihnen bekannt, wer in der Plattform repräsentiert ist, das sind Wirtschaftsforschungsinstitute, das sind Ministerien, das sind Interessensvertretungen, das ist wissenschaftliche Unterstützung seitens der Wirtschaftsuniversität, das ist die Austrian Business Agency, also es gibt in dieser Plattform eine große Anzahl an ausgezeichneten Experten, die hier diese, ihre Empfehlungen zu den einzelnen Anrechnungsprojekten geben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Kann man nicht sagen, dass auf Grund dieser doch gegebenen Breite dieser Plattform, nämlich dieser ganzen Organisationen, die darin vertreten sind, das diese Plattform relativ unflexibel ist, in dem Arbeitsvorgang?

Dr. Martin Eichinger: Nein, nein glaube ich ganz und gar nicht. Es gibt eine sehr intensive Beschäftigung mit Projekten vor allem Projekte komplexerer Natur und es gibt ja hier eine Prüffrist, die das Ministerium hat von 120 Tagen und Projekte die eingehen in die Debatte und vor allem auch Rückfragen mit dem Gegengeschäftspartner erfordern, die werden eben dementsprechend intensiver dort diskutiert. Aber ich glaube das ist ein sehr flexibles Instrument.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke vielmals!

Dr. Martin Eichtinger: Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Danke! Ich bin als Nächster zu Wort gemeldet. Herr Doktor, zunächst einmal eine Frage, wer hat Ihnen diese ganzen Speaking Notes aufgesetzt im Wirtschaftsministerium, weil es kommen alle Vertreter des Wirtschaftsministerium mit exakt der gleicher Erklärung daher?

Dr. Martin Eichtinger: Ich habe keine Speaking Notes. Ich habe einen, es gibt einen Hinweis unseres Anwalts, der uns auch in den Gegengeschäftsvertragsverhandlungen begleitet hat, der uns darauf hingewiesen hat, dass es bei diesem Punkt im Gegengeschäftsvertrag eine Bestimmung gibt, die eine Information über den Gegengeschäftsvertrag nur zulässt im Falle eines vertraulichen Ausschusses und im Falle des nationalen Sicherheitsrates und er hat uns auf diese Problemstellung aufmerksam gemacht und uns diesbezüglich auch empfohlen dieses Thema hier auf den Tisch zu hier.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, schon aber schauen Sie, Sie kennen ja die Verfahrensordnung, haben sicher einmal hineingeschaut?

Dr. Martin Eichtinger: Natürlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und Sie wissen auch was bisher hier im Ausschuss stattgefunden hat, Sie haben Manches wahrscheinlich davon nachgelesen, es ist nur nicht verständlich wieso hochrangige Beamte oder höchstrangige Beamte eines Ministerium da hereinkommen und eine Erklärung verlesen, im Wissen, dass diese durch eine derartige vertragliche Vereinbarung, öffentliches Recht nicht gehandelt werden kann.

Dr. Martin Eichtinger: Es besteht allerdings, also ich habe jetzt nicht vor mich deshalb hier vor dem Ausschuss meiner Aussage zu

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das würde auch nichts nutzen, das sage ich Ihnen gleich.

Dr. Martin Eichtinger: Nein, natürlich aber es ist so, dass die Republik Österreich hier ein vertragliches, eine Vertragsverpflichtung eingegangen ist, in dem Fall mit der Eurofighter GmbH, Jagdflugzeug GmbH und dass es diese, dass ich auf diese vertragliche Verpflichtung hinweise, weil es natürlich möglicherweise auch Konsequenzen für die

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat diese Klausel verlangt?

Dr. Martin Eichtinger: Das weiß ich nicht. Ich war bei den Gegengeschäftsvertragsverhandlungen nur bei den letzten, allerletzten zwei Sitzungen dabei, das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, bevor ich in die Gegengeschäftsgeschichten einsteige würde ich Sie gerne fragen, ist Ihnen die Initiative sicherer Luftraum ein Begriff?

Dr. Martin Eichtinger: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Ihnen der Herr Silvan Fügenschuh bekannt?

Dr. Martin Eichtinger: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der soll aber sehr gute Kontakte zu Ihrem Minister haben. Haben Sie diesbezüglich eine Wahrnehmung gehabt?

Dr. Martin Eichtinger: Nein!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir auf die Gegengeschäfte ein. Die EBD ist Ihnen ein Begriff?

Dr. Martin Eichtinger: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, wer die wahren Gesellschafter der Euro Business Development GmbH ist?

Dr. Martin Eichtinger: Nein. Das ist ein Büro, das die Gegengeschäfte für ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, mit der Frau Keglevich zusammen. Die ist Ihnen ein Begriff?

Dr. Martin Eichtinger: Ja, die Frau Keglevich kenne ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das Wirtschaftsministerium hat sich nie darum gekümmert, wer hinter der EBD wirklich steht?

Dr. Martin Eichtinger: Ich kann nicht sagen, ob das Wirtschaftsministerium. Ich weiß, wem das EBD-Büro gehört. Wir haben es zugerechnet, selbstverständlich, weil es uns vorgestellt wurde, als das Büro, das sich beschäftigt im Auftrage des Konzerns EADS mit der Abwicklung der Gegengeschäfte; hier Betreuung von Gegengeschäftsprojekten durchführt und hier Road Shows in Österreich macht; Unternehmen berät, damit sie hier bei Gegengeschäften zum Zug kommen können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und ein Wirtschaftsministerium steigt da nicht ins Firmenbuch ein und schaut da einmal nach, wer die Gesellschafter sind?

Dr. Martin Eichtinger: Es ist durchaus möglich, dass die Beamten des Ministeriums das gemacht haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer müsste das machen?

Dr. Martin Eichtinger: Die zuständige Abteilung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der war heute schon da und hat gesagt, nein, das hat er nie gemacht.

Dr. Martin Eichtinger: Okay. Das kann ich nicht sagen. Aber es hat natürlich hier auch eine Personenidentität gegeben, denn Dr. Bergner, der dieses Büro leitet, war ja auch in die Verhandlungen über den Gegengeschäftsvertrag involviert. Daher ist irgendwie die Rückfrage wahrscheinlich?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dr. Bergner ist dort Geschäftsführer! Wenn ich Ihnen sage, dass die Gesellschafter, die tatsächlich an Euro Business Development, EBD, beteiligt sind, in Wahrheit nicht die Aldag, Wirtschaftstreuhandgesellschaft ist, die lediglich treuhändisch die tatsächlichen Gesellschaftsanteile verwaltet, sondern in Wahrheit Herr Dr. Schön junior, einer der größten Waffenhändler Österreichs ist. Der Junior ist in sein Geschäft eingestiegen. Aber ich brauche Ihre Assistenz nicht, Frau Kollegin Fekter. Und der Zweite ist die BP Consulting GmbH des Herrn Plattner. Ist Ihnen das neu?

Dr. Martin Eichtinger: Das ist mir neu.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei einem so sensiblen Bereich wie diesen Gegengeschäften und überhaupt diesem ganzen Beschaffungsvorgang sich nicht um die Geschäftspartner und um die Hintergründe der Geschäftspartner zu kümmern, ist bei einem Wirtschaftsministerium ein bisschen eigenartig. Würden Sie meine Einschätzung nicht auch teilen?

Dr. Martin Eichtinger: Insofern nicht, weil wir sind als Wirtschaftsministerium Prüfbehörde der Gegengeschäfte. Wir sind nicht die Behörde, die jetzt

Gegengeschäfte produziert oder die die Gegengeschäfte vergibt. So gesehen, wenn es seitens des Vertragspartners der Republik Österreich ein Büro gibt, das Gegengeschäfte fördert, so sind wir als Prüfbehörde ja nur die, die am Ende dann das Geschäft als solches beurteilen. Wir beurteilen ja nicht die Tätigkeit der EBD, die insgesamt für das Ziel des Unterfangens, nämlich die 4 Milliarden € Gegengeschäfte zu erreichen, positiv ist, das ist keine Frage. Aber die EBD ist kein Geschäftspartner ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber man ist ja leicht kompromittierbar, wenn man nicht überprüft, mit wem man es zu tun hat. Dass das nicht eine einmalige oder zweimalige Geschäftsbeziehung ist, liegt ja auf der Hand. Sondern, bis diese ganzen Gegengeschäfte abgewickelt sind, ist das praktisch eine Dauerkontaktnahme. Und da würde ich gerne wissen wollen, mit wem ich es zu tun habe.

Dr. Martin Eichtinger: Aber es ist die EBD kein vertraglicher Partner des BMWA. Die EBD ist ein Hilfsinstrument für die Eurofighter GesmbH, für EADS, die Gegengeschäfte abzuwickeln, und wir sind die Prüfbehörde. Das heißt, es macht Sinn, wenn jemand da ist, der Gegengeschäfte befördert, unterstützt. Das ist auch für die Republik Österreich sehr positiv, vor allem, weil sie sich sehr um Klein- und Mittelbetriebe kümmern; sehr um jene Firmen, wo wir das größte Interesse haben, dass sie von diesen Gegengeschäften profitieren. Aber noch einmal: Wir sind am Ende des Prozesses dann die Prüfbehörde. Wir sind nicht diejenigen, die von Beginn weg dafür verantwortlich sind, die Gegengeschäfte zu bringen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, ich halte Ihnen vor, dass der Vertragspartner laut Vertrag die Firma Eurofighter GmbH ist. Die Firma Eurofighter GmbH hat sozusagen ihre vertraglichen Befugnisse mehr oder weniger an EADS delegiert, und EADS hat für diese Tätigkeit die EBD gegründet. Das haben wir aus einem Schriftverkehr sehr eindeutig herausgekitzelt. Das heißt also, da ist schon quasi der Vertreter Ihres Vertragspartners, die Firma EBD. Und hinter der Firma EBD steckt Herr Dr. Schön und steckt Herr Plattner. Und Herr Plattner ist der Lehrling und Gehilfe des Herrn Steininger gewesen – das hat Herr Steininger hier im Ausschuss ausgesagt. So leicht kann man sich kompromittieren, wenn man nicht schaut, mit wem man es zu tun hat.

Dr. Martin Eichtinger: Ich kann nur noch einmal dazusagen: Für uns ist die Substanz des jeweiligen Gegengeschäftes das Entscheidende. Wir sind nicht diejenigen, die in den Generierungsprozess der Gegengeschäfte involviert sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Aber wir halten fest: Sie haben das nicht überprüft, und Ihnen ist dieser Vorhalt neu gewesen. – Ist das so?

Dr. Martin Eichtinger: Ich kenne die von Ihnen genannten Personen nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie erinnern sich an die Kritik des Prof. Krammer, der sich zurückgezogen hat aus der Plattform. Haben Sie noch eine Erinnerung daran, was er gesagt hat als Begründung?

Dr. Martin Eichtinger: Ich bin kein Mitglied der Plattform.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, aber im Ministerium muss das doch ein bisschen ein Echo erzeugt haben.

Dr. Martin Eichtinger: Ich weiß, dass es einen diesbezüglichen Brief gegeben hat, aber ich habe keine erläuternden Ausführungen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Ihnen sinngemäß vorhalte, dass Herr Dr. Krammer gesagt hat, dass er sich deswegen zurückzieht, weil man in Wahrheit diese ganzen Gegengeschäfte wissenschaftlich gar nicht bewerten kann.

Dr. Martin Eichtinger: Das, glaube ich, widerspricht in gewissem Sinne der Tatsache, dass Prof. Krammer mitgearbeitet hat an dem Bewertungsmodell, das aus der Notwendigkeit, Investitionsprojekte zu beurteilen, entstanden ist von Prof. Helmenstein plus Prof. Krammer plus in dem Fall einer weiteren Gruppe von Experten in einer eigens eingerichteten Kommission entwickelt wurde. Und Prof. Krammer hat an diesem wissenschaftlichen Modell mitgearbeitet und hat es auch in einer gemeinsamen Sitzung auch dem Herrn Bundesminister präsentiert. Also, so gesehen hat Prof. Krammer die wissenschaftliche Basis für die Anrechnung der komplexeren Projekte gelegt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig korrekt. Nun sagt er aber, mit den Angaben, die man hat, kann man auf der Schablone des von ihm ausgearbeiteten Modells wissenschaftlich gar nicht überprüfen, ob die Geschäfte, die eingereicht werden, tatsächlich Gegengeschäfte sind. Das war ja seine Kritik. Den Vorhalt muss ich erweitern: Sie korrespondiert mit einer Aussage, die Herr Mag. Miron Passweg hier im Ausschuss getätigt hat, dass er gesagt hat, am Anfang hat man so gut wie überhaupt keine Informationen bekommen.

Dr. Martin Eichtinger: Mir wurde seitens der Beamten des Ministeriums in meiner Tätigkeit als Kabinettschef immer versichert, dass die Mitglieder der Plattform jedwede Information zur Verfügung gestellt bekommen, die sie benötigen, die sie haben wollen, wo sie nachfragen, was insbesondere bei den komplexeren Themen dann zu seitenlangen Unterlagen und Vorlagen in der Plattform geführt hat. Ich bin kein Mitglied der Plattform. Ich habe nur von den Beamten damals die Zusicherung gehabt, dass hier, sobald bei einem Projekt nachgefragt wird, umfassend informiert wird. Ich kann weiteres dazu nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Mag. Keglevich, hat die in Ihrem Ministerium an Vorbesprechungen teilgenommen, die mit den Gegengeschäften zu tun hatten? Zum Beispiel an vorbereitenden Besprechungen?

Dr. Martin Eichtinger: Es hat Termine gegeben, die stattgefunden haben zum Beispiel mit Dr. Bergner, wo sie Dr. Bergner begleitet hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was waren das für Gespräche mit Dr. Bergner?

Dr. Martin Eichtinger: Ich zitiere ein Beispiel. Wir haben einmal – jetzt weiß ich nicht, ob es Dr. Bergner oder Dipl.-Ing. Moser war –, ich war als Kabinettschef hatte ich mit Dr. Bergner und Dipl.-Ing. Moser zu tun ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine Zwischenfrage: Sie meinen mit Diplomingenieur Moser den Stefan Moser? Weil der ist bei uns nicht als Diplomingenieur geführt.

Dr. Martin Eichtinger: Ich hatte den Eindruck, er ist Diplomingenieur.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er war heute geladen, ist aber wieder einmal nicht erschienen.

Dr. Martin Eichtinger: Dann mag ich mich täuschen, jedenfalls Herr Stefan Moser. Zum Beispiel, ein Termin, an den ich mich erinnere, war exakt die Durchbesprechung oder die Präsentation seitens des Ministeriums des Bewertungsmodells von Prof. Helmenstein. Da hat es einen Termin bei mir gegeben mit den zuständigen Beamten des Ministeriums. Und da war Frau Mag. Keglevich ebenfalls dabei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sonst nicht?

Dr. Martin Eichtinger: Es hat einige Termine dieser Art gegeben über die vier Jahre meiner Tätigkeit wahrscheinlich unter oder um ein halbes Dutzend, nicht mehr, und nicht in den letzten sechs, acht, zehn Monaten, weiß ich nicht. Aber jedenfalls nicht in letzter Zeit.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nächste Wortmeldung Kollege Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Eichtinger! Jetzt hat der Kollege Stadler vorhin releviert, diese Ausstiegsbegründung aus der Plattform des Professor Krammer, damals noch WiFo-Chef, jetzt habe ich mir den Akt herausgeholt, weil mir jetzt Ihre Antwort nicht genau einfallen wollte, ob Sie da nur ganz wenig Erinnerung haben. Sie sind hier im Akt zwar nicht vorne bei den Einsichtsvorschreibungen vermerkt, aber dem Akt selber ist ein Mail beigelegt, mit der exakt gleichen Geschäftszahl, wo Sie eine Frau Teibler Karin informieren mit diesem Mail betreffend diese Geschäftszahl. Info Gegengeschäfte, erinnern Sie sich an den Vorgang vom 20. 4. 2004?

Dr. Martin Eichtinger: Nein, erinnere ich mich nicht. Ich habe aber vorhin gesagt, dass ich den Brief kenne.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja. Sie kennen den Brief. Jetzt nur, der Akt lässt ja auch Einblick darüber geben, dass das eben dem Minister, vielleicht auch dem Kabinett als Ganzes einberichtet wurde, jedenfalls aber dem Minister. Die Frage ist schon noch einmal, ob das nicht zu größeren Diskussionen Anlass gegeben hat, weil der Vorhalt ist kein geringer, wortwörtlich, indirekt sozusagen. Der des Professor Krammer, wenn ich das noch einmal zitieren darf. Der Grund für meine Entscheidung liegt nicht einfach nur sozusagen „Konkurrenz anderer dringender Aufgaben“, wie er sich ausdrückt, sondern darin, dass die Beurteilung konkreter Gegengeschäftsangebote in der praktizierten Form aus Sicht der wissenschaftlichen Wirtschaftsforschung ausgeschlossen erscheint. Jetzt haben Sie gerade die Konfiguration der Plattform auch bewertet, und zwar positiv durch die Besetzung der Plattform. Jetzt sagt aber der Professor Krammer: „Ausgeschlossen erscheint es, dass die konkrete Gegengeschäftsangebotsbeurteilung in der praktizierten Form jetzt mit wissenschaftlichen und Forschungskriterien in Übereinstimmung zu bringen ist.“ Hat das keine Diskussion ausgelöst?

Dr. Martin Eichtinger: Würden Sie mir noch einmal sagen, welches Datum der Brief hat?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Brief, ich kann Ihnen das gerne vorbringen lassen, der Brief selber, da ist einmal ein Eingangsstempel 29. März 2004, Professor Krammer, das ist alles überschrieben, das ist jetzt gar nicht erkennbar. Moment. Ich sehe nur einen Eingangsstempel 29. März. Ah, das ist verdeckt, jetzt haben wir es. 22. März. Ich bringe es Ihnen schon.

Dr. Martin Eichtinger: Herr Abgeordneter! März 2004, es ist, wie ich vorhin gesagt habe, es hat Professor Krammer offensichtlich nach Verfassung dieses Briefes an dieser Bewertungskommission, die das wissenschaftliche Modell erarbeitet hat, von dem ich vorhin gesprochen habe, Professor Helmenstein, mitgewirkt. – Danke vielmals. – Und ich habe darauf hingewiesen, dass dieses wissenschaftliche Modell, soweit mir in Erinnerung ist, wurde Ende 2004 das dann erstmalig auch angewendet, und wurde auch dem Herrn Bundesminister präsentiert. Und so gesehen würde ich meinen, dass dieser Brief möglicherweise dahingehend überholt ist, dass Professor Krammer an einer wissenschaftlichen, vielleicht, ich kann nur mutmaßen, ich bin kein Mitglied der Plattform, und mutmaßen sollte ich eigentlich nicht. Ich will mich auf die Fakten stützen. Daher diesen Brief habe ich gesehen, ja. Faktum ist, dass Professor

Krammer an der Ausarbeitung des wissenschaftlichen Modells mitgewirkt hat. Und Faktum ist, dass das Wirtschaftsforschungsinstitut Mitglied der Plattform ist. Darüber hinaus kann ich dazu nichts weiter sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, wenn Sie sonst keine Wahrnehmungen haben, müssen wir aber dann daraus schließen, dass das im Kabinett nicht breiter erörtert wurde, dieser Umstand. Noch einmal eine Frage zur Plattform. Haben Sie mit dem Minister einmal darüber gesprochen, wie die Arbeit im Ablauf der Plattform sich abspielen soll? Nachdem hier – ich sage Ihnen den Hintergrund der Frage. Wir haben völlig unterschiedliche Rückmeldungen auf Grund der Auskunftspersonenbefragungen, was die Möglichkeiten überhaupt der Plattformarbeit waren. Wir haben mindestens zwei Auskunftspersonen, die sagen, sie hätten relativ wenig Informationen bekommen, jedenfalls Vorabinformationen, und wir haben dann, so wie Sie es selber darstellen, bei den Beamten des Hauses heute den Eindruck gewinnen müssen, dass sehr wohl Informationen verfügbar gewesen wären, zumindest dort. War das ein Thema mit dem Herrn Bundesminister, der ja in dieser ganzen Zeit 2002 aufwärts zumindest in den öffentlichen Stellungnahmen regelmäßig von noch nie dagewesener Transparenzanforderung bei der Abwicklung der Gegengeschäfte gesprochen hat.

Dr. Martin Eichinger: Ich weiß, dass die Arbeit der Plattform massiv im Interesse des Ministers war, dass er wollte, dass die Plattform ein gut funktionierendes Beratungsgremium des Ministeriums ist und auch entsprechend jene Transparenz sicherstellt, an dem dem Minister extrem viel gelegen war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber der Reihe nach. Jetzt sagt nicht nur der Herr Passweg, sondern selbst der Dr. Lohberger von der Wirtschaftskammer, der doch ein alter Hase in der Branche ist, da würden Sie mir wahrscheinlich zustimmen, dass in den meisten Fällen bloß nur die Liste übermittelt wurde, die der gegengeschäftsverpflichtete Eurofighter, später hat das überhaupt EADS gemacht, am 31. 5. übermittelt. Diese Liste ist dann auch an die Plattform gegangen, die das begutachtet haben, angeschaut haben, jedenfalls in aller Regel keine zusätzliche Information vorlag, nicht einmal das Gegengeschäftsformular, das dürftige. Richtig ist umgekehrt, damit ich das gleich mit hinein nehme, dass bei so genannten Vorabverfahren eine Diskussion stattgefunden hat, und auch Unterlagen oder zumindest Informationen zur Verfügung standen. Das betrifft aber nur weniger als 10 Prozent der Fälle. Ist diese Problematik diskutiert worden, dass sich das Ding hier im Kreis dreht? Ich konstruiere sozusagen jetzt den Vorhalt, der auch vom Rechnungshof gestützt wird. Nämlich dass das Ministerium sagt, wir haben ein Beratungsgremium, auf das können wir uns verlassen. Den Eindruck haben Sie jetzt auch ganz klar wiedergegeben. Und die Plattformmitglieder sagen aber, zumindest für gut 90 Prozent der Geschäftsfälle haben sie keine ausreichende Information oder zumindest ein Teil der Plattformmitglieder. Ist diese Problematik bei Ihnen irgendwie behandelt worden?

Dr. Martin Eichinger: Es ist, glaube ich, es sind dem Herrn Bundesminister natürlich die endgültigen Anerkennungen ihm vorgelegen. Das betrifft eine Tabelle über die Gegengeschäfte, die das Ministerium anzuerkennen beabsichtigt. Und da sind meiner Erinnerung nach sowohl drinnen vermerkt die für die Frage der Zusätzlichkeit entscheidende Information der Vorumsätze, die von den Beamten gegebenenfalls auch nach Rücksprache und nach nochmaliger Einholung von Zusatzinformationen geprüft wurden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wenn sie es gemacht haben. ja.

Dr. Martin Eichtinger: Was auch dazu geführt hat, dass sehr, sehr viele Geschäfte mangels Zusätzlichkeit abgelehnt wurden, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, dann waren es beim Rechnungshofbericht über die ersten zweieinhalb Jahre der Gegengeschäfte 88 Geschäfte, die abgelehnt wurden, von denen ein guter Teil wegen mangelnder Zusätzlichkeit abgelehnt wurden. Also es ist auf jeden Fall diese Information, die der Plattform zur Verfügung gestanden ist. Es sind weiters dort vermerkt der Gegengeschäftspartner, es ist der Inhalt des Gegengeschäftes ist dort ebenfalls vermerkt in diesen Tabellen, und es ist so, dass Liefergeschäfte in der Regel viel rascher natürlich zu bewerten sind als sehr komplexe Investitionsprojekte.

Nun muss ich aber nochmals dazu sagen, ich bin kein Mitglied der Plattform. Ich kann daher über die Detaildebatte in einer Plattform nur sehr wenig Auskunft geben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sagen es. Es geht jetzt gar nicht mehr um die Debatten in der Plattform, sondern darum, wie das Haus und der Minister dann zur Überzeugung gelangten, dass das wohl alles im Sinn des Grundvertrags überprüft wird und so weiter. Der Rechnungshofbericht dürfte Ihnen vertraut sein als Kabinettschef. Ich beziehe mich auf jenen, der im Jahr 2006 dann hier im Haus vorgelegen hat und eben zuvor sicherlich bei Ihnen im Kabinett aufgelegt hat als die Gegenäußerungen seitens der Abteilung formuliert wurden. Der Rechnungshof hält in seinem Schlussbericht fest, Seite 18 der Reihe Bund 2006/11, und in der Kurzfassung unter „Plattform“:

Die im Rahmen der Typenentscheidung über die Abfangjäger 2002 eingerichtete Plattform war zunächst nur beratend tätig, wurde in der Folge aber auch in die Bewertung einbezogen. Dies führte zu einer Aufgabenverteilung, die mit zeitlichen beziehungsweise organisatorischen Problemen verbunden war; und jetzt kommt es, faktisch kam es zu einer Auslagerung der Entscheidungsfindung. Das BMWA blieb formal für die Überprüfung und Anrechnung zuständig und übernahm aber die von der Plattform vorgezeichneten Entscheidungen. Zwei Fragen. Ist Ihnen dieser Bericht bekannt auch in seiner Ursprungsform ... Bericht?

Dr. Martin Eichtinger: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann hat es eine Gegenäußerung gegeben von Ihrem Haus. Letztlich ist aber das schon das Ergebnis der Gesamtbewertung des Rechnungshofes. Zweite Frage also, wie stellt sich das Ministerium und das Kabinett zu diesen Vorhalten?. Ich meine, es muss nicht alles stimmen was der Rechnungshof sagt im Übrigen. Aber das ist doch der Kern des Disputes, dass wir am Schluss nicht wissen, wer hält jetzt wirklich die Hand ins Feuer für die Überprüfung der Angaben, die hereinkommen? Die Überprüfung der Angaben ist sozusagen das Geschäft des Ministeriums im Wesentlichen, nicht die Stiftung der Gegengeschäfte. Das haben Sie ja gesagt. Und da gibt es einen massiven, immer noch aufrechterhaltenen Vorwurf des Rechnungshofes. Wie wird das in ihrem Kabinett oder wurde das im Kabinett und im Haus beurteilt?

Dr. Martin Eichtinger: Diesen Vorwurf haben wir auch zurückgewiesen. Wir haben klar darauf hingewiesen, dass die Entscheidung und auch die Prüfung selbstverständlich die Verantwortung für die Prüfung beim Ministerium liegt, was ja auch am besten daran zu ersehen ist, dass die jeweilige endgültige Anerkennung auch vom Ministerium an den Vertragspartner übermittelt wurde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das bestreitet ja der Rechnungshof nicht.

Dr. Martin Eichtinger: Aber nicht nur das, sondern es sind ja auch die Prüfschritte zum Beispiel die Frage der Zusätzlichkeit, die Frage der sachlichen Zurechenbarkeit,

der zeitlichen, das ist durch das Ministerium erfolgt. Jedoch bei Rückfragen der beratenden Plattform sind dann die Detailinformationen nach meinem Wissen zur Verfügung gestellt worden und man hat der Plattform, wenn es hier Zweifel an einem Geschäft gegeben hat, die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung gestellt. Aber die Prüftätigkeit wie Sie sich vorstellen können, ein sehr sehr umfangreicher Prozess, der über Monate geht und mit vielen Rückfragen und Nachforderung von Informationen einhergeht und das ist selbstverständlich durch die Beamten des Hauses gemacht worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist in Teilen eine neue Auskunft. Bis jetzt haben die Auskunftspersonen was die Plattform betrifft lediglich bestätigt, dass im Vorabentscheidungsverfahren dann aber zugegeben eine sehr umfangreiche Befassung in der Plattform war. Nicht aber noch wurde ausgeführt was Sie jetzt getan haben, dass bei Zweifeln in der Abteilung offensichtlich auch die Plattform befasst war.

Dr. Martin Eichtinger: Nein, nein, das haben Sie missverstanden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, dann klären Sie das auf.

Dr. Martin Eichtinger: Wenn bei einem Plattform Mitglied eine Frage zu einem Gegengeschäft gestellt hat, dann wurde die entsprechende

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war ein Missverständnis. Da haben Sie Recht.

Dr. Martin Eichtinger: Das war ein Missverständnis.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist wieder zutreffend mit den Aussagen, die bisher schon getätigt wurden. Ganz genau. Jetzt noch aus dem gleichen Rechnungshofbericht, weil ja die Frage der Formulare und dieser ganzen Abläufe eine zentrale Rolle spielt, um das Versprechen, dass diesmal für das Eurofighter Gegengeschäft gemacht wurde, auch einlösbar ist, kommt der Rechnungshof zum Schluss auf Seite 33, 16.2. Der Rechnungshof erachtet die Tiefe, die Gegengeschäftsbestätigung verwendeten Formulare und der kontrolltechnischen, also die hausrelevanten Gesichtspunkte als unzureichend. Das ist unser Eindruck zum Teil auch. Wie hat sich das Haus dazu gestellt zu diesem Vorhalt des Rechnungshofes?

Dr. Martin Eichtinger: Ich glaube, dass es hier eine Interessensabwägung geben muss. Auf der einen Seite hat soweit ich mich erinnere, der Rechnungshof auch kritisiert, dass das Verfahren insgesamt beschleunigt werden sollte und gleichzeitig hat der Rechnungshof gemeint, dass den Gegengeschäftsbestätigung bereits in der ersten Phase eine ganze Reihe von Dokumentationen beigegeben werden sollte. Ich glaube, wir haben als Ressort hier die Stellungnahme abgegeben, dass wir glauben, dass wir eine sehr gute Balance hier im Sinne eines effizienten Prüfprozesses, der natürlich nicht so effizient und so rasch ablaufen könnte, wenn jede Gegengeschäftsbestätigung hinten mit einem Wust an Unterlagen kommt. Das heißt, wir haben eine Interessensabwägung effizienter Ablauf des Prüfverfahren vis á vis Dokumentenvorlage. Unserer Meinung nach haben wir hier den Anforderungen des Rechnungshofes entsprochen, in dem immer dann wenn notwendig, immer dann wenn Zweifel aufgetaucht sind, wenn es der Prüfprozess erforderlich gemacht hat, dass dann durch die zuständige Abteilung entsprechende Nachinformationen eingeholt wurden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Vorläufig letzte Frage, weil die Zeit auch vorbei ist, ist Ihnen bekannt, dass dieser Prozess wie Sie es nennen dazu geführt hat oder auch den Minister vielleicht bekannt Ihres Wissens nach, dass in circa 90 Prozent der eingereichten Fälle überhaupt, weil Sie von Wust an Unterlagen sprechen, überhaupt keine einzige schriftliche Beilage, ein Aktenvermerk oder sonst was erkennbar ist. In bloß circa 10 Prozent der Fälle ist meistens eine kleine

handschriftliche Notiz oder ein kleines Mail, ein kurzes Mail angehängt. In den allerseltensten Fällen ist irgendetwas Dickeres dabei. Also ist Ihnen diese quantitative Verteilung bekannt?

Dr. Martin Eichtinger: Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ist von der ÖVP jemand, der Fragen hat? Das ist nicht der Fall. Kollege Kräuter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich hätte zu Beginn eine ganz simple Frage. Wie ist eigentlich die Laufzeit von Gegengeschäften?

Dr. Martin Eichtinger: Die Laufzeit insgesamt im Vertrag festgehalten 15 Jahre.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja das ist nämlich das, worüber wir ja auch stolpern. 15 Jahre ist das was immer publiziert worden ist. Jetzt stellt sich aber heraus durch einen Rechnungshofbericht, dass das gar nicht so stimmt. Wann ist denn Ihnen das bekanntgeworden, dass die 15 Jahre gar nicht 15 Jahre sind?

Dr. Martin Eichtinger: Die 15 Jahre sind 15 Jahre.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein. Das Ministerium kann einseitig verlängern ohne Angabe von Gründen. Wissen Sie das gar nicht?

Dr. Martin Eichtinger: Ja doch. Es gibt die Möglichkeit einer Verlängerung für den Fall, Beispiel, dass das Ministerium nach Ablauf der 15 Jahre die Gegengeschäfte nicht zur vollen Gänze von 4 Milliarden abgewickelt wären (auch nach dem Rechnungshofbericht), den der Herr Abgeordnete Kogler zitiert hat, bestätigt auch der Rechnungshofbericht, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass diese 4 Milliarden in dem Zeitraum umgesetzt werden können. Und wenn die 4 Milliarden zu dem Zeitpunkt nicht umgesetzt würden, sieht der Gegengeschäftsvertrag eine Pönalzahlung vor. Hier könnte falls die Republik zu der Ansicht kommt, dass anstatt der Pönalzahlung es ist im Interesse der Unternehmen und der Republik liegen würden, durch eine Verlängerung des Zeitraumes hier weitere Gegengeschäfte anrechnen zu können anstelle der Pönale. Zum Beispiel, dann wäre das mit dieser Bestimmung möglich gewesen. Aber natürlich ist ja für die Republik, die ja der Begünstigste aus dem Vertrag ist in dem Fall, ist es natürlich möglich zu sagen, wir verlängern die 15 auf 16 Jahre. Aber die vorgegebene Laufzeit, das ist ja die Verpflichtung für den Gegengeschäftsverpflichteten in dem Fall Eurofighter Jagdflugzeug GesmbH.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wissen Sie, wir haben schon so viel erlebt über das unselige Zusammenwirken von Eurofighter und der Republik und entsprechenden Vertretern, dass wir die Grenze überhaupt nicht ziehen kann, wer da ein welches Interesse tätig wird beispielsweise beim Vertragsabschluss haben österreichische Verhandler ganze Vertragspassagen zu Lasten der Republik für EADS formuliert. Übrigens ich lese auch den Rechnungshofbericht anders mit der wahrscheinlichen Erfüllung, weil eben genau dieser Umstand da ist. Aber sei es drum. Mit geht es darum, bevor der Rechnungshofbericht mit dieser Information an die Öffentlichkeit gekommen ist, ist das immer unter den Teppich gekehrt worden und es ist immer davon gesprochen worden, 15 Jahre ist die Laufzeit. Und ich sage Ihnen, wenn es ein Zusammenwirken gibt ein gezieltes und bewusstes, dass man eben zwischen Ministerium und den Verpflichteten, dann kann man da natürlich gestalten. Das ist der Hintergrund.

Dr. Martin Eichtinger: Nein. Die Laufzeit ist 15 Jahre für die Eurofighter Jagdflugzeug GesmbH. Die Möglichkeit der Verlängerung obliegt ja der Republik. Aber die Firma Eurofighter ist auf die 15 Jahre verpflichtet, es sei denn, soweit mir erinnerlich ist, gibt

es noch eine Passage drinnen „vis major“. Es sei denn es wäre eine Erfüllung aus höherer Gewalt nicht möglich. Aber sonst sind die 15 Jahre für Eurofighter verpflichtend. Die Republik könnte aus ihren Überlegungen verlängern.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Lassen wir das Thema. Ich wollte ja erläutern, dass eben die Grenzen so verschwimmen zwischen der Republik und Eurofighter in bestimmten Phasen.

Dr. Martin Eichtinger: Das verstehe ich jetzt nicht ganz was Sie da meinen mit verschwimmende Grenzen?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Schauen Sie, es haben österreichische Verhandler gegen das Interesse der Republik Vertragspassagen entworfen zum Beispiel.

Dr. Martin Eichtinger: Im Gegengeschäftsvertrag. Welchen zum Beispiel meinen Sie da?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja im Hauptvertrag.

Dr. Martin Eichtinger: Ach im Hauptvertrag, den kenne ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ein anderes Thema, Provisionen. Vermittlerprovisionen bei Gegengeschäften. Wer war da zuständig im Ministerium. Es hat ja immer wieder Fälle gegeben wo Vermittlerprovisionen bezahlt wurden für jemanden der ein Gegengeschäft sozusagen einfädelt und manche haben sich dann beschwert. Ist Ihnen überhaupt nichts bekannt.

Dr. Martin Eichtinger: Nein, mir ist nicht bekannt eine Vermittlerprovision.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kein einziger Fall ist Ihnen bekannt?

Dr. Martin Eichtinger: Dass wir eine Vermittlerprovision ..

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, nicht das Ministerium. Ein Vermittler wird dafür bezahlt, beispielsweise mit drei Prozent der Gegengeschäftssumme, der zwischen einer Firma und Eurofighter oder EADS ein Geschäft vermittelt. Ist Ihnen nie untergekommen.

Dr. Martin Eichtinger: Ist mir nicht bekannt. Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wer könnte das sein im Kabinett. Da gibt es einen Schriftverkehr.

Dr. Martin Eichtinger: Schriftverkehr mit dem Kabinett über Vermittlerprovision.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Da haben sich sogar, da hat sich jemand beschwert.

Dr. Martin Eichtinger: Dann ist es mir nicht Erinnerung, aber.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da hat sich jemand beschwert dass er die zugesagte drei Prozent Vermittlungshonorar, ich habe das schon einmal zitiert im Ausschuss in der Sache VOEST-ALPINE betreffend ist von EADS drei Prozent Vermittlungshonorar nach Maßgabe der vom BMWA anerkannten Auftragssummen zugesagt.

Dr. Martin Eichtinger: Wieso sollten wir damit befasst worden sein, wenn das

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten wurden am 25. Juli 2002 diesbezüglich informiert. Ich möchte von Ihnen ehrlich gesagt nur eine Information, wer im Kabinett über Probleme bei

Vermittlerprovisionen irgend etwas wissen könnte. Weil ich merke schon, Sie wissen nichts davon.

Dr. Martin Eichtinger: Nein ich bin nicht für die Gegengeschäfte zuständig und ich weiß von den Vermittlerprovisionen nichts, also.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Okay, nein das hilft mir da auch weiter.

Ein Vorletztes. Wie Ernst & Jounng beschäftigt worden ist einmal. So in der Anfangsphase. Können Sie da irgend eine Sinnhaftigkeit erklären. Denn Ernst & Jounng hat in Wirklichkeit eine bessere Buchhaltungsarbeit. Ich habe im Firmenbuch nachgeschaut und geschaut ob die Ziffern stimmen. Die wirklichen substantiellen Dinge durften sie ja nicht prüfen wie der Rechnungshof zu Recht kritisiert. Selber sagen sie dann sogar einmal, substantielle Prüfungshandlungen durften sogar auftragsgemäß nicht durchgeführt werden. Warum hat man Ernst & Jounng beschäftigt überhaupt.

Dr. Martin Eichtinger: Das war eine rund um den ersten Meilenstein war das eine, gab es sehr massiv in den Medien den Vorwurf dass es sich bei den Gegengeschäften um Luftgeschäfte handeln würde und durch die Beschäftigung von Ernst & Jounng die geprüft haben dass es sich um Unternehmen aus Fleisch und Blut handelt, dass es sich um eine vertragliche Obligation zwischen den Unternehmern handelt. Das heißt es wurde diese Prüfung nach außen vergeben um darzulegen dass im Hintergrund dieses Meilensteines tatsächlich abgeschlossene Verträge stehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber den Eindruck den wir haben musste von außen war ja natürlich ein ganz anderer, dass Ernst & Jounng ausschließlich eine Feigenblattfunktion ausübt. Die haben ja nicht einmal die Verträge einsehen dürfen. Die haben ja überhaupt nichts, nicht Gegenstand des Auftrages an Ernst & Jounng war die Frage ob es sich bei den angemeldeten Geschäften um Vereinbarungen handelt die ursächlich mit dem Gegengeschäftsvertrag zu tun haben. Also die haben eigentlich nur der Bartenstein hat zwar eine unabhängige Kommission wie öffentlich gefordert abgelehnt, immer wieder gesagt mit Ernst & Jounng ist ein unabhängiges Unternehmen mit der Prüfung der Gegengeschäfte beauftragt worden, aber der Rechnungshof hat dann festgestellt dass die in Wirklichkeit nur eine Firmenbuchkontrolle durchgeführt haben, no na und geschaut haben ob Zahlen richtig zusammengerechnet sind. Das war es doch.

Dr. Martin Eichtinger: Vielleicht darf ich nur dazu noch einmal darauf hinweisen es ist gegangen um den ersten Meilenstein. Und es ist ganz klar dass jene Geschäfte die im ersten Meilenstein als vertragliche Verpflichtungserfüllung von Eurofighter vorgelegt wurden, dass die ja in einer späteren Phase im Anrechnungsprozess ja noch einmal im Detail geprüft worden sind und werden. Denn dieser erste Meilenstein betrifft, also war ein Minimum von einer Milliarde, diese Milliarde wurde bei weitem übertroffen und diese Milliarde sind Verträge die abgeschlossen aber noch nicht durchgeführt wurden. Jetzt ist klar dass wir in dieser ersten Überprüfung durch Ernst & Jounng festgestellt haben dass es diese vertraglichen Obligationen gibt, aber nicht ob die jetzt als Gegengeschäft anerkannt werden denn das ist ja in der späteren Folge dann durch die Prüfung, durch die Vorlage im Gegengeschäftsbericht und durch die Prüfung durch das Ministerium erst bestätigt worden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dazu nur eine Feststellung. Ich möchte Ihnen das persönlich wirklich nicht vorwerfen, das tue ich dann wenn der Minister Bartenstein da ist, aber das was Ernst & Jounng gekostet hat ist rein beim Fenster hinausgeschmissenes Steuergeld, das hätte nämlich ein B-Beamter genauso machen können. Aber ich will Sie mit dem jetzt da nicht weiter belästigen. Das mache ich mit dem Minister Bartenstein dann aus.

Dr. Martin Eichtinger: Aber vielleicht mit dem Hinweis dass Ernst & Joung sicher auch in der Öffentlichkeit dann eine andere Glaubwürdigkeit hat als ein B-Beamter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja sehen Sie, aber das ist ja genau das Problem. Wenn die nicht substantiell prüfen dürfen laut Auftrag, sondern nur eben eine buchhaltärische Zusammenzählung und eine Firmenbuchkontrolle machen können, dann ist genau eben das was ich kritisiere erreicht. Dass man um nach außen hin so zu tun als ob ein renommiertes Unternehmen teuer bezahlt für eine Arbeit, die in Wirklichkeit ein B-Beamter leisten kann.

Letzte Frage zu den Förderungen. Da hat mir der Minister Bartenstein einmal so eine kryptische Antwort gegeben. Meine Kritik war ja, dass es Gegengeschäfte gibt die von Firmen bestätigt werden und die Firmen dann auf der anderen Seite noch Förderungen empfangen. Er hat da in einer Anfrageantwort gesagt, grundsätzlich darf angemerkt werden dass etwaige Fördermittel der öffentlichen Hand nicht auf die Erfüllung einer ... angerechnet werden. Jetzt stellen wir uns es einmal theoretisch vor. Wenn jetzt eine Firma einen gewissen Prozentsatz in einer Förderung bekommt in dem Zeitraum des Gegengeschäftes wird das dann einfach abgezogen und die Restsumme ist als Gegengeschäft anerkannt.

Dr. Martin Eichtinger: So verstehe ich es.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Okay, danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Danke sehr. Kollege Darmann. Bitte. Nein, wir müssen dann sehr bald entscheiden ob wir unterbrechen oder ob wir. Ihr müsst das entscheiden weil

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich schwöre dass ich nur mehr eine Frage habe. Die muss ich mir jetzt genau aussuchen. Herr Dr. Eichtinger, die Meilensteingeschichte haben Sie jetzt auch wieder releviert und das war ja tatsächlich was worauf der Minister großen Wert gelegt hat. Können Sie uns sagen warum die Unternehmen dann nicht mehr mit der Auftragssumme in diesen Meilenstein so genannten Gegengeschäften aufgeschienen sind, sondern nur um eine Gesamtsumme von 1,66 Milliarden. Sie werden sich an die Gesamtsumme erinnern.

Wir haben hier die Liste wie das zustande gekommen ist mit diesem Einzelvolumina. Können Sie erklären warum zum Beispiel. FACC nicht mit 730 Millionen € wie es hier steht, das muss man sich einmal vorstellen. 730 Millionen €, warum das nicht hätte veröffentlicht hätte werden sollen entgegen den ursprünglichen Ankündigungen?

Dr. Martin Eichtinger: Kann ich jetzt nichts dazu sagen. Weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie nichts dazu sagen. Haben Sie das nie mit dem Minister diskutiert was die Meilensteinveröffentlichung betrifft.

Dr. Martin Eichtinger: Das liegt wirklich schon sehr weit zurück. Ich kann es nicht sagen. Damals, der Minister hat eine Pressekonferenz zum Meilenstein gegeben und hat dort also den Meilenstein präsentiert. Ich kann jetzt nicht mehr dazu sagen welche Unterlagen damals da zur Verfügung gestanden sind.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Nur die Frage, ob Sie eine Erklärung dafür haben warum eigentlich die Summen der Firmen, die angeblich diese Meilensteingegengeschäfte eingereicht haben, nicht publiziert werden durften entgegen der ursprünglichen Ankündigung Ihres Ministers.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP) Ich kann dazu nur sagen dass der Rechnungshof den Meilenstein ja ebenfalls geprüft hat. Das heißt also die Unterlagen sind auch dem

Rechnungshof zur Verfügung gestanden. Aber ich kann dieses Detail. Da kann ich jetzt nichts dazu sagen. Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Aber die Öffentlichkeit ist nicht informiert worden. Danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kollege Hornek.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Dr. Eichtinger, eine relativ kurze Frage. Der Kollege Kräuter hat in seiner bekannten Art eine Frage gestellt und war der Meinung, dass es sich hier um Provisionszahlungen in Größenordnungen von drei Prozent gehandelt haben müsste. Kann es sein dass er hier bewusst oder unbewusst das mit der so genannten Prüfgebühr von 0,3 Prozent verwechselt die dann fällig geworden ist wenn das Bundesministerium BWA das beauftragt hat?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Frage kann er nicht beantworten was der Kollege Kräuter gemeint hat. Fragen Sie doch den Kollegen Kräuter selber.

Dr. Martin Eichtinger: Ich kann das insofern beantworten dass diese 0,3 Prozent,

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Vorsitzender! Ich habe die Frage an die Auskunftsperson und nicht an Sie gerichtet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja aber Sie können nicht fragen was der Kollege Kräuter gemeint hat. Das können Sie den Kollegen Kräuter selber fragen.

Dr. Martin Eichtinger: Die 0,3 Prozent Prüfgebühreklausel die mittlerweile nicht mehr Bestandteil der Gegengeschäftsbestätigung ist, die war in der Tat in den ersten Gegengeschäftsbestätigungen enthalten und zahlenmäßig weiß ich nicht ob hier eine Verwechslung möglich ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Vorhalt war falsch. Die Frage war durchaus ernst gemeint.

Gibt es weiter Fragen? Wenn das nämlich der Fall ist dann müsste ich dann in ein paar Minuten den Ausschuss unterbrechen und wir müssten nach der Besprechung mit der Frau Präsidentin fortsetzen.

Das ist nicht der Fall. Herr Dr. Eichtinger, Sie sind damit aus der Befragung entlassen. Ich danke für Ihr Erscheinen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben, bevor ich die Sitzung schließe, noch einen Formalakt durchzuführen. Wir müssen noch einen Schriftführer wählen. Mir liegt seitens der ÖVP-Fraktion der Vorschlag Abgeordneter Norbert Sieber zum Schriftführer zu wählen, das wird sich in der Biografie herausragend machen. Wenn niemand eine schriftliche Abstimmung verlangt, dann werden wir offen darüber abstimmen. Wer ist für diesen Vorschlag, Norbert Sieber zum Schriftführer des Ausschusses zu wählen? Das ist eine einstimmige Annahme. Ich gratuliere dem Gewählten. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 16.19 Uhr